



„Berlin kommt wieder“



Die Nachkriegsjahre 1945/46

Ausstellungskataloge des Landesarchivs Berlin · 16

„Berlin kommt wieder“

Die Nachkriegsjahre 1945/46

Eine Ausstellung des Landesarchivs Berlin
27. Mai bis 2. September 2005

Organisation der Ausstellung:
Volker Viergutz und Adelbert Dreyer
unter Mitarbeit von
Werner Breunig und Sabine Preuß

Katalogbeitrag:
Werner Breunig

Fotos Titelseite:
oben Nr. 14 (s. S. 46), unten Nr. V/1 (s. S. 81)
Copyright: 2005 Landesarchiv Berlin
Layout: Adelbert Dreyer
Druck: H. Heenemann GmbH & Co, Berlin

Vorwort

1987, im Jahr der 750-Jahr-Feier Berlins, wählte das Landesarchiv Berlin bereits schon einmal die unmittelbare Nachkriegszeit als Ausstellungsthema. Unter dem Titel „...raus aus den Trümmern“ präsentierte das Archiv damals die Bemühungen und Mühen der Siegermächte wie der Besiegten um den Wiederaufbau in dem „größten Trümmerhaufen der Welt“, wie der amerikanische Stadtkommandant Frank Howley die ehemalige Reichshauptstadt nannte.

Im Rahmen des Themenjahres „Zwischen Krieg und Frieden“ anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Kriegsendes haben wir uns wieder für diesen Zeitabschnitt entschieden, allerdings dieses Mal aus anderen Gründen als im Jahre 1987.

Erstens konnten wir nun nach der Vereinigung mit dem Stadtarchiv und den Archiven der ehemaligen Landesbildstelle auf einen besonders reichen Fundus von Fotografien aus diesen Jahren zurückgreifen, und zum anderen besitzt das Landesarchiv mit der Quellensammlung der Forschungsgruppe zur Berliner Zeitgeschichte (LAZ-Sammlung), der Zeitgeschichtlichen Sammlung und der Plakatsammlung über eine große Auswahl an teilweise einzigartigem Material aus diesen ersten Aufbruchsjahren.

Etwas schwieriger gestaltete sich die Namensfindung für die Ausstellung, da zu diesem Thema bereits eine Vielzahl von Publikationen mit sehr ähnlich lautenden Buchtiteln vorliegen. Obwohl wir bei der Vorbereitung der Ausstellung schon auf das Notenblatt „Berlin kommt wieder“ von Heino Gaze gestoßen waren, „fiel der Groschen“ erst, als das zusätzliche hektographierte Exemplar mit der Widmung für die kürzlich verstorbene Brigitte Mira aus der Notensammlung von Günter Neumann zutage kam. Da war klar, dass unsere Ausstellung nach diesem Couplet benannt werden sollte, das Brigitte Mira zum allerersten Mal am 1. Juni 1945, also gerade knapp vier Wochen nach dem Ende des schrecklichen Krieges, in Willi Schaeffers „Kabarett der Komiker“ am Kurfürstendamm sang und das binnen ganz kurzer Zeit bei den Berlinern bekannt und berühmt wurde, wie der amerikanische Kulturoffizier Davidson Taylor in seinem Bericht vom 20. Juli 1945 zu vermelden wusste.

Es wurde zum Programm der „noch einmal Davongekommenen“ und kennzeichnete den unbeugsamen Überlebenswillen der Berliner Bevölkerung im Sommer 1945. Mit dem Refrain „Berlin kommt wieder“ traf das Lied die Grundstimmung der Berliner. Trotz der schrecklichen Verluste an Menschenleben in fast jeder Familie und der katastrophalen Situation in allen Lebensbereichen waren die ersten Wochen und Monate auch eine Zeit des mühsamen Neubeginns. Die Berliner ließen sich

nicht unterkriegen und nahmen dankbar die nur in den ersten Jahren von den vier Alliierten in friedlicher Idealkonkurrenz geförderten vielfältigen Kulturangebote in allen vier Sektoren an.

Ganz besonders möchte ich Herrn Adelbert Dreyer für die gute und bewährte Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Ausstellungskonzeption und der Gestaltung des Kataloges danken. Gleiches gilt für Herrn Dr. Werner Breunig, dem ich außerdem ganz herzlich für seinen kenntnisreichen Katalogbeitrag danke, und für Frau Sabine Preuß. Ferner danke ich Frau Evelyn Fritsche, Frau Monika Sommer und Herrn Manfred Schürmann für die Anfertigung der Fotoreproduktionen sowie die Scan- und Digitalisierungsleistungen, Frau Bärbel Mißler für die konservatorischen Arbeiten an einzelnen Ausstellungsexponaten sowie Herrn Jochen Theile und Herrn Werner Nowak für die Aufbereitung der themenbezogenen Filmbeiträge.

Berlin, im Mai 2005

Volker Viergutz

Werner Breunig
Berlin 1945/46

Vom Kriegsende bis zum parlamentarischen Neubeginn

1. Die Situation bei Kriegsende

Als am 2. Mai 1945 die deutschen Truppen in Berlin vor der Roten Armee kapitulierten, war für die Hauptstadt des Deutschen Reiches der von hier aus entfesselte Zweite Weltkrieg beendet.¹ An diesem 2. Mai kam Wolfgang Leonhard mit der kommunistischen „Gruppe Ulbricht“, die von dem früheren Reichstagsabgeordneten Walter Ulbricht geleitet wurde, aus dem Moskauer Exil in die weithin in Trümmern liegende, vollständig von sowjetischen Truppen besetzte Stadt: „Langsam bahnten sich unsere Wagen den Weg durch Friedrichsfelde in Richtung Lichtenberg. Es war ein infernalisches Bild. Brände, Trümmer, umherirrende hungrige Menschen in zerfetzten Kleidern. Ratlose deutsche Soldaten, die nicht mehr zu begreifen schienen, was vor sich ging. Singende, jubelnde und oft auch betrunkene Rotarmisten. Gruppen von Frauen, die unter Aufsicht von Rotarmisten Aufräumarbeiten leisteten. Lange Reihen von Menschen, die geduldig vor Pumpen standen, um einen Eimer Wasser zu erhalten. Alle sahen schrecklich müde, hungrig, abgespannt und zerfetzt aus. Es war ein sehr starker Kontrast zu dem, was ich in den kleineren Ortschaften östlich Berlins gesehen hatte. Viele Menschen trugen weiße Armbinden als Zeichen der Kapitulation oder rote als Begrüßung für die Rote Armee. Es gab auch einige, die besonders vorsichtig waren: Sie hatten am Arm sowohl eine weiße als auch eine rote Binde. Aus den Fenstern wehten gleichermaßen die weißen Fahnen der Kapitulation oder rote, denen man ansah, daß sie kurz zuvor aus Hakenkreuzfahnen entstanden waren.“²

Gefangenenspalarenen schleppten sich nach dem sinnlosen „Endkampf“ durch die Straßen der geschlagenen Reichshauptstadt: „Im blendenden Licht der Scheinwerfer strömten während der ganzen vergangenen Nacht und bis weit in den Morgen hinein Kolonnen deutscher Gefangener vom Zentrum des eroberten Berlin zu den Lagern in den Außenbezirken“, meldete am 3. Mai der Moskauer Korrespondent der „Times“.³ „Die Mehrzahl der Männer, die auf Befehl des Generals der Artillerie Weidling gestern nachmittag das Feuer einstellten, werden als Folge der Qualen, die

1 Zum Kampf um Berlin vgl. unter anderem Cornelius Ryan, *Der letzte Kampf*, München und Zürich 1966; *Der Kampf um Berlin 1945 in Augenzeugenberichten*, hrsg. von Peter Gosztony, mit einem Vorwort von Propst Heinrich Grüber, Düsseldorf 1970; Hans-Norbert Burkert/Klaus Matußeck/Doris Obschernitzki, *Zerstört – Besiegt – Befreit. Der Kampf um Berlin bis zur Kapitulation 1945 (= Stätten der Geschichte Berlins, Bd. 7)*, Berlin 1985; Tony Le Tissier, *Der Kampf um Berlin 1945. Von den Seelower Höhen zur Reichskanzlei*, Frankfurt am Main und Berlin 1991.

2 Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, 8. Auflage, München 1985, S. 309.

3 Zitiert nach: Margret Boveri, *Tage des Überlebens*. Berlin 1945, mit einem Vorwort von Egon Bahr, Berlin 2004, S. 118.

sie durch Beschuß und Bombardierung durchmachten, als halb wahnsinnig geschildert. Zerzaust, bärtig und schmutzig kamen sie mit weißen Armbinden aus Bunkern, Kanalisationsröhren, U-Bahnstationen und Trümmerbergen hervor. Manche warfen ihre Waffen mit zornigen, verbockten Gesichtern fort; andere zeigten sich gefügig und stellten, wie ihnen befohlen wurde, ihre Schußwaffen zusammen. Viele lachten hysterisch und konnten mit Lachen auch nicht aufhören, als sie durch die zerstörte Stadt zogen. Die Russen sollen sich sehr angestrengt haben, sich des Augenblicks würdig zu erweisen. Der Gegensatz zwischen dem besiegten Feind und den frisch rasierten Männern im Glanz ihrer Orden, in frisch gebügelten Anzügen und gewichsten hohen Stiefeln war auffallend. Die Schlacht um Berlin hat 17 Tage gedauert.“⁴

Insgesamt 87 170 Soldaten und Offiziere, darunter 13 Generäle, kapitulierten in Berlin.⁵

Da Berlin von Truppen der Roten Armee, also ohne direkte militärische Beteiligung der westlichen Kriegsalliierten, erobert worden war, hatten zunächst – bis zum Eintreffen der Angloamerikaner Anfang Juli 1945 – allein die Sowjets das Sagen. Noch während der Kämpfe hatte der sowjetische Generaloberst Nikolai E. Bersarin mit seinem Befehl Nr. 1 bekannt gegeben: „Heute bin ich zum Chef der Besatzung und zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt worden. Die gesamte administrative und politische Macht geht laut Bevollmächtigung des Kommandos der Roten Armee in meine Hände über.“⁶ Der Befehl ordnete unter anderem an: die Einsetzung militärischer Bezirks- und Revierkommandanturen in den einzelnen Verwaltungsbezirken, die Auflösung der NSDAP und aller ihr angeschlossenen Organisationen, die Registrierung des leitenden Personals aller staatlichen und Parteidienststellen binnen 48 Stunden, die Aufnahme der Arbeit der öffentlichen Betriebe, der Krankenhäuser, der öffentlichen Verkehrsmittel sowie aller Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien, die Einführung der Okkupationsmark als gleichberechtigtes Zahlungsmittel neben der Reichsmark, die zeitweilige Einstellung aller Finanzgeschäfte der Banken und Versiegelung der Safes, die Ablieferung aller Waffen, Munition, Radioempfänger, Radiosender, Fotoapparate, Kraftfahrzeuge, Kraffträder sowie aller Treib- und Schmierstoffe an die Bezirkskommandanturen binnen 72 Stunden und die Versiegelung aller Druckereien. Ferner wurde für die Bevölkerung eine nächtliche Ausgangssperre für die Zeit von 22 bis 8 Uhr und die Fortführung der Verdunkelung verfügt.

Obwohl Bersarin in seinem Befehl Nr. 1 Angehörigen der Roten Armee die „Entnahme von Gütern und Werten und Haussuchungen bei den Stadteinwohnern“ untersagte,⁷ gab es bei der Einnahme Berlins und in den Tagen danach überall in der Stadt Plünderungen und Ausschreitungen sowjetischer Soldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung. Gleichwohl begriff sich die Rote Armee unter der tatkräftigen Führung von Stadtkommandant Bersarin als Ordnungsmacht, die unter anderem

4 Ebd. Am 16. April 1945 hatte die Rote Armee von der Oder aus ihren Vorstoß auf Berlin begonnen.

5 Vgl. Stefan Doernberg, *Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters*, Berlin 2004, S. 88.

6 Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin vom April 1945, in: Landesarchiv Berlin (LAB), F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 3765.

7 Ebd.



4 Sebastianstraße, links die Luisenstädtische Kirche und in der Mitte die Petrikirche auf der Fischerinsel, Bez. Mitte, 1945

Aufräumungsarbeiten in Gang setzte, für den Wiederaufbau eines Verkehrsnetzes sorgte und die Lebensmittelverteilung organisierte.⁸

Wenige Wochen nach Kriegsende, am 16. Juni 1945, verunglückte Bersarin tödlich mit seinem Motorrad. Der General, der sich um die Versorgung der Bevölkerung verdient gemacht hatte⁹ und als kulturbesessen und deutschfreundlich beschrieben wird,¹⁰ wurde 1975 in Ost-Berlin postum zum Ehrenbürger ernannt, nach der Wiedervereinigung Berlins zunächst von der Ehrenbürgerliste gestrichen und schließlich, nach jahrelangen Querelen, wieder aufgenommen.

Aufgrund der britisch-amerikanischen Flächenbombardements aus der Luft, die im November 1943 eingesetzt hatten, und der fast zwei Wochen dauernden Kämpfe bei der Eroberung Berlins durch die Rote Armee lag die Stadt bei Kriegsende weithin in Trümmern. Schuttberge und rauchgeschwärzte Fassaden waren die tägliche Kulisse der Menschen, die das Inferno des Krieges überlebt hatten. Besonders betroffen waren die Innenbezirke Mitte, Tiergarten und Kreuzberg, wo alles Leben für lange Zeit unter Trümmerbergen begraben schien, aber auch angrenzende Bezirke hatten schwer gelitten. Demgegenüber wiesen die Randbezirke geringe Zerstörungen auf.¹¹

Der Verlust an Wohnungen betrug etwa 35 Prozent, der Verlust an Wohnräumen

8 Vgl. Wolfgang Ribbe, Berlin 1945–2000. Grundzüge der Stadtgeschichte (= Kleine Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin, Heft 6), Berlin 2002, S. 12 und 14.

9 Vgl. Egon Bahr, Ein Stück Leben, in: M. Boveri, Tage des Überlebens (wie Anm. 3), S. 7–25, hier S. 20.

10 Vgl. Arnold Bauer, Die Anfänge der Kultur und Politik, in: Rolf Italiaander/Arnold Bauer/Herbert Krafft, Berlins Stunde Null 1945. Ein Bild/Text-Band, 2. Auflage, Düsseldorf 1983, S. 79–103, hier S. 96.

11 Vgl. Gerhard Keiderling, „Mindestens 20 Jahre ...“. Der Beginn der Entrümmung Berlins, in: Berlinische Monatsschrift, Heft 1/1999, S. 36–39, hier S. 36.

belief sich auf zirka 43 Prozent. Von den bei Kriegsende noch benutzbaren Wohnungen waren knapp zwei Drittel mehr oder weniger stark beschädigt. In der Innenstadt hatten nur wenige Wohnungen den Krieg völlig unbeschädigt überstanden.¹² Die Schätzungen über die Schuttmasse bewegen sich zwischen 55 und 75 Millionen Kubikmeter.¹³

Der gesamte öffentliche Nahverkehr war beim Kampf um Berlin zum Erliegen gekommen. Von dem 4 300 km langen Straßennetz waren bei Kriegsende 1 350 km in Mitleidenschaft gezogen. 128 der 226 größeren städtischen Brücken waren zerstört. Durch Wassereintrüche waren weite Strecken des U-Bahn-Netzes überflutet. Das Fernmeldenetz war lahmgelegt, der Postverkehr eingestellt.¹⁴

Auch die Kabel- und Rohrnetze für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung wiesen starke Beschädigungen auf.¹⁵

Die katastrophalen Auswirkungen des Krieges zeigten sich auch im Gesundheitswesen. Nur noch 8 500 der ehemals 39 000 Krankenhausbetten standen im Mai 1945 zur Verfügung.¹⁶ „[...] es fehlte an Krankenbetten; Medikamente waren knapp, viele Krankenhäuser völlig ohne Betäubungsmittel; Krankenwagen gab es nicht, die Kranken oder Toten mußten auf Bahren oder Karren transportiert werden; Leichen lagen noch in den Kanälen und Seen oder wurden unter Bombentrümmern ausgegraben“, erinnert sich US-General Lucius D. Clay.¹⁷

Schwer betroffen war auch das Schulwesen. Während vor dem Krieg 608 Gebäude oder Gebäudekomplexe mit rund 22 000 Räumen vorhanden waren, standen im Juni/Juli 1945, nach den ersten Aufräumungsarbeiten, nur noch etwa 3 000 Räume in 292 mehr oder weniger stark beschädigten Schulen zur Verfügung.¹⁸

Etwa ein Viertel des Maschinenbestands war durch Kriegseinwirkungen vernichtet worden. Die Situation verschlechterte sich noch weiter durch umfangreiche Demontagen, mit denen die sowjetische Besatzungsmacht bereits kurz nach dem Ende des Krieges begann. Bis Anfang Juli 1945, als die westlichen Besatzungstruppen eintrafen, wurde vermutlich mehr als die Hälfte der bei Kriegsende in Berlin noch vorhandenen industriellen Ausrüstung demontiert. Die Westmächte führten die Demontagen, von denen nicht nur maschinelle Anlagen, sondern auch Rohstoff- und Materialvorräte betroffen waren, in ihren Sektoren fort, wenn auch in vergleichsweise geringem Umfang.¹⁹

12 Vgl. Dieter Hanauske, „Bauen, bauen, bauen ...!“ Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945–1961, Berlin 1995, S. 140 f.

13 Vgl. ders., „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“. Der Berliner Magistrat von 1945/46 als „antifaschistisch-demokratisches“ Musterbeispiel?, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1999, S. 145–183, hier S. 146.

14 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat. Der Magistrat gibt Rechenschaft. Die Reden des Oberbürgermeisters Dr. Arthur Werner und des ersten stellvertretenden Oberbürgermeisters Karl Maron auf der Kundgebung in der Deutschen Staatsoper am 19. November 1945. Berichte der Stadträte, hrsg. im Auftrage des Magistrats der Stadt Berlin, Berlin o. J., S. 31–33, 43 und 69; Das erste Jahr. Berlin im Neuaufbau. Ein Rechenschaftsbericht des Magistrats der Stadt Berlin, hrsg. im Auftrage des Magistrats der Stadt Berlin, Berlin 1946, S. 65 und 120.

15 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 36; Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 136 und 139 f.

16 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 69; Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 179.

17 Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950, S. 47.

18 Vgl. Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 145.

19 Vgl. D. Hanauske, „Bauen, bauen, bauen ...!“ (wie Anm. 12), S. 83; ders., „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 165 f.

1939 hatte die Einwohnerzahl 4,3 Millionen betragen, am Ende des Krieges hielten sich vermutlich nur noch weniger als 2,5 Millionen Menschen in der Stadt auf, die zusammengepfercht in den erhalten gebliebenen Häusern lebten. Mehr als eine Million Frauen, Kinder und alter Menschen waren seit der zweiten Jahreshälfte 1943 evakuiert worden, außerdem verminderten die zum Kriegsdienst eingezogenen Männer und die zivilen Kriegsoffer die Bevölkerung. Etwa 56 000 Zivilisten kamen in der Reichshauptstadt durch den Krieg ums Leben, davon zirka 50 000 bei Luftangriffen.²⁰ Bis Herbst 1945 erhöhte sich die Bevölkerungszahl dann infolge der Rückkehr von Evakuierten und aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Soldaten auf etwa drei Millionen und bis Ende 1946 auf 3,2 Millionen Einwohner.²¹

Die Nachkriegszeit war geprägt von Not und Sorge. In einem im Mai 1945 verfassten Bericht an seinen Vater, den KPD-Vorsitzenden und späteren DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck, beschäftigte sich Arthur Pieck, der mit der Roten Armee aus der Sowjetunion zurückgekehrt war, mit der Stimmung der Ruinenstadtbewohner: „Die Stimmung der Berliner im gegenwärtigen Moment läßt sich kurz so charakterisieren: Obwohl alle Menschen froh sind, daß die Bombardierungen aufgehört haben und der Krieg für die Berliner nun aus ist, ist die Stimmung gedrückt und niedergeschlagen. Männer wie Frauen fangen leicht an zu weinen. Die meisten haben alles verloren: Wohnung, Eigentum, Geld und stehen vor dem Nichts. Die Familien sind auseinandergerissen, keiner weiß, wo seine Angehörigen und Freunde sind. Nach den großen Versprechungen der Nazis, an die ja die meisten fest glaubten, haben sie jetzt eine Katastrophe, deren Ausmaß sich gar nicht übersehen läßt. Die Stadt ist so zerbombt, daß es fast unmöglich erscheint, hier jemals wieder etwas aufzubauen.“²²

Im Mittelpunkt des Alltagslebens der Menschen in der vom Krieg schwer gezeichneten Stadt stand der Kampf um Nahrung, Kleidung und Unterkunft, und viele fragten sich in dieser beispiellosen, von existentieller Not geprägten Zeit nur, wie sie den nächsten Tag überleben würden. Da die Lebensmittelrationen, die es auf Karten gab, sehr knapp bemessen waren und nicht immer vollständig und regelmäßig zugeteilt werden konnten, unternahmen die Berlinerinnen und Berliner so genannte Hamsterfahrten ins Umland, wo die Versorgungslage besser war. Der Schwarzmarkthandel blühte. Versuche, ihn durch Razzien und drastische Strafanordnungen zu unterbinden, blieben ohne Erfolg. Auch amtlich zugelassene Tauschmärkte, die ab September 1945 eingerichtet wurden, konnten dem Schwarzmarkt nicht das Wasser abgraben. Die schlechte Ernährungssituation führte zu einem bedrohlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung. Epidemien grassierten. Groß war die Angst vor dem ersten Nachkriegswinter, der leidlich überstanden wurde. Der strenge Winter 1946/47 hingegen wurde für viele Menschen infolge des gleichzeitigen Strom-, Gas- und Kohlemangels zur Katastrophe. Gaststätten wurden zu

20 Vgl. Berlin – Kriegs- und Nachkriegsschicksal der Reichshauptstadt (= Dokumente deutscher Kriegsschäden, Bd. IV/2), Bonn 1967, S. 77 f.

21 Die Zahlenangaben zur Bevölkerung nach [Oskar] Kü[rten], Die Bevölkerungsentwicklung Groß-Berlins in den Jahren 1945 und 1946, in: Berliner Statistik, Heft 1/1947, S. 11–15.

22 „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard, hrsg. und eingel. von Gerhard Keiderling (= Politische Dokumente, Bd. 13), Berlin 1993, Dok. Nr. 048, S. 307.

öffentlichen Wärmehallen umfunktioniert, und besonders kältegefährdete Leute mussten in die Flüchtlingslager aufgenommen werden. Trotzdem waren im zweiten Nachkriegswinter über 400 Todesopfer durch Erfrieren zu beklagen.²³

Allmählich gab es aber auch wieder kleine Alltagsfreuden: Kinobesuch, Tanzvergnügen, Besuch von Sportveranstaltungen, Konzerten oder Theateraufführungen und andere Aktivitäten. Schon am 13. Mai 1945 spielte auf einem wieder in Ordnung gebrachten Sportplatz in Weißensee eine deutsche Fußballmannschaft, die sich aus älteren Spielern der ansässigen Vereine zusammensetzte, vor einigen tausend Zuschauern gegen eine Mannschaft der Roten Armee.²⁴

2. Die „Gruppe Ulbricht“ und die Bildung des Magistrats

Noch während der Kämpfe hatten die Sowjets in den eroberten Stadtteilen und Bezirken begonnen, Bürgermeister einzusetzen und einen neuen deutschen Verwaltungsapparat aufzubauen. In Britz (Bezirk Neukölln) schrieb Walter Lüdtke, BVG-Mitarbeiter im dortigen Straßenbahn-Betriebshof, am 29. April 1945 in sein Tagebuch: „Der russische Ortskommandant ruft die männlichen Einwohner zusammen und nimmt Vorschläge zur Wahl eines Bürgermeisters entgegen. Aus der Mitte der BVG-er wird der Kollege R. vorgeschlagen und bestätigt. Und so nimmt in Britz – als erster Bürgermeister nach dem Zusammenbruch – ein BVG-er die schwere Verantwortung auf die Schultern. Kaum ist die Einsetzung eines Bürgermeisters in dem weitausgedehnten Ortsteil bekannt geworden, ergießt sich ein Strom von Antragstellern und Ratsuchenden in die BVG-Siedlung. Am Abend steht die Bevölkerung um ihren Bürgermeister versammelt, vernimmt aus seinem Munde die ersten Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung in den nächsten Tagen und Verhaltensmaßnahmen, die im Einvernehmen mit dem russischen Kommandanten erteilt werden. Die Aufstellung einer Hilfspolizei wird beschlossen.“²⁵

Nach der Kapitulation war es die Aufgabe der aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten, als deutsches Hilfsorgan der Roten Armee der Politischen Hauptverwaltung der 1. Belorussischen Front unterstellten „Gruppe Ulbricht“, die zufällig entstandenen Verwaltungen politisch-personell in ihrem Sinne umzuformen.²⁶ Gemäß der von Ulbricht ausgegebenen Direktive „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“²⁷ sollten die Schlüsselpositionen mit Kommunisten besetzt werden, aber auch Sozialdemokraten, Vertreter des bürgerlichen Lagers und Parteilose berücksichtigt werden. Nach dem Aufbau der Berliner Bezirksverwaltungen galt es, einen Magistrat einzusetzen, den Rundfunk zu organisieren, die Schaffung von Einheitsgewerkschaften vorzubereiten und Vorarbeiten für die Wiedergründung der KPD zu leisten. Mit der Konstituierung der KPD am 11. Juni 1945

23 Vgl. D. Hanauske, „Bauen, bauen, bauen ...!“ (wie Anm. 12), S. 90 f.

24 Vgl. Kurt Winkler, Wieder Sportbetrieb in Berlin (Ms., Mai/Juni 1945), Bl. 1, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 13904.

25 Walter Lüdtke, Das Tagebuch von Britz, in: Peter Kruse (Hrsg.), Bomben, Trümmer, Lucky Strikes. Die Stunde Null in bisher unbekanntenen Manuskripten, Berlin 2004, S. 107–114, hier S. 110.

26 Zur Tätigkeit der „Gruppe Ulbricht“ vgl. die materialreiche Quellendokumentation „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945 (wie Anm. 22).

27 W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder (wie Anm. 2), S. 317.

endete die Tätigkeit der „Gruppe Ulbricht“. Da Berlin Modellcharakter haben sollte, um von hier aus die politische Entwicklung in ganz Deutschland beeinflussen zu können, war die Tätigkeit dieser Remigrantengruppe nicht nur von regionaler Bedeutung.

Der erste Nachkriegsmagistrat Berlins wurde von der „Gruppe Ulbricht“ nach dem gleichen Schema zusammengesetzt wie die Bezirksverwaltungen: „Es galt“, so Wolfgang Leonhard, der das jüngste Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ war, „möglichst viele Sozialdemokraten und Bürgerliche zu beteiligen, die Schlüsselpositionen aber in die Hände von Kommunisten zu bringen.“²⁸ Die drei wichtigsten Posten wurden von Kommunisten besetzt, die in der sowjetischen Emigration gewesen waren: Karl Maron,²⁹ der spätere Innenminister der DDR, als 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Arthur Pieck³⁰ als Leiter der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung und Otto Winzer,³¹ der spätere Außenminister der DDR, der wie Maron mit der „Gruppe Ulbricht“ aus Moskau zurückgekehrt war, als Dezernent für Volksbildung. Die von den Nationalsozialisten inhaftierten Kommunisten Hans Jendretzky,³² im April 1945 aus dem Zellengefängnis Nürnberg freigekommen, und Ottomar Geschke,³³ auf einem Evakuierungsmarsch der Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen von der Roten Armee befreit, beauftragte man mit der Leitung der Magistratsabteilungen für Arbeit bzw. für Sozialwesen. Als Vertreter des bürgerlichen Lagers galten der frühere Reichsminister und Zentrumspolitiker Dr. Andreas Hermes,³⁴ der nach dem 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und durch eine glückliche Fügung errettet worden war, als 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Leiter der Abteilung für Ernährung, der berühmte Chirurg Prof. Dr. Ferdinand Sauerbruch³⁵ als Gesundheitsstadtrat und der Architekt Prof. Hans Scharoun³⁶ als Leiter des Ressorts Bau- und Wohnungswesen. In hohen Verwaltungsstellen hatten neben Hermes nur der Leiter der Abteilung für Wirtschaft, der Jurist Dr. Hermann Landwehr,³⁷ der nach dem 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden war, und der Leiter der Abteilung für Finanz- und Steuerwesen, der Steuerfachmann Edmund Noortwyck,³⁸ gearbeitet: Landwehr als hoher Beamter im Reichswirtschaftsministerium, Noortwyck als Regierungsrat in der Reichsfinanzverwaltung und im Oberfinanzpräsidium Berlin bzw. Berlin-Brandenburg.

28 Ders., Spurensuche. Vierzig Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, aktuelle Fotos von Gerhard Weber, Köln 1992, S. 111.

29 Vgl. die Kurzbiografie von Karl Maron in: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil II: 1946, bearb. und eingel. von Dieter Hanauske (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 2/II), Berlin 1999, S. 1012.

30 Vgl. die Kurzbiografie von Arthur Pieck in: ebd., S. 1015 f.

31 Vgl. die Kurzbiografie von Otto Winzer in: ebd., S. 1026 f.

32 Vgl. die Kurzbiografie von Hans Jendretzky in: ebd., S. 1006 f.

33 Vgl. die Kurzbiografie von Ottomar Geschke in: ebd., S. 1001.

34 Vgl. die Kurzbiografie von Andreas Hermes in: ebd., S. 1005 f.

35 Vgl. die Kurzbiografie von Ferdinand Sauerbruch in: ebd., S. 1017 f.

36 Vgl. die Kurzbiografie von Hans Scharoun in: ebd., S. 1018 f.

37 Vgl. die Kurzbiografie von Hermann Landwehr in: ebd., S. 1011.

38 Vgl. die Kurzbiografie von Edmund Noortwyck in: ebd., S. 1013.

Tägliche Rundschau

Preis 15 Rfg.

Nr. 4

Tageszeitung für die Bevölkerung Deutschlands

18. Mai 1945

Der Magistrat der Stadt Berlin

Am 11., 12. und 13. Mai dieses Jahres fanden Versammlungen von Vertretern verschiedener öffentlicher Gruppen der Stadt Berlin statt, bei denen die Fragen über die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Wiederherstellung der Kommunalwirtschaft und der schnellsten Einrichtung normalen Lebens in der Stadt aufgeworfen wurden.

Auf diesen Versammlungen wurde beschlossen, die Stadtverwaltung von Berlin aufzustellen.

Wer sind diese Leute? Das sind der Professor Sauerbrück, die Ingenieure Arthur Werner, Jirack und Kehler, die Arbeiter Karl Maron und Arthur Pieck, der Pfarrer Buchholz, Fachleute auf verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft, ehemalige Abgeordnete des Reichstages und des Preussischen Landtages.

Die Aufstellung der führenden Mitarbeiter des Berliner Magistrats wurde am 14. Mai dieses Jahres dem sowjetischen Militärkommando vorgelegt und erhielt dessen Zustimmung.

Was verbindet diese Männer? Man braucht nur das zerstörte Berlin zu betrachten oder einen Blick in einen Tunnel der U-Bahn zu werfen, die noch von stückigem Quaal durchzogen ist, man braucht nur die zerstörten Räume des Elektrizitätswerkes zu betrachten oder die zerstörten Wasserwerke anzusehen, man braucht nur dem Lärm der Stadt zuzulassen und das millionenfache Getöse, die Symphonie der Weltstadt, zu vernimmen, um eine klare Antwort auf diese Frage zu erhalten. Hitler wollte das ganze Volk mit in den Abgrund hineinreißen. Er wollte bewußt diesen hoffnungslosen Krieg verlängern, um die Deutschen in den Hunger zu treiben, er ließ Berlin zerstören, damit dem deutschen Volk nach dem Verschwinden der Hiltfemacht die ersten Schritte nach oben schwer und zu einer Qual würden.

Nun geht es darum, in Berlin die schlimmsten Hinterlassenschaften dieses Oberbanditen und sei es auch noch so schwer, zu beseitigen. Und die Männer, die nun im Magistrat zusammenarbeiten, sind gerade durch dieses Ziel vereint. Das ist ein edles Ziel. Und diese Männer, die nun ihre Arbeit im Magistrat aufgenommen haben, sie sind vereint und besetzt durch den Wunsch, mit den Überresten der Nazis aufzuräumen, diese verfluchte Krankheit aus dem Körper des deutschen Volkes restlos auszureinigen.

Das Sowjetkommando hat, obwohl nur wenige Tage seit der Kapitulation verstrichen sind, diesen Männern sein Vertrauen entgegengebracht. Das ist eine bedeutungsvolle Tatsache.

Der Berliner Magistrat hat zu arbeiten begonnen. Verweilt und zerschlagen sind die erbitterten Mächte der Nazis, die Organe von der „Ausrottung des deutschen Volkes“, über die „gewaltsame Bolschewisierung“ und „Verschleppung der deutschen Bevölkerung zur Zwangsarbeit nach Sibirien“. Den Berlinern sind heute die Augen geöffnet. Es gilt aber, der Wahrheit nicht nur ins Auge zu sehen, sondern auch aus ihr die Konsequenzen zu ziehen. Der neugeschaffene Berliner Magistrat braucht die Unterstützung jedes einzelnen. Und je ehrlicher und bereitwilliger die Berliner mitteilen, um so erfolgreicher wird der Berliner Magistrat seine Aufgaben erfüllen können.

Erklärung Trumans auf der Pressekonferenz

Washington, 15. Mai (TASS). Truman gab auf der Pressekonferenz eine Erklärung ab, wobei er die Namen der Delegierten der Vereinigten Staaten bei der Schadenersatzkommission in Moskau bekannt gab. Es sind das Paul und sein Mitarbeiter Lubin.

Truman berührte die Frage der Schaffung der Schadenersatzkommission und führte dabei aus: „Die Frage einer gerechten und wirksamen Regelung der Reparaturen stellt uns vor schwere Probleme für die Nachkriegszeit. Diese Fragen sind eng mit der Garantie eines langen Friedens verbunden. Deshalb hängt von dieser Regelung die lebenswichtige Sicherheit Amerikas und der ganzen Welt ab. Ich habe bezüglich unserer eigenen Ziele meine persönliche Meinung, die die Delegierten Paul und Dr. Lubin vertreten werden. Vor allem müssen wir die Garantie schaffen, daß Deutschland und Japan nie mehr in der Lage sein werden, nochmals aufzurufen — das ist für uns das Wichtigste. Ich bin überzeugt, daß unsere Verbündeten in dieser Sache mit uns einig gehen, und daß durch diese Tatsache der Weg frei ist zur Ausarbeitung eines gerechten und befriedigenden Programms bezüglich der gesamten Sachleistungen. Das im höchsten Maße den Wideraufbau in den von den Deutschen früher besetzten Gebieten garantieren wird. Die Männer, die zur Befriedigung dieser wichtigen Mission ausgewählt sind, besitzen das Vertrauen aller Amerikaner. Sie sind an keiner gestrigen, diese Aufgabe zu lösen.“

Bezüglich des Kriegsverbrecher erklärte Truman, daß diese Angelegenheit dem Mitglied des Obersten Gerichts, Johnson, übergeben werden sei.

König Leopold

kehrt nicht nach Belgien zurück

London, 16. Mai (TASS). Laut Berlin: das diplomatische Personal der Botschaften beschloß, der belgische König Leopold vorläufig aus Gesundheitsgründen nicht nach Belgien zurückzukehren und besitzfreie seinen Bruder, den Prinzen Charles seinen Posten als Regenten weiter beibehalten. Bekanntlich wurde König Leopold während der deutschen Okkupation Belgiens von den Deutschen nach Ostpreußen abtransportiert und hielt sich nach seiner Befreiung durch die Alliierten in Salzburg auf. Der Korrespondent bemerkt, daß obwohl die belgischen Behörden amtlich die Abdankung demontierten, wonach das Leiden des Königs angeblich eine diplomatische Krankheit wäre, steht es außer Zweifel, daß heute eine Rückkehr des Königs nach Brüssel zu einer Diskussion über das Problem der Monarchie überhaupt führen würde. Dies würde nur Anlaß zu einer neuen Spaltung des ohnehin gespannten politischen Lage geben.

Bereits am 4. Mai, berichtet der Brüsseler Korrespondent der Tageszeitung „Le Soir“, das Vollzugskomitee der belgischen sozialistischen Partei einen Beschluß, in dem es heißt, daß die Interessen des Landes, seine moralische Einheit und die Festigkeit des existierenden politischen Regimes vor die sozialistische Politik die Forderung stelle, sich einer automatischen Übergabe der Macht an den König zu widersetzen und alle ihre Maßnahmen zu unterstützen, die darauf hinausgehen, den König zu bewegen, auf den Thron zu verzichten. In seinen Ausführungen über diesen Beschluß bemerkte der Korrespondent, daß die belgischen Sozialisten und auch die Kommunisten, die in dieser Frage denselben Standpunkt einnehmen, in Belgien zahlreiche Anhänger finden werden, während die belgische katholische Partei, wie es aus einer Erklärung ihres Organs „Nation Belge“ ersichtlich ist, die Rückkehr des Königs nach Belgien und die Zurückkehr der königlichen Gewalt an ihn für notwendig erachte.

Wertvolle Sammlungen vorgefunden

New York, 15. Mai (TASS). Laut Bericht der Korrespondenten der Agentur United Press bei der 7. amerikanischen Armee, entdeckten Offiziere dieser Armee vier bedeutende Sammlungen von Kunstgegenständen, die die Hitleristen in der Sowjetunion und an anderen Orten zusammengetragen hatten. Eine dieser Sammlungen wurde in einem ausgedehnten Tunnel in dem Österreichischen Alpen, eine andere in einer der Bayerischen Burgen vorgefunden. Eine dritte Sammlung wurde in einem Kloster in Bayern (Bayern) entdeckt. Sie enthält eine Menge von Kunstgegenständen, die aus dem Kloster Museum gestohlen waren. In Bayern wurden dreihundert Kunstgegenstände vorgefunden, die in der Sowjetunion und in Frankreich gestohlen waren.

Bekanntmachung

des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin

Mit Anerkennung des Militär-Kommandos der Roten Armee wurde der Magistrat der Stadt Berlin neu gebildet.

Die Obliegenheiten des Oberbürgermeisters habe ich selbst übernommen.

Für die führenden Funktionen des Magistrats wurden bestellt:

Zum ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters:

Karl MARON.

Zum zweiten Stellvertreter und Leiter der Abteilung Ernährung: Dr. Andreas HERMES.

Zum dritten Stellvertreter und Leiter der Planabteilung: Paul SCHWENK.

Zum vierten Stellvertreter: Karl SCHOLZE.

Zum Leiter der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung: Arthur PIECK.

Zum Leiter der Abteilung für Volksbildungswesen:

Otto WINZER.

Zum Leiter der Abteilung für Gesundheitswesen:

Ing. KRAFT

Zum Leiter der Abteilung für Finanzverwaltung:

Edmund NORDWIECK.

Zum Leiter der Abteilung für die kommunalen Betriebe:

Ing. JIRACK.

Zum Leiter der Abteilung für Handel: Josef ORLOPP.

Zum Leiter der Abteilung für Nachrichten und Verbindung:

Ernst KEHLER.

Zum Leiter der Abteilung für Sozialfürsorge:

Otomar GESCHKE.

Zum Leiter der Abteilung für Wirtschaft:

Ministerialdirigent LANDWEHR.

Zum Leiter der Abteilung für Arbeitseinsatz:

Hans JENDRETZKI.

Zum Beirat für Kirchenfragen: Pfarrer BUCHHOLZ.

Ich rufe die Bevölkerung Berlins auf, dem neugebildeten Magistrat aktive Hilfe zu leisten zur Wiederherstellung des normalen Lebens der Stadt und bei der Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Militär-Kommando der Roten Armee.

Berlin, 17. Mai 1945.

Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin

Dr. ARTHUR WERNER

Kaltenbrunner festgenommen

London, 16. Mai (TASS). Laut Bericht des amerikanischen Rundfunksenders in England hat eine Einheit der amerikanischen 89. Division zusammen mit österreichischen Partisanen den stellvertretenden Gestapo-Chef und Chef der österreichischen H. Kaltenbrunner gefangen genommen. Als Kaltenbrunner gefangen genommen wurde, erklärte er, er sei deutscher Militärarzt und zeigte somit die entsprechenden Dokumente vor. Um nicht erkannt zu werden, hatte er sich einen Schnurrbart angeklebt. Als er jedoch endgültig entlarvt wurde, besaßen sich Kaltenbrunner zu einem Geständnis.

In seinem Haase wurden große Summen in Reichsmark, Gold und Dollars vorgefunden. Kaltenbrunner, heißt es in dem Bericht, ist ein Kriegsverbrecher ersten Ranges. Er wird sich zusammen mit anderen Verbrechen über den Tod von Millionen unschuldiger Menschen verantworten müssen.

Inhaftnahme des ehemaligen Chefs der finnischen Polizei

Helsinki, 13. Mai (TASS). Die finnischen Zeitungen geben bekannt, daß der ehemalige Chef der finnischen Polizei Anttoni in ein Konzentrationslager verbracht worden ist.

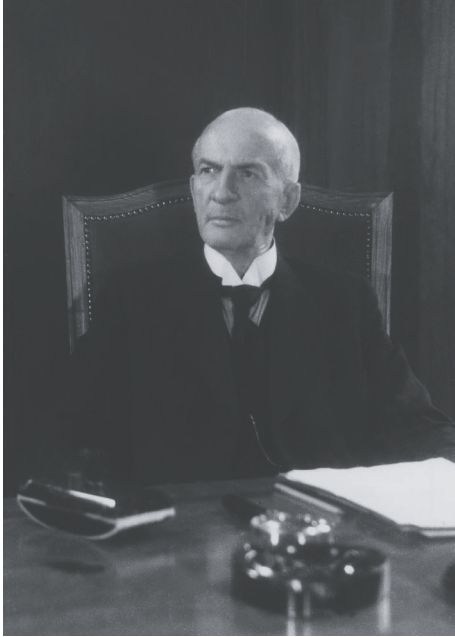
Verhaftungen von Hitleragenten in Prag

Prag, 16. Mai (TASS). Hier wurde der „Präsident“ der Marionettenregierung des sogenannten Protektorats Böhmen und Mähren, Emil Hacha, verhaftet. Ebenso verhaftete man auch den ehemaligen „Premierminister“ und „Justizminister“ der Marionettenregierung, Jaroslav Kriehel, den ehemaligen „Premierminister“ Richard Biarlet, den „Verkehrminister“ Heinrich Kamentent, den „Finanzminister“ Josef Kahlik, den „Landwirtschaftsminister“ Adolf Grubi sowie den Leiter der tschechischen faschistischen Partei, Rudolf Galla.

Hört den Rundfunksender Berlin!

Der Rundfunksender Berlin sendet täglich um 12 Uhr, 10 Uhr und 20 Uhr deutscher Sommerzeit auf Wellen 356 m = 84 kHz. Am Pfingstsonntagmorgen hören Sie von 8-10 Uhr ein großes Pfingstkonzert. Am Pfingstsonntag arbeitet der Rundfunksender Berlin täglich durchgehend von 6 Uhr früh bis 1 Uhr nachts. Die Sendeleitung.

II/4 Bekanntmachung des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin über die Bildung eines neuen Magistrats vom 17. Mai 1945; in: Tägliche Rundschau. Tageszeitung für die Bevölkerung Deutschlands, Nr. 4 vom 18. Mai 1945



II/1 Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner (1877-1967), 30. Juli 1945



II/2 1. stellvertretender Oberbürgermeister Karl Maron (1903-1975), 10. Juli 1945



II/3 Sitzung des Magistrats im Neuen Stadthaus, von links: Schellenberg, Geschke (stehend), Grüber, Buchholz, Klimpel, Siebert, Noortwyck, Maron, Oberbürgermeister Werner, Schwenk, Orlopp, Pieck, Gohrbandt, Redeker, Sauerbruch und Kehler, ca. September 1945

Oberbürgermeister war der Architekt und Bauingenieur Dr. Arthur Werner, der bei Amtsantritt 68 Jahre alt war und keine nennenswerten politischen Erfahrungen oder Verwaltungskennnisse besaß.³⁹ Jahrzehntlang hatte er in Berlin eine technische Privatschule betrieben, bis zur behördlichen Schließung 1942. Als Oberbürgermeister sah er sich in der Rolle eines parteipolitisch neutralen und allseitig loyalen „Stadtpräsidenten von Berlin“. Mit bürgerlichem Habitus und Lokalpatriotismus im besten Sinne appellierte er in seinen zahlreichen Reden an den Lokalstolz der Berliner und versuchte auf diese Weise, ihren Aufbauwillen zu stärken und somit die in Trümmern liegende Stadt zu neuem Leben zu erwecken. Im Wesentlichen beschränkte er sich auf die Funktionen einer bürgerlichen Repräsentations- und Galionsfigur des Magistrats. Die tatsächliche Leitung der Stadtregierung lag dagegen in der Hand von Karl Maron, dem 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, der mit Walter Ulbricht aus Moskau zurückgekehrt war.

Nach der Zulassung von politischen Parteien im Juni/Juli 1945 gehörten von den 18 Magistratsmitgliedern – der Oberbürgermeister und seine vier Stellvertreter sowie die Stadträte als Leiter der Magistratsabteilungen – sechs der KPD, drei der SPD, zwei der CDU und sieben keiner Partei an.⁴⁰ Zu den Parteilosen zählte auch Oberbürgermeister Werner. Wenn auch der Magistrat ein „pluralistisch“ zusammengesetztes Verwaltungsorgan darstellte und zunächst zu zwei Dritteln aus Nichtkommunisten bestand, so war er doch von Anfang an kommunistisch dominiert. Die Kommunisten nahmen zum Teil Schlüsselpositionen ein, und sie agierten als geschlossene Gruppe, der keine andere politische „Fraktion“ gegenüberstand.⁴¹ Nach Vorstellung der KPD, deren politische Konzeption als erstes Ziel nach dem Zweiten Weltkrieg nicht etwa die Errichtung eines sozialistischen, sondern eines „antifaschistisch-demokratischen“ Systems vorsah, sollte der Berliner Magistrat ein „antifaschistisch-demokratisches“ Musterbeispiel für die weitere politische Entwicklung in Deutschland werden,⁴² „als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ wirken.⁴³

Nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED bestand der Magistrat genau zur Hälfte aus Mitgliedern der neuen Einheitspartei, und Ende August 1946, als es zu einem personellen Wechsel in der Leitung der Magistratsabteilung für Städtische Energie- und Versorgungsbetriebe kam, erlangte die SED mit zehn von 18 Mitgliedern sogar die absolute Mehrheit im Magistratskollegium.⁴⁴ Bezieht man die stellvertretenden Abteilungsleiter bei der Betrachtung mit ein, so gehörten 60 Prozent des

39 Vgl. die Kurzbiografie von Arthur Werner in: ebd., S. 1024 f.; ferner: Kurt Wernicke, Arthur Werner, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert* (= *Berlinische Lebensbilder*, Bd. 7), Berlin 1992, S. 327–355; ders., *Alliiertes Mandat gegen die Lethargie. Oberbürgermeister Arthur Werner führte den Magistrat mit eigener Handschrift*, in: *Berlinische Monatsschrift*, Heft 12/2000 (Sonderheft zum Zeitraum 1945–1948), S. 84–92; Dieter Hanauske, „Ein ehrlicher Mann, aber etwas naiv“. Arthur Werner – Berliner Oberbürgermeister von 1945/46, in: *Der Bär von Berlin. Jahrbuch 2002 des Vereins für die Geschichte Berlins*, S. 131–160. Der Nachlass Arthur Werner befindet sich im Landesarchiv Berlin (E Rep. 300-09).

40 Vgl. Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945, bearb. und eingeleitet von Dieter Hanauske (= *Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin*, Bd. 2/I), Berlin 1995, S. 52.

41 Vgl. D. Hanauske, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 154.

42 Vgl. ebd., hier S. 154 und 176.

43 Richard Gyptner, Am 1. Mai 1945 kamen sie nach Bruchmühle, in: *Berliner Zeitung* vom 1. Mai 1965, S. 3 f., hier S. 4. Gyptner war Mitglied der „Gruppe Ulbricht“.

44 Vgl. D. Hanauske, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 172.

Führungspersonals im Oktober 1946 der SED an.⁴⁵ Da die Einheitspartei im Magistrat die Mehrheit und Vorherrschaft, wenn auch nicht die Alleinherrschaft hatte, ist die Bezeichnung „SED-Magistrat“ im Sinne eines politisch von der Einheitspartei geführten Exekutivorgans durchaus gerechtfertigt.⁴⁶

Am Pfingsttag, dem 19. Mai 1945, war der von der „Gruppe Ulbricht“ zusammengestellte und anschließend vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generaloberst Nikolai E. Bersarin, und vom Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland, Marschall Georgi K. Shukow, bestätigte erste Nachkriegsmagistrat Berlins öffentlich vorgestellt und offiziell in seine Tätigkeit eingeführt worden. Stadtkommandant Bersarin forderte den Magistrat auf, „so schnell und so gut wie möglich das normale Leben der Stadt Berlin wiederherzustellen“.⁴⁷

Seinen Hauptsitz richtete der Magistrat in dem relativ gering beschädigten Gebäude der Städtischen Feuersozietät von Berlin in der Parochialstraße im Bezirk Mitte ein, unweit des weitaus stärker beschädigten Berliner Rathauses (Zerstörungsgrad: 50 Prozent) und des Stadthauses an der Judenstraße/Klosterstraße (Zerstörungsgrad: 30 Prozent).⁴⁸ „Über zerstörte Treppen, Korridore und Trümmer“, so der Leiter der Abteilung für Handel und Handwerk, der frühere sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Josef Orlopp,⁴⁹ „bahnte ich mir in den ersten Tagen meiner Tätigkeit den Weg zu meinem Dienstzimmer, in dem Tür und Scheiben fehlten und dessen Einrichtung aus einem alten Stuhl und einer großen leeren Kiste bestand.“⁵⁰ Die Kiste diente ihm als Schreibtisch.⁵¹

Das Dienstgebäude in der Parochialstraße wurde zunächst „Stadthaus“ genannt und erhielt später, im November 1945, die Bezeichnung „Neues Stadthaus“, um Verwechslungen mit dem bisherigen Stadthaus zu vermeiden, das seitdem „Altes Stadthaus“ hieß.⁵²

Die bis zum Dezember 1946 amtierende Auftragsregierung, „die als höchstes deutsches Exekutivorgan in und für Berlin unter anfangs sowjetischer und dann alliierter Oberhoheit kommunale und staatliche Aufgaben wahrnahm und damit die Funktionen einer Stadt- und Landesregierung und zum Teil auch – für den Bereich von Berlin – zentralstaatliche Funktionen einer ‚Reichsregierung‘ ausübte“,⁵³ hatte gewaltige Aufgaben zu bewältigen, um das vom NS-Regime zu verantwortende Chaos zu beseitigen und wieder einigermaßen geregelte Lebensverhältnisse herzustellen. Die Ausgangslage war ausgesprochen schwierig, und der Magistrat von 1945/46 erwarb sich bei der Überwindung des Nachkriegschaos bleibende Verdienste.⁵⁴

45 Vgl. ebd., hier S. 172 und 176.

46 Vgl. ebd., hier S. 172 f.

47 W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder (wie Anm. 2), S. 337.

48 Vgl. Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945 (wie Anm. 40), S. 40.

49 Vgl. die Kurzbiografie von Josef Orlopp in: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil II: 1946 (wie Anm. 29), S. 1013 f.

50 Josef Orlopp, Zusammenbruch und Aufbau Berlins 1945/1946, Berlin 1947, S. 16.

51 Vgl. Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966 (Reprint 1990), S. 23.

52 Vgl. Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945 (wie Anm. 40), Dok. Nr. 1, S. 86; Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin an alle Bezirksämter vom 20. November 1945, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 3306.

53 Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945 (wie Anm. 40), S. 59.

54 Vgl. D. Hanauske, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 175.



II/12 Das instand gesetzte Neue Stadthaus in der Parochialstraße, Sitz des Magistrats, früher Gebäude der Städtischen Feuersozietät, Oktober 1946

3. Die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften

Zu einem erstaunlich frühen Zeitpunkt, bereits am 10. Juni 1945, erlaubte die tags zuvor gebildete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit Befehl Nr. 2 in ihrem Besatzungsbereich die Bildung und Tätigkeit „antifaschistischer“ politischer Parteien, „die sich die endgültige Ausrottung der Ueberreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzten“.⁵⁵ Außerdem wurde „das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen“ gewährt.⁵⁶ Durch frühe Gründungen von Parteien und Gewerkschaften wollte die sowjetische Besatzungsmacht den gesamtdeutschen Neuanfang vorprägen und Einfluss auch auf die Westzonen Deutschlands nehmen, wo zum damaligen Zeitpunkt die Bildung von Parteien noch untersagt und die Bildung von Gewerkschaften nur auf lokaler Basis möglich war.⁵⁷ „Die Sowjets wissen, was sie wollen, und schaffen vollendete Tatsachen,

55 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration vom 10. Juni 1945, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 1239.

56 Ebd.

57 Zu den politisch-taktischen Gründen der Sowjets für die frühe Parteienzulassung vgl. Gerhard Keiderling, Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45 (1997), S. 257–296, hier S. 266–268.

Сыпрануеіс Беі

Befehl Nr. 2

Zeitgesch. Sammlung
S.-Ost Nr. 1239

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

den 10. Juni 1945

Berlin

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Uebernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem BEFEHLE ICH:

1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Ueberreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.
2. Der werktätigen Bevölkerung der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgeberern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.
3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.
4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Okkupationsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und Punkt 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.
5. Auf Grund des Vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Oberbefehlshaber der Sowjetischen Okkupationsgruppen in Deutschland

Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow ✓

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration

Generaloberst W. W. Kurasow ✓

ehe die Westmächte sich in Berlin anpassen und in ihren Zonen 'nachziehen'", schreibt Egon Bahr.⁵⁸

Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 2 wurden im Juni und Juli 1945 in Berlin vier Parteien – zwei Linksparteien und zwei bürgerliche Parteien – zugelassen: die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP). Andere Parteigründungen lehnte die beim Berliner Magistrat eingerichtete Registrierungsstelle für die Anmeldung der Parteien und Parteiprogramme strikt ab.⁵⁹

Nur einen Tag nach dem SMAD-Befehl Nr. 2, am 11. Juni 1945, trat die KPD als erste Partei an die Öffentlichkeit. Ihr (Wieder-)Gründungsaufruf wirkte wie eine Abkehr von den revolutionären Traditionen der Partei, die in der Weimarer Zeit die Diktatur des Proletariats und das Räte-(Sowjet-)System propagiert hatte. Jetzt wurde als politisches Ziel verkündet, „die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten“.⁶⁰ Die Einführung des Sowjetsystems wurde ausdrücklich abgelehnt. „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“, so war zu lesen, entspreche „nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“.⁶¹ Vielmehr müsse man „den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ beschreiten. Gefordert wurde unter anderem die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ und die „Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage“,⁶² ferner die Schaffung eines „Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien“: „Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.“⁶³

Der KPD ging es um eine „antifaschistisch-demokratische“ Umwälzung. Nicht die sozialistische Revolution stand auf der Tagesordnung, sondern die „antifaschistisch-demokratische“ Fortsetzung der bürgerlichen Revolution von 1848. Erst nach deren Vollendung sollte die sozialistische Ordnung eingeführt werden. Im Hinblick auf die zu gewinnenden Bündnispartner wurde darauf verzichtet, den Übergangscharakter der „antifaschistischen Demokratie“ zu betonen, blieb der Sozialismus als

58 E. Bahr, Ein Stück Leben (wie Anm. 9), hier S. 21.

59 Vgl. Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil I: 1945 (wie Anm. 40), Dok. Nr. 9, S. 120 f.; G. Keiderling, Scheinpluralismus und Blockparteien (wie Anm. 57), hier S. 285–287.

60 Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichhardt/Hanns U. Treutler/Albrecht Lampe (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte, Bd. 4, 1. Halbbd.), Berlin 1964, Dok. Nr. 469, S. 759.

61 Ebd.

62 Ebd.

63 Ebd., S. 760.

Zielvorstellung unerwähnt.⁶⁴ Mit Hilfe des „Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien“ sollte die Bündnispolitik realisiert werden, die Bildung einer anti-kommunistischen Koalition ausgeschlossen werden. Die Blockpolitik bildete den zentralen strategischen Bestandteil der Gesamtkonzeption.

Der (Wieder-)Gründungsaufwurf der SPD vom 15. Juni 1945 nahm sich gegenüber dem KPD-Aufruf stärker sozialistisch aus. Unter der Parole „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ forderte der Zentralaus-schuss der SPD unter anderem: „Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unter-nehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen“, „Aufteilung des Großgrund-besitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Großstädter“, „Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze“ sowie „Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft“, „Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden von Mietshäusern“.⁶⁵ „Auf das wärmste“ wurde der Aufruf der KPD begrüßt, „der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbe-dingungen Deutschlands abhängig ist, und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern“.⁶⁶ „Den Kampf um die Neugestaltung“ wollte der Zentralaus-schuss „auf dem Boden der organisa-torischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen“.⁶⁷

Am 26. Juni 1945 trat die CDU mit einem Gründungsaufwurf an die Öffentlichkeit. Diese Partei verstand sich als interkonfessionell-christlicher, bürgerlicher Zusam-menschluss, als Sammlungspartei, die verschiedene politische Strömungen des bürgerlichen Lagers zusammenfasste. Den Stamm der Gründungsmitglieder bildeten ehemalige Zentrumspolitiker. „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat“, so die CDU in ihrem Gründungspapier, „kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur er-stehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr er-schließen.“⁶⁸ Ein „wahrhaft demokratischer Staat“ sollte geschaffen werden, „der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde“.⁶⁹ Die CDU trat für einen weitgehend auf Selbstverwaltung und ehrenamtliche Mitarbeit gegründeten Aufbau des öffentlichen Lebens ein, für einen von der Kirche geleiteten Religionsunterricht als Bestandteil der Erziehung und für

64 Vgl. Dietrich Staritz, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. II: FDP bis WAV (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 39), Opladen 1984, S. 1663–1809, hier S. 1683.

65 Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. Juni 1945, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951 (wie Anm. 60), Dok. Nr. 470, S. 762 f.

66 Ebd., S. 762.

67 Ebd., S. 763.

68 Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 26. Juni 1945, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951 (wie Anm. 60), Dok. Nr. 471, S. 764.

69 Ebd.

die Verstaatlichung der Bodenschätze. „Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen“ sollten „klar der Staatsgewalt unterworfen werden“.⁷⁰ Die CDU bejahte „das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt“, und begrüßte die Schaffung einer „einheitlichen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte“.⁷¹

Der CDU-Vorsitzende Dr. Andreas Hermes und sein Stellvertreter Dr. Dr. Walther Schreiber, an deren Haltung gegenüber der sowjetzonalen Bodenreform sich ein Konflikt mit der sowjetischen Militärregierung entzündet hatte, wurden im Dezember 1945 vom sowjetischen Oberbefehlshaber abgesetzt. Daraufhin gelangte Jakob Kaiser mit Ernst Lemmer an die Führungsspitze der CDU.

Die bürgerlich-liberale LDP, die sich als vierte Partei konstituierte, bekannte sich in ihrem Gründungsaufwurf vom 5. Juli 1945 zur „Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf wahrhaft demokratischer Grundlage“ in traditionell liberalem Sinne „mit dem Ziele politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Gerechtigkeit“.⁷² Die Partei verfolgte eine strikt privatwirtschaftliche Linie. „Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft, des Privateigentums und der freien Wirtschaft“, so hieß es, „ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung.“⁷³ Nur dann sollten Unternehmen der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden, „wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohles dies gebietet“.⁷⁴ Die LDP forderte eine „Vereinfachung des Staatsapparates, Wiederherstellung eines unabhängigen, leistungsfähigen Berufsbeamtentums neben dem Ehrenamt“.⁷⁵

Am 13. Juni erschien zum ersten Mal die „Deutsche Volkszeitung“, das Zentralorgan der KPD. Es folgten die anderen Parteizeitungen: „Das Volk“, die Tageszeitung der SPD, am 7. Juli, die „Neue Zeit“, das Organ der CDU, am 22. Juli, und „Der Morgen“, die Tageszeitung der LDP, am 3. August.

Einen Tag nach ihrer Wiedergründung veranstaltete die KPD im Stadthaus in der Parochialstraße (Bezirk Mitte) als erste Partei eine politische Versammlung. Im Mittelpunkt stand eine Ansprache Walter Ulbrichts, in der er die Notwendigkeit eines „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ besonders hervorhob: „Schaffen wir nun, nachdem die Naziherrschaft zertrümmert ist, die umfassende antifaschistische demokratische Einheit. Wir sind überzeugt, daß der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste der Hitlerherrschaft und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.“⁷⁶

Die beabsichtigte Bildung eines Parteienblocks konnte gleich nach der Zulassung aller Parteien vollzogen werden. Man einigte sich auf den Namen „Einheitsfront“ der

70 Ebd., S. 765.

71 Ebd.

72 Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 5. Juli 1945, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951 (wie Anm. 60), Dok. Nr. 472, S. 767.

73 Ebd.

74 Ebd.

75 Ebd., S. 768.

76 Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 2: 1933–1946, Berlin 1953, S. 423.

antifaschistisch-demokratischen Parteien“. Ein gemeinsamer Ausschuss wurde geschaffen, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsandten; alle Parteien hatten ein Vetorecht bei der Beschlussfassung.⁷⁷

Auf Berliner Stadtebene konstituierte sich erst am 8. Dezember 1945, nachdem sich in allen vier Parteien Berliner Leitungen gebildet hatten, der „Einheitsausschuß Groß-Berlin der (vier) antifaschistisch-demokratischen Parteien (Deutschlands)“,⁷⁸ der sich „zur Beratung wichtiger Gesetzentwürfe und grundsätzlicher Maßnahmen“ dem Magistrat zur Verfügung stellte.⁷⁹ Karl Maron sah in ihm bis zur Abhaltung von Berliner Wahlen „gewissermaßen das Sprachrohr der Bevölkerung“.⁸⁰ Auch dieser lokale Einheitsausschuss, der bis zur Konstituierung der am 20. Oktober 1946 gewählten Stadtverordnetenversammlung teilweise die Funktion eines Ersatzparlaments wahrnahm, wurde von jeweils fünf Vertretern der vier Parteien besetzt. Er existierte bis zum 22. November 1946.⁸¹

Am 15. Juni 1945 hatte ein sich aus führenden Vertretern der früheren Richtungsgewerkschaften zusammensetzender „vorbereitender Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin“ zur Schaffung von einheitlichen, nicht mehr in Richtungen gesonderten Gewerkschaften aufgerufen: „Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden.“⁸² Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), dessen Aufbau sich im Rahmen von 18 Gewerkschaftsverbänden vollzog,⁸³ war für die KPD keineswegs eine parteipolitisch neutrale Interessenorganisation der Arbeitnehmerschaft, sondern, entsprechend der Gewerkschaftstheorie Lenins, ein „Transmissionsriemen“ des Willens der Parteiführung in die Masse der werktätigen Bevölkerung.⁸⁴

77 Vgl. Mitteilung über die Bildung des antifaschistischen Blocks der politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone vom 14. Juli 1945, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951 (wie Anm. 60), Dok. Nr. 473; G. Keiderling, Scheinpluralismus und Blockparteien (wie Anm. 57), hier S. 288–294.

78 Die in Klammern gesetzten Wörter wurden bei der offiziellen Bezeichnung des Einheitsausschusses Groß-Berlin zum Teil weggelassen.

79 Neue Zeit vom 9. Dezember 1945, S. 2. Vgl. Siegfried Suckut, Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München hrsg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 1990, S. 597, 602 f. und 616.

80 Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil II: 1946 (wie Anm. 29), Dok. Nr. 91, S. 546.

81 Die Sitzungsprotokolle dieses Ausschusses sind vorhanden in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, DY 3/4.

82 Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin vom 15. Juni 1945, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 5021. Unterzeichner des Aufrufs waren die ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschafter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Otto Brass, Bernhard Göring und Hermann Schlimme, die Kommunisten Roman Chwalek, Hans Jendretzky und Paul Walter von der ehemaligen Revolutionären Gewerkschaftsopposition sowie die Christdemokraten Jakob Kaiser von den früheren Christlichen und Ernst Lemmer von den früheren Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

83 Vgl. Flugblatt des FDGB, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 5020.

84 Vgl. Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950. FDGB – UGO – DGB, Berlin 1971; Werner Müller, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: SBZ-Handbuch (wie Anm. 79), S. 626–664.

Ab Herbst 1945 forderte die KPD einen schnellen Zusammenschluss mit der SPD, den sie zunächst abgelehnt hatte, um erst einmal die eigene Partei ideologisch und organisatorisch zu festigen. Inzwischen hatten sich die führenden SPD-Gremien von ihrer ursprünglichen Absicht der Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei distanziert. Durch eine massive Einheitskampagne der KPD und repressive Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht gegen sozialdemokratische Fusionsgegner, die bis hin zu Verhaftungen reichten, wurde auf die SPD ein enormer Druck ausgeübt. Während die Sozialdemokraten in der Sowjetzone nicht frei über die Zukunft ihrer Parteiorganisation entscheiden konnten und die Mehrheit des SPD-Zentralausschusses am 11. Februar 1946 der mehr und mehr erzwungenen Vereinigung zustimmte, setzten in Berlin, wo nicht nur die Sowjets, sondern auch die Westmächte präsent waren, Vereinigungsgegner in der SPD-Bezirksorganisation eine parteiinterne Urabstimmung über die Einheitsfrage durch, die allerdings nur in den drei Westsektoren stattfinden konnte. An dieser Abstimmung, die am 31. März 1946 stattfand, beteiligten sich 71,8 Prozent der stimmberechtigten Parteimitglieder in den Westsektoren, von denen 82,6 Prozent gegen „den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien“⁸⁵ votierten.⁸⁶ Daraufhin bauten die Vereinigungsgegner eine eigene sozialdemokratische Parteiorganisation in Berlin auf. Nur rund ein Drittel der SPD-Mitglieder ging in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).⁸⁷ Am 14. April 1946, eine Woche bevor sich am 21./22. April KPD und SPD für die sowjetische Besatzungszone zur SED zusammenschlossen, fand im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße, dem Gebäude der Deutschen Staatsoper, der Vereinigungsparteitag der Berliner KPD und SPD statt. In Berlin war die SED zunächst nur im Sowjetsektor und die von den Vereinigungsgegnern neu konstituierte SPD lediglich in den Westsektoren anerkannt. Erst Ende Mai 1946 wurden alliiertes sowohl die SED als auch die aus der Urabstimmung hervorgegangene SPD in allen vier Sektoren Berlins zugelassen.⁸⁸

Seit dem 23. April 1946 erschien die Tageszeitung „Neues Deutschland“, das Zentralorgan der SED. Am 3. Juni 1946 kam zum ersten Mal „Der Sozialdemokrat. Organ der Sozialdemokratie Groß-Berlin“ heraus. Dem ursprünglichen Plan der Berliner SPD, eine Zeitung unter dem traditionsreichen Namen „Vorwärts“ herauszugeben, war die Berliner SED zuvorgekommen: Seit dem 9. April 1946 erschien der zunächst vom Organisationsausschuss Groß-Berlin der SPD und KPD zur Vereinigung der beiden Parteien und dann vom Berliner Bezirksvorstand der SED herausgegebene „Vorwärts. Berliner Volksblatt“.

Die SED war zunächst keine Kaderpartei leninistischen Typs, sondern eine sozialistische Massenpartei, in der die früheren Sozialdemokraten paritätisch in den Vor-

85 Stimmzettel zur parteiinternen Urabstimmung über die Einheitsfrage am 31. März 1946, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 1226.

86 Vgl. Harold Hurwitz unter Mitarbeit von Andreas Büning/Johannes-Berthold Hohmann/Klaus Sühlingolore Mensch-Khan, Die Anfänge des Widerstands. Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. IV/2), Köln 1990, S. 1220.

87 Vgl. Werner Müller, Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/96, S. 19.

88 Vgl. BK/O (46) 248 vom 31. Mai 1946, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 4865.

URWAHL



BERLIN

Bist du für den sofortigen Zusammenschluß
beider Arbeiterparteien ?

Ja

Nein

Bist du für ein Bündnis beider Parteien,
welches gemeinsame Arbeit sichert
und Bruderkampf ausschließt?

Ja

Nein

II/21 Stimmzettel für die Urabstimmung über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien durch die Mitglieder der SPD in den zwölf westlichen Stadtbezirken, 31. März 1946

ständen saßen. Auch programmatisch hatte sie sich keineswegs auf das sowjetische Modell festgelegt. Im Sinne der von dem KPD-Ideologen Anton Ackermann entwickelten These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“⁸⁹ wurde laut programmatischer Erklärung der „demokratische Weg zum Sozialismus“ erstrebt, zugleich die SED als „deutsche sozialistische Partei“ definiert.⁹⁰ Später wurden die Konzessionen, die man den Sozialdemokraten gemacht hatte, schrittweise zurückgenommen, und es erfolgte die Umgestaltung der SED in eine „Partei neuen Typus“ stalinistischen Charakters.

4. Die Errichtung der Viermächteverwaltung

Am 12. September 1944 hatte die in London tagende, von den drei alliierten Großmächten gebildete European Advisory Commission⁹¹ eine Vereinbarung getroffen, das so genannte Londoner Protokoll, in dem festgelegt war, dass Deutschland nach der Niederwerfung in drei Besatzungszonen und ein besonderes Berliner Gebiet eingeteilt werden sollte.⁹² Die Sonderregelung für Berlin sah vor, dass die Stadt von den alliierten Mächten gemeinsam besetzt und zu diesem Zweck in drei Sektoren – in ein amerikanisches, britisches und sowjetisches Besatzungsgebiet – geteilt werden sollte, wobei die Teilungslinien sich nach den Bezirksgrenzen richten sollten, wie sie durch das so genannte Groß-Berlin-Gesetz von 1920 geschaffen worden waren. Festgelegt war, welcher Teil Berlins von den sowjetischen Truppen okkupiert werden sollte, nämlich der östliche Teil mit den Bezirken Friedrichshain, Köpenick, Lichtenberg, Mitte, Pankow, Prenzlauer Berg, Treptow und Weißensee. Ein Ergänzungsabkommen vom 14. November 1944 legte dann den amerikanischen und den britischen Besatzungssektor fest (amerikanischer Sektor: der südwestliche Teil mit den Bezirken Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Zehlendorf; britischer Sektor: der nordwestliche Teil mit den Bezirken Charlottenburg, Reinickendorf, Spandau, Tiergarten, Wedding und Wilmersdorf).⁹³

89 Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, Heft 1/1946, S. 22–32.

90 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper „Admiralpalast“ in Berlin, Berlin 1946, S. 172–180, hier S. 179 f.

91 Die Bildung dieser interalliierten Institution war im Oktober 1943 auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion beschlossen worden. Die Kommission sollte alle im Zusammenhang mit Beendigung der Feindseligkeiten in Europa auftauchenden Probleme untersuchen und den Regierungen gemeinsam ausgearbeitete Empfehlungen unterbreiten. Vgl. Hermann Weiß, European Advisory Commission (EAC), in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 256–259.

92 Vgl. Protokoll zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin, in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, mit einem Vorwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin (= Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn, Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft, Bd. 52/I), 4. Auflage, München 1987, Dok. Nr. 1.

93 Vgl. Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion vom

Das Londoner Protokoll sah auch die Installierung einer aus drei Kommandanten bestehenden Kommandantur vor, einer interalliierten Verwaltungsbehörde für Berlin.

Dass alle drei Verbündeten an der Besetzung und Kontrolle von Berlin beteiligt sein wollten, lässt darauf schließen, dass einem Einfluss in der Stadt große Bedeutung für die Zukunft Deutschlands beigemessen wurde.

Frankreich, dessen Beteiligung an der Besetzung und Kontrolle Deutschlands im Februar 1945 auf der Jalta-Konferenz beschlossen wurde,⁹⁴ trat am 26. Juli 1945 dem Abkommen vom 12. September 1944 bei und erhielt in Berlin einen Sektor, der aus dem britischen Anteil abgezweigt wurde (die Bezirke Reinickendorf und Wedding).⁹⁵

Das ebenfalls in London vereinbarte Abkommen über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14. November 1944, dem Frankreich am 1. Mai 1945 beitrug, sah vor, dass die oberste Gewalt in Deutschland von den einzelnen Oberbefehlshabern der Streitkräfte auf Weisung ihrer jeweiligen Regierungen ausgeübt werden sollte, und zwar von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des Kontrollrats.⁹⁶ Dieses Kontrollorgan sollte eine einheitliche Vorgehensweise der Oberbefehlshaber in ihren jeweiligen Besatzungszonen gewährleisten, über grundsätzliche, ganz Deutschland betreffende Fragen entscheiden und die deutsche Zentralverwaltung überwachen. Außerdem war vorgesehen, das interalliierte Sondergebiet von Berlin der Gewalt dieser obersten Kontrollbehörde zu unterstellen. Die Kommandantur sollte unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrats arbeiten und über das Koordinierungskomitee des Kontrollrats Befehle erhalten.

Nach der Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht vom 8. Mai 1945 übernahmen die vier Siegermächte durch eine Erklärung vom 5. Juni formell „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“.⁹⁷ Diese „Berliner Deklaration“, die bestätigte, was die Alliierten bereits auf ihren Kriegskonferenzen beschlossen hatten, wurde in Berlin-Köpenick von den Oberbefehlshabern der Besatzungsstreitkräfte in Deutschland – General Dwight D. Eisenhower (USA), Marschall Georgi K. Shukow (Sowjetunion), Feldmarschall Bernard L. Montgomery (Großbritannien) und General Jean de Lattre de Tassigny (Frankreich) – unterzeichnet. Gleichzeitig setzten die Vertreter der Alliierten mit ihren Unterschriften ergänzende „Feststellungen“ in Kraft, in denen die Konturen des Besatzungsregimes festgelegt waren.

14. November 1944 über Ergänzungen zu dem Protokoll vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen von Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Auszug), in: ebd., Dok. Nr. 2.

94 Vgl. Bericht über die Krim-Konferenz (Jalta-Konferenz) vom 12. Februar 1945 (Auszug), in: ebd., Dok. Nr. 4.

95 Vgl. Abkommen zwischen den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vom 26. Juli 1945 über die Ergänzung des Protokolls vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen von Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Auszug), in: ebd., Dok. Nr. 19.

96 Vgl. Londoner Abkommen vom 14. November 1944 über die Kontrolleinrichtungen in Deutschland in der durch das Ergänzungsabkommen vom 1. Mai 1945 über den Beitritt der Französischen Republik abgeänderten Fassung (Auszug), in: ebd., Dok. Nr. 3.

97 Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sow-



I/9 Alliierte Kommandantur in der Kaiserswerther Straße in Dahlem, Oktober 1946

Während Berlin am Ende des Zweiten Weltkriegs allein von Truppen der Roten Armee erobert worden war, hatten amerikanische und britische Truppen weite Gebiete besetzt, die das Londoner Protokoll vom 12. September 1944 der Sowjetzone zuschrieb. Gemäß dem in London Ausgehandelten rückten die Angloamerikaner Anfang Juli 1945 in Berlin ein und besetzten die für sie vorgesehenen Sektoren, die bis dahin unter direkter sowjetischer Kontrolle gestanden hatten; dafür räumten sie die von ihnen besetzten Gebiete in der sowjetischen Zone.

Nach der Ankunft der Westmächte in Berlin konstituierte sich am 11. Juli 1945 am Sitz der sowjetischen Militärregierung in der Luisenstraße im Bezirk Mitte die Alliierte Kommandantur als oberstes politisches Organ der Stadt. Die drei Stadtkommandanten – Generaloberst Alexander W. Gorbатов (Sowjetunion), Generalmajor Lewis D. Lyne (Großbritannien) und Generalmajor Floyd L. Parks (USA) – beschlossen in dieser ersten Sitzung, alle Anordnungen, die die Sowjets in der Zeit ihrer Alleinherrschaft erlassen hatten, in Kraft zu lassen.⁹⁸ Damit wurde gegenüber der deutschen Bevölkerung alliierte Geschlossenheit und Einigkeit demonstriert. Weitere Verfügungen konnten nur einstimmig gefasst werden, denn es galt das Einstimmigkeits- oder Vetoprinzip.

An der Spitze der Alliierten Kommandantur, die ihren Sitz in einem Gebäude in der Kaiserswerther Straße in Berlin-Dahlem einrichtete, standen die Stadtkomman-

jetunion und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (Auszug), in: ebd., Dok. Nr. 10, S. 11.

98 Vgl. Befehl Nr. 1 der Interalliierten Militärkommandantur der Stadt Berlin vom 11. Juli 1945, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 1242.

danten. Sie konnten Befugnisse an ihre Stellvertreter übertragen. Die über ein ständiges Sekretariat verfügenden Stabschefs der Alliierten Kommandantur bereiteten die Tagesordnungen und die Sitzungen der Kommandanten und ihrer Stellvertreter vor, übermittelten dem Magistrat die alliierten Anordnungen in Form von Befehlen und klärten die täglichen Fragen. Schließlich gab es Fachkomitees. Auf allen Ebenen der Kommandantur wechselte der Vorsitz in zunächst 15-tägigem, dann monatlichem Turnus.

Um die Alliierte Kommandantur gruppierten sich die Militärregierungen der einzelnen Sektoren.

Die Alliierte Kommandantur unterstand dem aus den Militärgouverneuren der Besatzungszonen, die zugleich die Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen waren, bestehenden Alliierten Kontrollrat für Deutschland, der seinen Sitz ebenfalls in Berlin hatte, und zwar im Gebäude des ehemaligen Berliner Kammergerichts (Bezirk Schöneberg), in dem nach dem 20. Juli 1944 vor dem Volksgerichtshof und dessen oberstem Richter, Roland Freisler, Schauprozesse gegen die an dem missglückten Staatsstreich beteiligten Widerstandskämpfer inszeniert worden waren. Die Konstituierung des Kontrollrats erfolgte am 30. Juli 1945. Sie wäre bereits am 5. Juni 1945 (Zusammenkunft der Oberbefehlshaber, um die „Berliner Deklaration“ zu unterzeichnen) möglich gewesen, war aber von der sowjetischen Besatzungsmacht bis zur Räumung der von den Angloamerikanern okkupierten Gebiete in der den Sowjets zugestandenen Zone verzögert worden.

In seiner ersten Sitzung billigte der Kontrollrat die Vereinbarung über die Abtrennung eines Sektors innerhalb Berlins für Frankreich. Am 12. August nahmen die Franzosen, seit Anfang Juli bereits mit einem kleinen Detachement in der Stadt vertreten, den ihnen zugewiesenen Sektor (die Bezirke Reinickendorf und Wedding) in Besitz.⁹⁹ Generalmajor Geoffroy M. du Bois de Beauchêne trat nun als gleichberechtigter Kommandant in die Alliierte Kommandantur ein, nachdem er den Sitzungen dieser alliierten Behörde von Anfang an als Beobachter beigewohnt hatte.

Fragen, über die man in der Alliierten Kommandantur keine Einigkeit erzielen konnte, wurden dem aus den stellvertretenden Militärgouverneuren bestehenden Koordinierungskomitee des Alliierten Kontrollrats zur Beschlussfassung übergeben.

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 fand in Potsdam eine Gipfelkonferenz der drei großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs statt, um die Grundsätze einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu besprechen. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden in einem Kommuniqué, dem so genannten Potsdamer Abkommen, veröffentlicht.¹⁰⁰ Zu den vereinbarten politischen Grundsätzen gehörten die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Vernichtung der NSDAP und die Abschaffung „aller nazistischen Gesetze, welche die Grundlage für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten“.¹⁰¹ Alle Mitglieder der NSDAP, „welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen. Personen, die den alliierten

⁹⁹ Vgl. Verordnung der Französischen Militärregierung Groß-Berlin vom 12. August 1945, in: ebd., Nr. 1191.

¹⁰⁰ Das so genannte Potsdamer Abkommen ist auszugsweise abgedruckt in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966 (wie Anm. 92), Dok. Nr. 21.

¹⁰¹ Ebd., S. 22.

Zielen feindlich gegenüberstehen“, waren „aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortungsvollen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen“. ¹⁰² Die lokale Selbstverwaltung sollte wiederhergestellt werden. Alle demokratischen politischen Parteien sollten erlaubt und gefördert werden. Zu den wirtschaftlichen Grundsätzen zählte die Dezentralisierung des deutschen Wirtschaftslebens „mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen“. ¹⁰³ Deutschland sollte zwar als eine wirtschaftliche Einheit betrachtet werden, gleichzeitig sah aber der Reparationskompromiss vor, dass die Siegermächte ihre Reparationsansprüche im Prinzip aus ihrer jeweiligen Besatzungszone befriedigen sollten. Der Sowjetunion sprach man zusätzlich gewisse Anteile der industriellen Ausrüstung der Westzonen als Reparationen zu. Im Gegenzug zur sowjetischen Zustimmung zum Reparationskompromiss akzeptierten die USA und Großbritannien die Oder-Neiße-Linie bis zu einer zukünftigen Friedenskonferenz als vorläufige polnische Westgrenze.

Es galt zunächst das „Eintrachtgebot der Sieger gegenüber den Deutschen“, ¹⁰⁴ das auch im Jahre 1946, als die Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten zunahmen, noch aufrechterhalten wurde. Erst 1947 war das „eigentliche Anfangsjahr des Kalten Krieges“. ¹⁰⁵

5. Die Überwindung des Nachkriegschaos

Nach dem Ende der Kriegshandlungen begann man in der ganzen Stadt mit Aufräumarbeiten. Straßen und Plätze waren vom Trümmerschutt, den der Krieg hinterlassen hatte, zu befreien, Gefahrenstellen mussten beseitigt, gefährliche Ruinen gesprengt, Bomben- und Granattrichter aufgefüllt werden. Die Entrümmerungsmaßnahmen dienten auch der Gewinnung von wertvollen Baustoffen für den Wiederaufbau. Vor allem barg man Mauersteine, die abgeputzt und bis zur Wiederverwendung gestapelt wurden, aber auch Stahlträger, Bauholz und andere Materialien konnten gewonnen werden. Für die Lagerung dieser wieder verwendbaren Baumaterialien gab es 175 Lagerplätze. ¹⁰⁶ Der Restschutt wurde zum Teil für Aufschüttungen, zum Beispiel an den Hochbunkern im Friedrichshain und Humboldthain, verwendet.

20 000 Arbeitskräfte waren im September 1945 bei Entrümmerungsarbeiten beschäftigt. Diese Zahl erhöhte sich auf etwa 45 000 im Frühjahr 1946 und verminderte sich dann bis Ende 1946 wieder auf 24 000. ¹⁰⁷ Zum größten Teil waren die bei den Abräumungs- und Wiederaufbauarbeiten Beschäftigten Hilfsarbeiter. Da viele Männer tot oder noch in Gefangenschaft waren, wurden die Schuttberge vor allem von Frauen, so genannten Trümmerfrauen, beseitigt. Von „langen Frauen-

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Ebd., S. 24.

¹⁰⁴ Harold Hurwitz, Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945–1946 (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. III), Köln 1984, S. 12.

¹⁰⁵ Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil II: 1946 (wie Anm. 29), S. 2.

¹⁰⁶ Vgl. Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 61.

¹⁰⁷ Vgl. Auf Baustellen beschäftigte Arbeitskräfte in Groß-Berlin September 1945 bis Februar 1947, in: Berliner Statistik, Heft 5/1947, S. 105–107.

ketten“, die sich „blau und grau“ über Trümmerberge zogen, ist in einem Tagebuch die Rede.¹⁰⁸ „Eimer wanderten von Hand zu Hand. Rückkehr zu den Pyramidenzeiten, bloß, daß wir nicht aufbauen, sondern abtragen“, notierte die Schreiberin am 1. Juni 1945.¹⁰⁹

Durch Instandsetzung war es möglich, bis Ende 1946 ungefähr 52 000 bisher unbewohnbare Wohnungen wieder bewohnbar zu machen. Außerdem wurden bis Ende 1946 etwa 28 000 Wohnungen, die bisher schon bzw. noch bewohnt waren, ausgebessert. Zirka 10 000 Arbeitskräfte waren im September 1945 bei Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen und Wohngebäuden eingesetzt. Diese Zahl erhöhte sich bis auf über 20 000 in der zweiten Jahreshälfte 1946.¹¹⁰

Die Instandsetzungstätigkeit erstreckte sich auch auf zahlreiche öffentliche Gebäude wie Verwaltungsgebäude, Theater, Schulen und Krankenhäuser. Dadurch war es beispielsweise möglich, die Zahl der Schulräume, in denen unterrichtet werden konnte, von etwa 3 000 im Juni/Juli 1945 auf 4 600 im März 1946 zu erhöhen, und die Zahl der Krankenhausbetten steigerte sich innerhalb des ersten Nachkriegsjahrs sogar von 8 500 auf 46 000.¹¹¹

Da der Wohnungsmangel extrem groß war, musste der noch vorhandene Wohnraum öffentlich bewirtschaftet werden. Bis Ende 1946 wurden rund 99 000 Wohnungen zugewiesen und somit schätzungsweise 287 000 Personen versorgt. Außerdem gab es in dieser Zeit 626 000 Fälle von vorübergehenden Einweisungen in unterbelegten Wohnraum.¹¹² Zwar sahen sich die Wohnungsämter laufend mit rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten konfrontiert, beispielsweise mit der Frage der Behandlung von „Nazi-Wohnungen“ oder mit der Unterbringung Heimkehrender, deren Wohnungen bereits per Amtseinweisung neu belegt worden waren; aber trotz dieser Schwierigkeiten konnte Obdachlosigkeit größeren Ausmaßes verhindert werden.¹¹³

Um den innerstädtischen Verkehr wieder zu beleben, mussten die Straßen instand gesetzt werden. Ein halbes Jahr nach Kriegsende galten bereits 400 km als „in Ordnung gebracht“. ¹¹⁴ Außerdem mussten die 128 zerstörten Brücken wiederhergestellt werden. Im Laufe des ersten Nachkriegsjahrs konnten 55 Brücken instand gesetzt werden, wenn auch teilweise nur behelfsmäßig oder als Fußgängerbrücken.¹¹⁵

Die ersten Omnibusse, U-Bahnen und Straßenbahnen fuhren schon ab Mitte Mai 1945 wieder,¹¹⁶ und der S-Bahn-Verkehr wurde am 18. Juni 1945 auf einer Teilstrecke des Südrings wieder aufgenommen.¹¹⁷ Im August 1945 beförderten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) bereits wieder 49 Millionen Fahrgäste, und im Mai 1946, also

108 Anonyma, Eine Frau in Berlin. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, mit einem Nachwort von Kurt W. Marek, München 2005, S. 249.

109 Ebd.

110 Vgl. D. Hanauske, „Bauen, bauen, bauen ...!“ (wie Anm. 12), S. 224 f.

111 Vgl. Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 145 und 179 f.

112 Vgl. D. Hanauske, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 165.

113 Vgl. den Bericht des Hauptamts für Wohnungswesen vom 12. Januar 1946, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 4265.

114 Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 69.

115 Vgl. Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 65.

116 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 32 f.

117 Vgl. Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte, Bd. 1), 2. Auflage, Berlin 1961, S. 91, Nr. 75.

ein Jahr nach Kriegsende, waren 46 Straßenbahnlinien (1938: 71), elf Autobuslinien (1938: 49) und fünf Autobus-Sonderlinien sowie alle fünf U-Bahn-Linien wieder in Betrieb.¹¹⁸ Der Kraftfahrzeugverkehr spielte zunächst keine große Rolle, nur 115 Fahrzeuge waren im Juni 1945 zugelassen.¹¹⁹

Auch die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser war von zentraler Bedeutung für das städtische Leben. Zwar war nach Kriegsende die insgesamt noch vorhandene Leistungsmöglichkeit aller Kraftwerke erstaunlich hoch, aber durch sowjetische Demontagen wurde sie in der Folge sehr stark vermindert. Dadurch und durch die unzureichende Kohlezufuhr und den Ausfall von Fernstrom kam es im Herbst und Winter 1945/46 sowie im Herbst und Winter 1946/47 zu häufigen Stromabschaltungen. Allerdings konnte der völlige Zusammenbruch der Stromversorgung verhindert werden.¹²⁰

Sieben der acht Gaswerke Berlins nahmen bereits Anfang Juli 1945 die Gaserzeugung wieder auf. Im April 1946 war das Gasrohrnetz wieder zu 85 Prozent in Betrieb.¹²¹

Durch die rasche Reparatur des Wasserrohrsystems, das bei Kriegsende ebenfalls stark zerstört war, konnte bereits im Herbst 1945 fast das gesamte Stadtgebiet wieder mit Wasser versorgt werden. Bei der Stadtentwässerung waren bis März 1946 alle 87 Pumpwerke wieder in Betrieb.¹²²

Der Wiederaufbau des Telefonnetzes war besonders schwierig. Zunächst setzten sich die Fernsprechteilnehmer im Wesentlichen aus den Behörden, Krankenhäusern, Ärzten und den wichtigsten Geschäften zusammen. Im März 1946 gab es 27 000 Fernsprechteilnehmer.¹²³

Auch der Postverkehr konnte schrittweise wieder aufgenommen werden.¹²⁴

Unter der Leitung von Stadtrat Dr. Andreas Hermes, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft von 1920 bis 1922, baute die Magistratsabteilung für Ernährung die Lebensmittelverteilung für die Berliner Bevölkerung innerhalb weniger Wochen völlig neu auf. Die zunächst von der Sowjetarmee und dann von allen Besatzungsmächten zur Verfügung gestellten Lebensmittel gab es auf Karten, die in fünf Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Rationshöhen unterteilt waren: Gruppe I mit den höchsten Zuteilungsmengen für Schwerarbeiter, II für Handarbeiter, III für Angestellte, IV für Kinder unter 14 Jahren, V für die sonstige Bevölkerung, zu der Hausfrauen und Arbeitslose zählten. In Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden gelang es dem Magistrat, eine Hungerkatastrophe abzuwenden, eine wenn auch notdürftige Ernährung der Berliner Bevölkerung zu sichern.

118 Vgl. Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 120; Bericht der Direktion der BVG über die Aufbauleistungen von Mai bis Dezember 1945, in: LAB, F Rep. 280 (Quellensammlung zur Berliner Zeitgeschichte), Nr. 13865.

119 Vgl. Albrecht Lampe, Berlin – Hauptstadt im geteilten Deutschland 1945–1962, in: Heimatchronik Berlin (= Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 25), Köln 1962, S. 473–550, hier S. 493.

120 Vgl. D. Hanauske, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 161.

121 Vgl. ebd.

122 Vgl. ebd.

123 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 43; Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 129 f.

124 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 42; Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 128–131.

Stadtverwaltung von Berlin, Abteilung für Ernährung.

| | | | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|-----------------------|--|
| Für Schwerarbeiter | | | | Für Schwerarbeiter | | | Schwerarbeiter |
| Brotkarte vom 15. bis 31. Mai 1945 | | | | Lebensmittelkarte vom 15. bis 31. Mai 1945 | | | |
| Tagesration: 600 gr | | | | Tagesration pro Person | | | Vorname |
| Name: | | | | Fleisch 100 gr / Fett 30 gr / Kartoffeln 400 gr Nährmittel 80 gr / Zucker 25 gr | | | |
| Vorname: | | | | Monatsration | | | Lebensmittel vom 15. bis 31. Mai 1945 |
| Wohnort: | | | | Salz 400 gr / Bohnen-Kaffee 100 gr / Kaffee-Ersatz 100 gr echter Tee 20 gr | | | |
| 31. Mai 1945 | | Straße: | | Nr. | | Schwerarbeiter | |
| Brot | | Bei Verlust der Karte erfolgt kein Ersatz. | | | | | |
| 600 gr | | Bohnen-Kaffee | | Kaffee-Ersatz | | Vorname | |
| 600 gr | | 100 gr | | 100 gr | | | |
| Wohnort: | | Name: | | Vorname: | | Schwerarbeiter | |
| Straße: | | Nr. | | Bei Verlust der Karte erfolgt kein Ersatz. | | | |
| 27. Mai 1945 | | 28. Mai 1945 | | 29. Mai 1945 | | Vorname | |
| Brot | | Brot | | Brot | | | |
| 600 gr | | 600 gr | | 600 gr | | | |
| 30. Mai 1945 | | Kartoffeln | | Salz | | Schwerarbeiter | |
| Brot | | 4000 gr | | 400 gr | | | |
| 600 gr | | echter Tee | | 20 gr | | | |
| 23. Mai 1945 | | 24. Mai 1945 | | 25. Mai 1945 | | Vorname | |
| Brot | | Brot | | Brot | | | |
| 600 gr | | 600 gr | | 600 gr | | | |
| 26. Mai 1945 | | Nährmittel | | Fett | | Schwerarbeiter | |
| Brot | | 800 gr | | 300 gr | | | |
| 600 gr | | Zucker | | 250 gr | | | |
| 19. Mai 1945 | | 20. Mai 1945 | | 21. Mai 1945 | | Vorname | |
| Brot | | Brot | | Brot | | | |
| 600 gr | | 600 gr | | 600 gr | | | |
| 22. Mai 1945 | | Zucker | | Kartoffeln | | Schwerarbeiter | |
| Brot | | 175 gr | | 2800 gr | | | |
| 600 gr | | Fleisch | | 1000 gr | | | |
| 15. Mai 1945 | | 16. Mai 1945 | | 17. Mai 1945 | | Vorname | |
| Brot | | Brot | | Brot | | | |
| 600 gr | | 600 gr | | 600 gr | | | |
| 18. Mai 1945 | | Fleisch | | Nährmittel | | Schwerarbeiter | |
| Brot | | 700 gr | | 560 gr | | | |
| 600 gr | | Fett | | 210 gr | | | |

V/17/1 Brot- und Lebensmittelkarte für Schwerarbeiter für die zweite Hälfte des Monats Mai 1945

Auch nach Hermes' Ausscheiden aus dem Magistrat, unter den Nachfolgern Gustav Klimpel¹²⁵ (ab August 1945) und Josef Orlopp¹²⁶ (ab Mai 1946), blieb die Ernährung Berlins trotz fortbestehender Probleme bei der Beschaffung und dem Transport der Lebensmittel grundsätzlich gesichert.

Im Jahresbericht der Magistratsabteilung für Ernährung wurden die Probleme, die bewältigt werden mussten, anschaulich beschrieben: „Die Arbeiten, die für die Wiederherstellung geordneter Zuteilungsverhältnisse in Berlin notwendig waren, dürfen heute rückblickend als gigantisch bezeichnet werden. Es gab nicht einmal mehr eine Einwohnerkartei. Die Kartenstellen mußten mehr als 2 ½ Millionen Berliner erst neu erfassen. Für die Heranschaffung der wichtigsten Lebensmittel standen fast keine Fahrzeuge zur Verfügung. An Bahntransporte war nicht zu denken. Die Wasserwege waren durch zerstörte Brücken gesperrt. Während der organisatorische Aufbau der Ernährungsämter und der Warenverteilungsapparate durchaus bewerkstelligt werden konnte, boten die Fragen des Transportes unüberwindliche Schwierigkeiten, denn die Riesenstadt Berlin benötigte zur Ernährung ihrer 2 ½ Millionen Einwohner täglich eine Menge von über 2 500 Tonnen oder 50 000 Zentner. Daß sie herangebracht werden konnten, daß z. B. von September bis Dezember 1945 allein rund 307 000 t Kartoffeln nach Berlin hereinkamen, ist das Verdienst der Roten Armee und später auch der anderen Alliierten.“¹²⁷

125 Vgl. die Kurzbiografie von Gustav Klimpel in: Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil II: 1946 (wie Anm. 29), S. 1009.

126 Vgl. die Kurzbiografie von Josef Orlopp in: ebd., S. 1013 f.

127 Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 52.

Durch schlechte hygienische Verhältnisse und die geschwächte Konstitution der Bevölkerung wurden ansteckende Krankheiten begünstigt. Während sich Infektionskrankheiten wie Ruhr, Typhus, Paratyphus, Fleckfieber, Diphtherie und Tuberkulose epidemisch ausbreiteten und allein bis Ende 1945 mindestens 15 000 Todesopfer forderten,¹²⁸ herrschte infolge des Krieges und der Entnazifizierung Ärztemangel. Durch die schnelle Einleitung vorbeugender Maßnahmen wie Schutzimpfungen, Kontrolluntersuchungen, Ungezieferbekämpfung und Desinfektionsmaßnahmen, die sich größtenteils erst 1946 positiv auswirkten, gelang es, die weitere Ausbreitung der Seuchen zu stoppen. Die drohende Gefahr eines Massensterbens konnte gebannt werden.¹²⁹

Arbeitsunfähigen Personen, die keine unterhaltspflichtigen Familienangehörigen besaßen, wurde Sozialunterstützung gewährt. Wegen der öffentlichen Finanzknappheit waren die Sätze allerdings sehr knapp bemessen. In der hohen Zahl der Unterstützungsempfänger, die bis auf 657 000 im Oktober 1945 anstieg, spiegelten sich die sozialen Notverhältnisse wider. Ab November 1945, mit der Aufnahme der Rentenzahlungen der Sozialversicherung, nahm die Zahl dann kontinuierlich ab.¹³⁰

Das Sozialversicherungswesen wurde nach dem Krieg völlig neu gestaltet. „Eine Sozialversicherung existierte im Mai 1945 in Berlin nicht mehr. 122 Krankenkassen, 30 Unfallversicherungsanstalten, 4 Rentenversicherungsanstalten waren infolge des Zusammenbruches des faschistischen Systems arbeitsunfähig geworden, ihr Vermögen hatte der Krieg gefressen, ihre Verwaltungsgebäude waren weitgehend ausgebombt und vernichtet, ihre Einnahmequellen versiegt. 378 000 Rentner mit 550 000 Familienangehörigen, rund 60 000 Kranke mit 150 000 Familienangehörigen waren ohne finanzielle Versorgung, ohne gesicherte ärztliche Behandlung und ohne Arzneien. Nur ein schneller Neubau der Sozialversicherung, der das noch Verwendbare des Alten in seinen Bau einbezog, konnte die unerträglichen Verhältnisse beseitigen.“¹³¹

Bereits am 1. Juli 1945 nahm die anstelle der bisherigen 156 Sozialversicherungsträger als einheitlicher Träger der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete „Versicherungsanstalt Berlin“ (VAB) ihre Tätigkeit auf. Alle Arbeitnehmer und die selbständigen Gewerbetreibenden mit nicht mehr als fünf Beschäftigten unterlagen der Versicherungspflicht zu einheitlichen Beitragsätzen. Eine öffentliche Subventionierung der Sozialversicherung war nicht erforderlich, der städtische Haushalt wurde durch die zahlreichen Sozialleistungen der VAB sogar entlastet.¹³²

„Familienkarawanen mit Handwagen“ sah man nach Kriegsende überall in der Stadt.¹³³ Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten, auch entlassene Kriegs-

128 Vgl. D. Hanauske, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 164.

129 Vgl. Andreas Dinter, Berlin in Trümmern. Ernährungslage und medizinische Versorgung der Bevölkerung Berlins nach dem II. Weltkrieg (= Geschichte[n] der Medizin, Bd. 1), Berlin 1999; ders., Seuchenalarm in Berlin. Seuchengeschehen und Seuchenbekämpfung in Berlin nach dem II. Weltkrieg (= Geschichte[n] der Medizin, Bd. 2), Berlin 1999.

130 Vgl. Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 186; Berlin 1947. Jahresbericht des Magistrats. Der Magistrat berichtet ..., Berlin o. J., S. 28 f.

131 Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 191.

132 Zur VAB vgl. Arthur Schlegelmilch, Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945–1949, mit einem Geleitwort von Otto Büsch (= Schriften der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 4), Berlin 1993, S. 386–398.

133 Anonyma, Eine Frau in Berlin (wie Anm. 108), S. 248.



IV/7 Flüchtlinge in Berlin, Juli 1945

gefangene und sonstige Heimkehrer befanden sich auf dem Weg in ihre Zielorte bzw. Heimatgebiete und strömten durch Berlin hindurch. Für die Dauer ihres Aufenthalts wurden sie in Lagern untergebracht, gepflegt und medizinisch betreut. In Baracken, Schulen, Kasernen, Bunkern und Fabrikgebäuden richtete man Auffanglager ein, in denen bis zu 30 000 Menschen vorübergehend unterkommen konnten. Bis Ende 1946 gab es Hilfeleistungen für etwa 1,9 Millionen Flüchtlinge und Heimkehrer.¹³⁴

Um den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen, mussten Schulgebäude und Unterrichtsräume instand gesetzt und die Räumlichkeiten, die man anderen Verwendungszwecken zugeführt hatte, frei gemacht sowie die durch die Entnazifizierung des Lehrpersonals entstandenen personellen Lücken durch Schulhelfer und Neulehrer gefüllt werden. Ab 1946 gab es in Berlin heftige Auseinandersetzungen um die von der Schulverwaltung des Magistrats angestrebte Schulreform mit dem Ziel der Errichtung eines Einheitsschulsystems. Zur Umgestaltung des Berliner Schulsystems kam es zunächst nicht. Erst 1947 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung ein Schulgesetz, das die Alliierte Kommandantur 1948 genehmigte.¹³⁵

134 Vgl. Ein halbes Jahr Berliner Magistrat (wie Anm. 14), S. 54 f.; Das erste Jahr (wie Anm. 14), S. 54 und 188 f.; Berlin 1947 (wie Anm. 130), S. 32 f.; Andreas Matschenz, „Der Onkel da ist Dein Vater ...“ Die Heimkehr der Kriegsgefangenen nach Berlin bis 1948, in: Heimkehr 1948, hrsg. von Annette Kaminsky, München 1998, S. 117–140.

135 Vgl. Marion Klewitz, Berliner Einheitsschule 1945–1951. Entstehung, Durchführung und Revision des Reformgesetzes von 1947/48 (= Historische und Pädagogische Studien, Bd. 1), Berlin 1971; A. Schlegelmilch, Hauptstadt im Zonendeutschland (wie Anm. 132), S. 470–490.

6. Der kulturelle Aufbruch

Erstaunlich früh regte sich wieder kulturelles Leben in Berlin. Schon im Mai 1945 gab es erste Theater- und Konzertaktivitäten, in mehr oder weniger erhalten gebliebenen Häusern. Großzügig förderte die sowjetische Besatzungsmacht, die über Kulturoffiziere verfügte, die mit deutscher Literatur, Kunst und Musik bestens vertraut waren,¹³⁶ kulturelle Initiativen. Als die Westalliierten im Sommer 1945 in Berlin einrückten, kam es zwischen den Siegermächten, die im Kulturleben ein hervorragendes Mittel zur „Umerziehung“ der Deutschen sahen, zur kulturpolitischen Konkurrenz, zu einem Wettstreit, zu dem sie „mit dem Besten, was sie kulturell zu bieten hatten“, gegeneinander antraten.¹³⁷ Nutznießer war das Berliner Publikum mit seinem grenzenlosen Bedürfnis nach Ablenkung, Trost und Flucht aus dem sorgenvollen Alltag. Trotz Trümmer und Not wurde die Stadt wieder ein Brennpunkt kulturellen Lebens.

Das Berliner Musikleben begann schon am 13. Mai 1945 mit einem öffentlichen Konzert des Berliner Kammerorchesters unter Hans von Benda im Bürgersaal des Rathauses Schöneberg.

Am 18. Mai spielte im Funkhaus in der Masurenallee (Bezirk Charlottenburg) das Orchester des Deutschen Opernhauses unter der Leitung von Leopold Ludwig. Die Schriftstellerin Karla Höcker, die zu den Besuchern dieses Konzertes gehörte, notierte: „Heute erstes Konzert im Funkhaus seit Kriegsende: Das Orchester des Deutschen Opernhauses spielt unter Leopold Ludwig im Rundfunksaal Tschaikowskys 5. Symphonie. Kurz vor 18 Uhr Riesenandrang an der Masurenallee. Die russischen Soldaten, die die Türen flankieren, verlieren schnell die Übersicht, und so kommen wir auch ohne Karten hinein. Saal I ist knapp dreiviertel besetzt; in den vordersten Reihen lauter russische Offiziere, in der ersten Bersarin, der Kommandant von Berlin. Grauhaarig, gedrunken, kraftvoll und sehr intelligent aussehend. Figaro-Ouvertüre. Irma Beilke singt Mozart – in einem geliehenen Abendkleid, da sie alles verlor –; auch Günther Treptow wirkt mit. Zum Schluß die Tschaikowsky-Symphonie. Viktor de Kowa als Ansager teilt mit, daß dies die erste öffentliche Darbietung im Berliner Funkhaus ist – vierzehn Tage nach Beendigung des Kampfes. Ein kleines Wunder.“

136 Wolfgang Schivelbusch (Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945–1948, München und Wien 1995, S. 59 f.) über den typischen sowjetischen Kulturoffizier: „Der typische SMAD-Kulturoffizier war jüdischer Abstammung, zwischen 1900 und 1910 in Petersburg geboren, hatte die Revolution als Knabe und die NEP-Jahre als junger Mann erlebt. Er studierte an einer der alten, von Lunatscharskis protegierten Petersburger Bildungsinstitutionen. Und er war am Ende der 20er Jahre im Begriff, als Angehöriger der Intelligenz ins Kulturleben einzutreten, als die Kulturrevolution durch alles einen Strich machte. Der Leiter der SMAD-Kulturabteilung Alexander Dymshitz und sein Jugendfreund Grigori Weispapier – 1945 Redakteur an der 'Täglichen Rundschau' – waren reine Inkarnationen dieses Typus. Zur Einrichtung ihrer Elternhäuser gehörte die literarisch-wissenschaftliche Bibliothek ebenso wie der Steinway-Flügel im Salon. An verschiedenen Wochentagen wurden verschiedene Sprachen gesprochen: deutsch, französisch, englisch. Die Söhne besuchten die Deutsche Reformschule, die traditionelle Elite-Schule des Petersburger Bildungsbürgertums. Dandyhafte Selbstinszenierung der jungen Studenten – weiße Handschuhe im Hochsommer – war ebenso selbstverständlich wie die Begeisterung für moderne Kunst.“

137 E. Bahr, Ein Stück Leben (wie Anm. 9), hier S. 23.



XV/1 „Der Parasit“ von Friedrich Schiller, Inszenierung von Wolfgang Kühne; von links Antje Weisgerber, Walter Franck und Elsa Wagner, Wiedereröffnung des Deutschen Theaters, 26. Juni 1945

Und die Menschen, die hier sind, die Musik machen oder anhören, die sind eigentlich das erstaunlichste dabei.¹³⁸

Am 26. Mai konzertierten im Titania-Palast in der Schloßstraße (Bezirk Steglitz), der den Krieg ohne größere Zerstörungen überstanden hatte, die Berliner Philharmoniker. Es dirigierte Leo Borchard, der ein Vierteljahr später auf tragische Weise zu Tode kam.¹³⁹ Die Journalistin Ruth Andreas-Friedrich schrieb am 26. Mai in ihr Tagebuch: „Wir haben vergessen, daß es Nazis gibt, einen verlorenen Krieg und Besatzungstruppen. Plötzlich ist alles unwichtig geworden. Wichtig ist nur, was die Geigen singen: Tschairowsky, Mozart und Mendelssohn.“¹⁴⁰ Da die alte Philharmonie zerstört war, wurde die Ausweichstätte ständiger Spielort des Berliner Philharmonischen Orchesters.

Die Städtische Oper öffnete am 15. Juni in den provisorisch hergerichteten Ruinen des Theaters des Westens in der Kantstraße (Bezirk Charlottenburg) mit Ballett, und tags darauf veranstaltete die Deutsche Staatsoper im Funkhaus in der Masurenallee (Bezirk Charlottenburg) ein Opernkonzert.

138 Karla Höcker, Beschreibung eines Jahres. Berliner Notizen 1945, mit einer Einführung von Ingeborg Drewitz und Berichten von Boleslaw Barlog/Erna Berger/Käte Haack/Walther Karsch/Hans Kasper/Friedrich Luft/Ita Maximowna/Arno Scholz/I. H. Schultz/Heinz Trökes, Berlin 1984, S. 69 f.

139 Vgl. Zum Tode Leo Borchards, in: Berliner Zeitung vom 26. August 1945, S. [3]; Winfried Ranke/Carola Jüllig/Jürgen Reiche/Dieter Vorsteher, Kultur, Pajoks und Care-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945–1949, hrsg. vom Verein der Freunde und Förderer des Berlin Museums in Zusammenarbeit mit dem Berlin Museum, Berlin 1990, S. 75.

140 Ruth Andreas-Friedrich, Schauplatz Berlin. Tagebuchaufzeichnungen 1945 bis 1948, mit einem Nachwort von Jörg Drews, Frankfurt am Main 1984, S. 42.

Am 27. Mai hatte das Renaissance-Theater in der Hardenbergstraße (Bezirk Charlottenburg) als erste Bühne mit Franz und Paul von Schönthans Schwerk „Der Raub der Sabinerinnen“ eröffnet, eine alte Inszenierung aus dem Kriegswinter 1943/44. Fritz Erpenbeck erinnert sich an „den ersten richtigen Theaterabend im wiedererstehenden Berlin“: „Hans Hermann Schaufuß spielte in einer freiwilligen Darstellergemeinschaft den Striese in 'Raub der Sabinerinnen' im Renaissance-Theater. Zweimal waren wir (und mit uns zahllose Theaterbesessene) den Ankündigungen gefolgt – vergeblich: Im entscheidenden Augenblick blieb der Strom fort; die Elektrizitätswerke arbeiteten noch ganz sporadisch, und das Kabelnetz wurde durch gelegentliche Explosionen bald da, bald dort zerrissen oder durch Kurzschlüsse infolge fortwährender unterirdischer Wasserrohrbrüche unterbrochen. Endlich, am dritten Abend, nach einem neuerlichen Anmarsch durch Trümmer und Staub, sahen wir den Vorhang mit einiger Verspätung sich heben ...“¹⁴¹ Erpenbeck sah in der Pause „bewährte 'Leute vom Bau', die natürlich einen Großteil der Zuschauer ausmachten, vor Ergriffenheit weinen“.¹⁴²

Einen Monat später, am 26. Juni, öffnete das unversehrt gebliebene Deutsche Theater in der Schumannstraße (Bezirk Mitte) seine Pforten mit der Aufführung des Lustspiels „Der Parasit“ von Friedrich Schiller, eine Inszenierung, die noch am Staatstheater (Schauspielhaus) am Gendarmenmarkt unter Gustaf Gründgens erarbeitet worden war. Am 3. August folgte die deutsche Erstaufführung des Schauspiels „Unser kleine Stadt“ von Thornton Wilder, und am 7. September Gotthold Ephraim Lessings „Nathan der Weise“ mit Paul Wegener in der Titelrolle.

Das Hebbel-Theater in der Stresemannstraße (Bezirk Kreuzberg), geleitet von Karl Heinz Martin, öffnete am 15. August 1945 mit der „Dreigroschenoper“ von Bertolt Brecht und Kurt Weill. Und ab dem 25. April 1946 spielte hier der nach Berlin zurückgekehrte Hans Albers wieder die Titelrolle in Franz Molnars Vorstadtlegende „Liliom“.

Das Schloßpark-Theater in der Wrangelstraße (Bezirk Steglitz) öffnete am 3. November mit „Hokuspokus“ von Curt Goetz in der Inszenierung von Boleslaw Barlog.

Da viele Stücke in der NS-Zeit nicht gespielt werden durften, war der Nachholbedarf groß. „Das Alte zu hören, das so neu klang, weil es so lange verboten gewesen war, war herrlich und stimulierend“, erinnert sich der Theaterkritiker Friedrich Luft im Rückblick auf die „erste Stunde“ des Theaters im Nachkriegsberlin.¹⁴³ „Jetzt war der Krieg vorbei. Jetzt erst nahm man wahr, daß die braune Zensur gebrochen war.“¹⁴⁴

Auch das Kabarett wurde neu belebt. Willi Schaeffers rief erneut das „Kabarett der Komiker“ ins Leben. Es wurde am 1. Juni 1945 am Kurfürstendamm 156 eröffnet. Das Couplet „Berlin kommt wieder“, von Brigitte Mira vorgetragen, brachte die Zuversicht zum Ausdruck, die die Einwohner dieser Stadt zu einem neuen Beginn veranlasste.

In der NS-Zeit verfemte bildende Künstler, deren Werke als „entartet“ gebrandmarkt

141 Fritz Erpenbeck, Im Anfang war das Chaos ..., in: Theaterstadt Berlin. Ein Almanach, hrsg. von Herbert Ihering, Berlin 1948, S. 35–45, hier S. 43.

142 Ebd.

143 25 Jahre Theater in Berlin. Theaterpremierer 1945–1970, mit einem Vorwort von Friedrich Luft, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichhardt/Joachim Drogmann/Helmut Rosenthal/Hanns U. Treutler (= Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte, Bd. 7), Berlin 1972, S. 11.

144 Ebd.

worden waren, wurden nun in Ausstellungen geehrt. Bereits am 15. Juli 1945 veranstaltete das Berliner „Kultur-Kollektiv“ in der Aula der Handelsschule in der Halleschen Straße im Bezirk Kreuzberg die erste Kunstausstellung nach dem Krieg.

Am 25. Juli folgte im Haus der „Kammer der Kunstschaffenden“ in der Schlüterstraße im Bezirk Charlottenburg die Eröffnung einer Kunstausstellung, in der Arbeiten von Max Beckmann, Karl Hofer, Max Kaus, Ernst Ludwig Kirchner, Max Pechstein, Richard Scheibe und anderen zu sehen waren.

Mit einer „Ausstellung junger Kunst“ eröffnete am 3. August 1945 am Kurfürstendamm 215 die Galerie Gerd Rosen.

Ab dem 21. Oktober 1946 war im Berliner Schloss die Ausstellung „Moderne französische Malerei“ zu sehen. Dieser von der französischen Besatzungsmacht präsentierte, zuerst in Baden-Baden gezeigte Querschnitt durch die französische Kunst fand eine beachtliche Resonanz in der Bevölkerung. „Die Eröffnung der Ausstellung moderner französischer Malerei im Weißen Saal des Berliner Schlosses bedeutete mehr als ein Ereignis in unserem kulturellen Neubeginn“, schrieb damals „Der Tagesspiegel“.¹⁴⁵ „Denn es ergab sich hier nicht nur die Möglichkeit eines Ueberblickes über das Heute in der Malerei Frankreichs, sondern dieses Ereignis war als ein Friedensschluß der Kulturwelt aufzufassen, die Rückkehr einer Arche Noah mit dem Wertvollsten, was am Leben geblieben nach der Sintflut der Vergangenheit.“¹⁴⁶

Am 8. August 1945 hatte die offizielle Gründungsversammlung des als überparteiliche Sammlungsbewegung figurierenden, aber von der KPD/SED und von der sowjetischen Besatzungsmacht gelenkten „Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ stattgefunden, der es als seine Aufgabe betrachtete, die „Neugeburt des deutschen Geistes im Zeichen einer streitbaren demokratischen Weltanschauung“ herbeizuführen.¹⁴⁷ Präsident des Kulturbunds war der aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrte Schriftsteller Johannes R. Becher. „Wer an der Spitze einer Berliner kulturellen oder wissenschaftlichen Institution stand, trat diesem Kulturbund bei, der aber auch Mitglieder aus allen Bildungsschichten weit über Berlin hinaus gewann.“¹⁴⁸

7. Die Wahlen vom 20. Oktober 1946 und die Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung

Am 20. Oktober 1946 fanden die ersten Berliner Nachkriegswahlen statt. Für die Dauer von zwei Jahren waren eine Stadtverordnetenversammlung und 20 Bezirksverordnetenversammlungen zu wählen.

Vor allem die amerikanische Militärregierung hatte sich frühzeitig für freie Wahlen in der Viersektorenstadt eingesetzt, um den ernannten Magistrat durch eine demokratisch legitimierte Stadtregierung ersetzen zu können. Die Verfassung, die für die

145 Hans Kreuzer, Die Schule von Paris. Moderne französische Malerei im Schlosse zu Berlin, in: Der Tagesspiegel vom 23. Oktober 1946, S. [6].

146 Ebd.

147 Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946 (wie Anm. 117), S. 140, Nr. 32.

148 W. Ribbe, Berlin 1945–2000 (wie Anm. 8), S. 42.

196
12
188

326
404

1/2
E. 2. 1.

Bekanntmachung

zur Wahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin und der Bezirksverordneten in den Berliner Verwaltungsbezirken am 20. Oktober 1946

Wahlverfahren für Berlin

Anlässlich der Übersendung der Wahlordnung für Berlin hat die Alliierte Kommandantur Berlin bezüglich des Wahlverfahrens folgendes ausgeführt:

Der Berliner Bevölkerung wird das ihr so lange vorenthaltene Recht zur Abhaltung einer freien, allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl gegeben, so daß die Stimme der Bevölkerung der Stadt einen wahren Ausdruck finden kann, wobei die Kommandanten mit besonderem Nachdruck betonen:

1. Diese Wahlen sind Wahlen durch geheime Abstimmung.
2. Alle Vorkehrungen müssen getroffen werden, daß keine Bedrohung oder sonstige Einschüchterung oder irgendwelcher Druck ausgeübt wird, um die Stimmabgabe der Bevölkerung zu beeinflussen.
3. Den Wählern muß volle Zusicherung gegeben werden, frei und unbehindert wählen zu können und sie sind aufzufordern, falls sie bedroht oder irgendwelcher Einschüchterung ausgesetzt werden, den Tatbestand der Alliierten Kommandantur unverzüglich zu berichten, damit die Schuldigen durch die Alliierten Behörden der Bestrafung zugeführt werden können.
4. Bei dieser Gelegenheit wird klargemacht, daß vor den Augen der Kommandantur alle gesetzlich anerkannten Parteien Berlins gleich sind und daß alle Parteien die gleichen Rechte haben.

Berlin, den 20. September 1946

Magistrat der Stadt Berlin

Der Oberbürgermeister

I. V.: Maron

Bestimmungen des Strafgesetzbuches

gemäß Abschnitt XII der Wahlordnung für die Wahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin und der Bezirksverordneten in den Berliner Verwaltungsbezirken

§ 107. Wahlhinderung

- I. Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft.
- II. Der Versuch ist strafbar.

§ 107a. Versammlungssprengung

- I. Wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.
- II. Wer in nicht verbotenen Versammlungen oder bei nicht verbotenen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlungen, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 108. Wahlfälschung

- I. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimmzetteln oder -zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft.
- II. Wird die Handlung von jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder einer anderen Verrichtung bei dem Wahlgeschäft beauftragt ist, so tritt Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren ein.
- III. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 109. Wahlbestechung

Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Widerstand gegen die Staatsgewalt

§ 110. Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze

Wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder vor einer Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.



II/8 Wahlpropaganda der SED am Brandenburger Tor für die Kommunalwahlen am 20. Oktober 1946, Oktober 1946

Einrichtung einer demokratischen Selbstverwaltung erforderlich war, wurde von den Alliierten nach einem Entwurf des Magistrats erstellt und mit BK/O (46) 326 vom 13. August 1946¹⁴⁹ dem Oberbürgermeister übermittelt; sie trat am Wahltag in Kraft.¹⁵⁰

Im Wahlkampf, der vor allem durch heftige Auseinandersetzungen zwischen SED und SPD geprägt war, stellte die SED ihre Aufbauleistungen besonders heraus, durch die „Berlin vor dem Untergang bewahrt“ worden sei.¹⁵¹ Die SPD, die eine strikt antikommunistische Wahlkampfstrategie verfolgte, kritisierte vor allem das personelle Übergewicht der SED im Magistrat und in den Bezirksverwaltungen und warnte vehement vor einer diktatorischen Alleinherrschaft der Kommunisten. CDU und LDP

149 In: LAB, C Rep. 101 (Magistrat von Berlin, Oberbürgermeister), Nr. 70.

150 Zur Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin vgl. Werner Breunig, *Verfassungsgebung in Berlin 1945–1950* (= Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 58), Berlin 1990, S. 154–235 und 441–450; Die Entstehung der Verfassung von Berlin. Eine Dokumentation, im Auftrag des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin hrsg. von Hans J. Reichhardt unter Mitarbeit von Werner Breunig/Josephine Gabler, 2 Bde., Berlin und New York 1990, Bd. I, S. 177–339. Durch das Bezirksverfassungsstatut vom 26. September 1945 war das mit dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung des NS-Systems eingetretene verfassungsrechtliche Vakuum lediglich zum Teil beseitigt worden, denn dieses Statut regelte nur den Verwaltungsaufbau in den Berliner Bezirken, das Verhältnis zwischen Hauptverwaltung und Bezirksverwaltungen sowie die Zuständigkeit der Alliierten und des Magistrats bei der Anstellung und Entlassung von Mitarbeitern der Bezirksämter. Zum Bezirksverfassungsstatut vgl. W. Breunig, *Verfassungsgebung in Berlin 1945–1950*, S. 144–153 und 439–441; Die Entstehung der Verfassung von Berlin, Bd. I, S. 131–176.

151 Alles durch das Volk, mit dem Volk, für das Volk! Entschließung des Landesvorstandes Groß-Berlin der SED, in: *Vorwärts* vom 19. August 1946, S. [1].

waren in ihrer Kritik an der SED gemäßiger, da sie Rücksicht auf ihre Landesverbände in der Sowjetzone nehmen mussten.¹⁵²

„Damals waren Wahlkämpfe noch keine Materialschlachten; man sah nur wenige Wahlplakate, gab es doch kaum genügend Papier“, erinnert sich Ella Barowsky.¹⁵³

„Die Bezirksämter hatten Anschlagtafeln aufgestellt, an denen sie ihre eigenen Bekanntmachungen in Gestalt von ‘Wandzeitungen’ veröffentlichten; dort und zum Beispiel an Ruinenwänden kündigten die Parteien ihre Wahlversammlungen an, die meistens in provisorisch reparierten Schulen und Gaststätten stattfanden.“¹⁵⁴ Auffallend war die materielle Überlegenheit der SED bei der Wahlpropaganda.

Die Berliner Wahlen vom 20. Oktober 1946 waren die einzigen Wahlen, bei denen sich die SED der Konkurrenz der SPD ausgesetzt sah, und sie waren der letzte Gesamtberliner Urnengang bis zum 2. Dezember 1990. In der hohen Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent zeigte sich die enorme Politisierung der Bevölkerung. Die Wahlergebnisse stellten für die SED eine bittere Niederlage dar, für die SPD hingegen einen durchschlagenden Erfolg. Während die SED bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung einen Stimmenanteil von nur 19,8 Prozent erhielt, wurde die SPD, die als entschiedenste Oppositionspartei von einer in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen antikommunistischen und antisowjetischen Grundhaltung profitierte, mit 48,7 Prozent der Stimmen zur weitaus stärksten Partei. Die CDU erhielt als zweitstärkste Partei 22,2 Prozent, die LDP 9,3 Prozent der Stimmen. Auch im sowjetischen Sektor lag die SPD mit 43,6 Prozent weit vor der SED mit 29,9 Prozent. Bei den Wahlen zu den 20 Bezirksverordnetenversammlungen entsprach die Gesamtstimmenverteilung derjenigen bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung.¹⁵⁵

Die Einheitssozialisten waren vom Wahlausgang, der sie um ihre gouvernementale Führungsrolle brachte und „das endgültige Scheitern der machtpolitischen Konzeption der Kommunisten für Berlin als Gesamtstadt“ bedeutete, überrascht und tief enttäuscht.¹⁵⁶ Die Ursachen für ihr Wahldesaster wollte die SED, die wegen ihrer engen Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht weithin als „eine von der Sowjetunion abhängige Partei“ galt,¹⁵⁷ nicht wahrnehmen bzw. konnte sie sich nicht eingestehen, „weil sie damit an konstitutive Bestandteile ihres politischen Selbstverständnisses hätte rühren müssen, an ihren Hegemonialanspruch und ihre prosowjetische Ausrichtung“.¹⁵⁸

Mit der Konstituierung der aus den Wahlen hervorgegangenen Stadtverordnetenversammlung am 26. November 1946 im Neuen Stadthaus begann ein neues Kapitel in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Mit Zuversicht blickten die Politiker des parla-

152 Wahllaufufe der vier Parteien sind abgedruckt in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951 (wie Anm. 60), Dok. Nr. 640, S. 1127–1135.

153 Ella Barowsky, Wiederaufbau von Demokratie und Selbstverwaltung. Erinnerungen einer Berlinerin „der ersten Stunde“ (= Berliner Forum, 2/88), S. 22.

154 Ebd.

155 Die Ergebnisse der Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen wurden unter anderem veröffentlicht in: Berliner Statistik, Sonderheft 4/1947 (Die Berliner Wahlen am 20. Oktober 1946), S. 13–24.

156 D. Hanauke, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 176.

157 W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder (wie Anm. 2), S. 401.

158 D. Hanauke, „... als leuchtendes Signal für ganz Deutschland“ (wie Anm. 13), hier S. 176.



II/13 Konstituierende Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 26. November 1946 im Neuen Stadthaus, am Rednerpult Oberbürgermeister Dr. Werner, obere Reihe: Vertreter der vier Besatzungsmächte, 26. November 1946

mentarischen Neubeginns in die Zukunft, hatten doch die vier Stadtkommandanten versichert, „die Gesamtheit der Machtbefugnisse in die Hände der vom Volke gewählten Vertreter“ zu legen.¹⁵⁹ Niemand ahnte, dass die Stadt schon bald, nach dem endgültigen Scheitern einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der Alliierten, administrativ gespalten sein würde.

¹⁵⁹ Schreiben der Kommandanten an den Oberbürgermeister, in: LAB, C Rep. 101 (Magistrat von Berlin, Oberbürgermeister), Nr. 70.

Volker Viergutz

Katalog



IX/3 Reger Verkehr am U-Bahn-Eingang zu den wieder in Betrieb genommenen Linien am Alexanderplatz, der auch bekannter Treffpunkt für den Schwarzhandel war, im Hintergrund die Ruine des Warenhauses Hermann Tietz, 26. Juli 1945

Die zerstörte Innenstadt

- 1**
Blick von der Kurfürstenbrücke (Rathausbrücke) auf das teilzerstörte Berliner Schloss, Bez. Mitte
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 17, Nr. 27124
- 2**
Unter den Linden, links das „Haus der Schweiz“ Ecke Friedrichstraße, im Hintergrund der Turm des Berliner Rathauses, Bez. Mitte
1945
Aufnahme: Hugo Welle
LAB, F Rep. 290-09-06, Nr. 14
- 3**
Blick vom Stadthaus Richtung Osten, im Vordergrund das teilzerstörte Palais Podewils und die Parochialkirche an der Klosterstraße, Bez. Mitte
1945
Aufnahme: Hugo Welle
LAB, F Rep. 290-09-06, Nr. 157
- 4**
Sebastianstraße, links die Luisenstädtische Kirche und in der Mitte die Petrikerkirche auf der Fischerinsel, Bez. Mitte
1945
Aufnahme: Durnick
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 184794
- 5**
Ruinen an der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße (Planckstraße) Ecke Weidendamm, auf der gegenüberliegenden Spreeseite die zerstörte Universitäts-Frauenklinik, im Hintergrund die Kuppel des Passage-Kaufhauses Friedrich- und Oranienburger Straße, Bez. Mitte
29. Januar 1946
Aufnahme: Durnick
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 184797
- 6**
Ruinen an der Stresemannstraße, rechts im Hintergrund der Anhalter Bahnhof, Bez. Kreuzberg
September 1946
Aufnahme: Durnick
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 184792
- 7**
Budapester Straße Ecke Wichmannstraße, Bez. Tiergarten
Um 1946
Aufnahme: Otto Hagemann
- LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 173607
- 8**
Zerstörtes Flakgeschütz in der Budapester Straße, Bez. Tiergarten
Um 1946
Aufnahme: Siegfried Blohm
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Zerstörtes Kriegsmaterial, Nr. 371049
- 9**
Nettelbeckstraße, heute ungefähr An der Urania, Bez. Schöneberg
27. Juli 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 7460
- 10**
Das völlig zerstörte Hansa-Viertel an der Händelallee Ecke Lessingstraße, Bez. Tiergarten
1949
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 18/1, Nr. 51821
- 11**
Kurstraße, im Vordergrund zerschossener Panzer kurz vor dem Spittelmarkt, Bez. Mitte
September 1946
Aufnahme: Otto Hagemann
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 68599
- 12**
Friedrichsgracht, Blick von der Grünstraßenbrücke, Bez. Mitte
Um 1946
Aufnahme: Durnick
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK, Nr. 184706
- 13**
Molkenmarkt mit Blick auf den Mühlendamm, im Hintergrund rechts der Marstall, Bez. Mitte
Um 1946
LAB, F Rep. 290, Not. 24 Mit, Nr. 12974
- 14**
Ruinen in Berlin (siehe Titelbild)
Um 1946
Aufnahme: Ewald Gnilka
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinen, Nr. 172334



1 Blick von der Kurfürstenbrücke (Rathausbrücke) auf das teilzerstörte Berliner Schloss, Bez. Mitte, 1946



2 Unter den Linden, links das „Haus der Schweiz“ Ecke Friedrichstraße, im Hintergrund der Turm des Berliner Rathauses, Bez. Mitte, 1945



3 Blick vom Stadthaus Richtung Osten, im Vordergrund das teilzerstörte Palais Podewils und die Parochialkirche an der Klosterstraße, Bez. Mitte, 1945



13 Molkenmarkt mit Blick auf den Mühlendamm, im Hintergrund rechts der Marstall, Bez. Mitte, um 1946



5 Ruinen an der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße (Planckstraße) Ecke Weidendamm, auf der gegenüberliegenden Spreeseite die zerstörte Universitäts-Frauenklinik, im Hintergrund die Kuppel des Passage-Kaufhauses Friedrich- und Oranienburger Straße, Bez. Mitte, 29. Januar 1946



6 Ruinen an der Stresemannstraße, rechts im Hintergrund der Anhalter Bahnhof, Bez. Kreuzberg, September 1946



7 Budapester Straße Ecke Wichmannstraße, Bez. Tiergarten, um 1946



8 Zerstörtes Flakgeschütz in der Budapester Straße, Bez. Tiergarten, um 1946



9 Nettelbeckstraße, heute ungefähr An der Urania, Bez. Schöneberg, 27. Juli 1945



10 Das völlig zerstörte Hansa-Viertel an der Händelallee Ecke Lessingstraße, Bez. Tiergarten, 1949



11 Kurstraße, im Vordergrund zerschossener Panzer kurz vor dem Spittelmarkt, Bez. Mitte, September 1946



12 Friedrichsgracht, Blick von der Grünstraßenbrücke, Bez. Mitte, um 1946

I Die Alliierten

I/1 und 2

Sowjetische Soldaten vor dem Bismarck-Denkmal am Großen Stern
1946

Aufnahmen: H. Köhler

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Alliierte Soldaten,
Nr. 230763 und 230764

I/3

Amerikanische Soldaten am Bismarck-Denkmal
1946

Aufnahme: H. Köhler

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Alliierte Soldaten,
Nr. 230779

I/4

Britische und sowjetische Soldaten am Bismarck-Denkmal
1946

Aufnahme: H. Köhler

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Alliierte Soldaten,
Nr. 230783

I/5

Französische Soldaten am Bismarck-Denkmal
1946

Aufnahme: H. Köhler

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Alliierte Soldaten,
Nr. 230781

I/6

Berlinerinnen und Berliner beim Lesen der durch Anschlag bekannt gemachten Befehle der sowjetischen Militärverwaltung
Mai 1945

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK, Nr. 183914

I/7

Sowjetische Propagandaschilder in der Müllerstraße im Wedding, im Hintergrund die St. Josephskirche
August 1945

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Besatzungspolitik,
Nr. 20536

I/8

Gaststätte in der Niebergallstraße im Berliner Ortsteil Wendenschloss, in der die Deklaration der Niederlage Deutschlands und die Bildung der vier Besatzungszonen durch die vier Oberbefehlshaber der Siegermächte am 5. Juni 1945 unterzeichnet wurde. Die Gaststätte und mit ihr die vorhandene Gedenktafel wurden Mitte der neunziger Jahre abgerissen
Aufnahme: Joachim Fait

Bibl., Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin II, Berlin 1987, S. 307

I/9

Alliierte Kommandantur in der Kaiserswerther Straße in Dahlem

Oktober 1946

Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Not. 1 All Allgemeines,
Nr. 263950

I/10

Befehl Nr. 1 der Alliierten Kommandantur Berlin vom 11. Juli 1945, durch den alle bisher vom sowjetischen Militärkommandanten erlassenen Befehle übernommen wurden

LAB, F Rep. 280, Nr. 1242

I/11

Verordnung über die Übernahme der Stadtbezirke Wedding und Reinickendorf durch die französische Militärverwaltung

12. August 1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 1191

I/12

Postkartenserie „Best wishes from Berlin“, gedruckt im Auftrag der amerikanischen Militärregierung
1946

Der Verkauf an die deutsche Bevölkerung war verboten, später wurde auch der Vertrieb an die Besatzungstruppen untersagt

LAB, F Rep. 280, Nr. 1158/1-5

I/13

Zahlungsmittel der amerikanischen Besatzungstruppen

5-Centscheine, Vorder- und Rückseite

1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 1159

I/14

Von der Alliierten Kommandantur eingeführtes Zahlungsmittel

1 Mark, Vorder- und Rückseite

1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 1160

I/15

Befehl der Alliierten Kommandantur Nr. BK/O (45) 2 über die Einführung von neuem Papiergeld
9. August 1945

Plakat

LAB, F Rep. 280, Nr. 1267

I/16

Plan von Berlin mit der Darstellung der Sektoren der vier Besatzungsmächte
Stand 1945

LAB, F Rep. 270, A 6219

I/17

Anweisung des US Hauptquartiers, Büro der
Militärregierung Steglitz, an den Bezirksbürger-
meister von Steglitz über das Verbot der
Beschäftigung von Sowjetbürgern, die der
Rückführung gemäß dem Abkommen von Jalta
unterliegen

28. November 1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 6784

I/18

Bekanntmachung des Befehls des sowjetischen
Bezirkskommandanten über die Anfertigung von
Fahnen der vier Alliierten durch jede Hausge-
meinschaft im Bezirk Tiergarten

1. / 2. Juni 1945

LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 551 und 552

I/19

Bekanntmachung Nr. 12 des Bezirksamtes Tiergarten
über die Meldepflicht aller im Bezirk befindlichen
Grabstellen

1945

LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 510



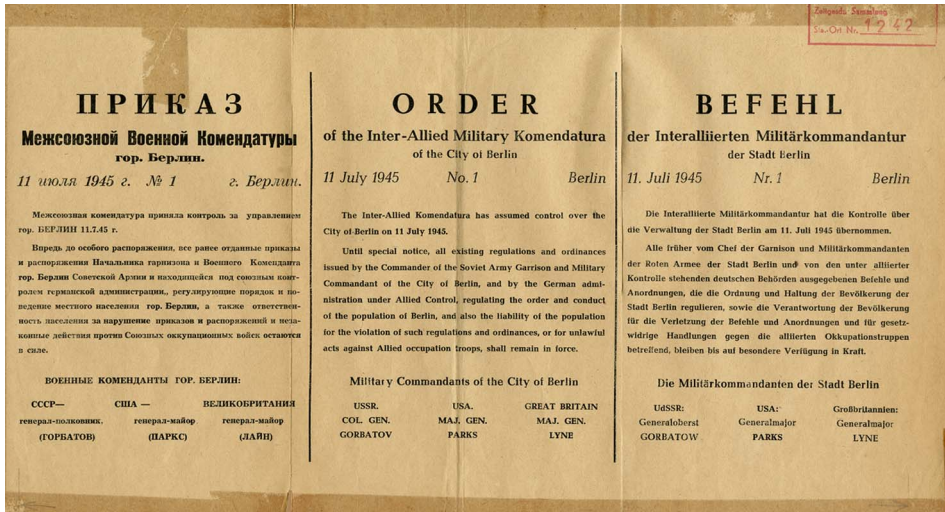
I/1,3-5 Alliierte vor dem Bismarck-Denkmal am Großen Stern, sowjetische (oben links), amerikanische (oben rechts), britische und sowjetische (unten links) und französische Soldaten (unten rechts), 1946



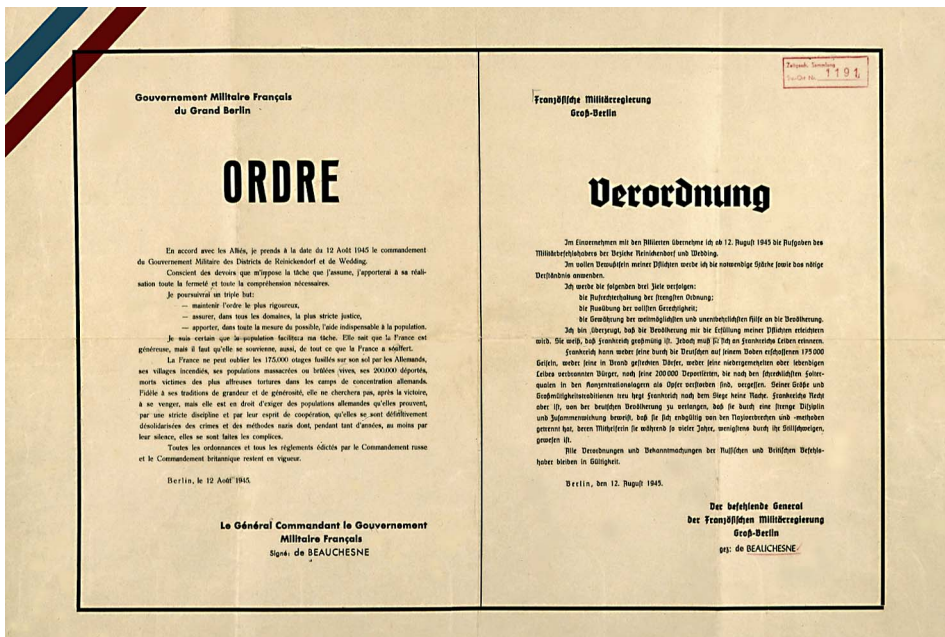
1/6 Berlinerinnen und Berliner beim Lesen der durch Anschlag bekannt gemachten Befehle der sowjetischen Militärverwaltung, Mai 1945



1/7 Gaststätte in der Niebergallstraße im Berliner Ortsteil Wendenschloss, in der die Deklaration der Niederlage Deutschlands und die Bildung der vier Besatzungszonen durch die vier Oberbefehlshaber der Siegermächte am 5. Juni 1945 unterzeichnet wurde



I/10 Befehl Nr. 1 der Alliierten Kommandantur Berlin vom 11. Juli 1945, durch den alle bisher vom sowjetischen Militärkommandanten erlassenen Befehle übernommen wurden



I/11 Verordnung über die Übernahme der Stadtbezirke Wedding und Reinickendorf durch die französische Militärverwaltung, 12. August 1945



I/12 Postkartenserie „Best wishes from Berlin“, gedruckt im Auftrag der amerikanischen Militärregierung; der Verkauf an die deutsche Bevölkerung war verboten, später wurde auch der Vertrieb an die Besatzungstruppen untersagt, 1946



I/14 Von der Alliierten Kommandantur eingeführtes Zahlungsmittel, Vorderseite eines Einmarkscheines, 1945

BEFEHL
DER
ALLIED KOMMANDATURA BERLIN

9. August 1945 Nr. BK/Ord. (45) 2 Berlin

1. Das von der Alliierten Militärbehörde in Umlauf gesetzte Papiergeld in den unten bezeichneten Werten soll als gesetzliches Zahlungsmittel für alle Arten von Marktschulden in der Stadt Berlin gelten.
2. Dieses Papiergeld hat in Deutschland in jeder Beziehung und unter allen Umständen den gleichen Wert wie jede andere gesetzliche Marktwährung desselben Nominalwertes.
3. Niemand darf den Grundsatz der Gleichwertigkeit des von der Alliierten Militärbehörde in Umlauf gesetzten Papiergeldes mit den übrigen gesetzlichen Marktzahlungsmitteln gleichen Nominalwertes in Wort oder Tat verletzen.
4. Niemand darf Vereinbarungen treffen oder anbahnen oder sich zur Eingehung solcher anbieten, kraft deren eine Zahlung in oder Lieferung von ausländischer Währung erlösigen sollte, es sei denn, daß die Ermächtigung dazu seitens der Alliierten Militärbehörde erteilt worden ist.
5. Personen, die sich der Verletzung irgendeiner Bestimmung dieses Befehls schuldig machen, werden vor ein Militärgericht gestellt werden. Es steht im Ermessen dieses Gerichtes, bei Schuldpruch jede gesetzlich zulässige Strafe, mit Ausnahme der Todesstrafe, zu verhängen.
6. Dieser Befehl tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

ALLIED KOMMANDATURA BERLIN
U.S.A.
Maj.-Gen. F. L. Parks Maj. Gen. L. O. Lyne Col. Gen. A.V. Gorbатов

| Nominalwerte der Markscheine der Alliierten Militärbehörde in Mark | Größe in cm | Farbdruck von Text und Zahlen |
|---|----------------|-------------------------------------|
| 0.50 — | 6,7 x 7,8 | Grün |
| 1 — | 6,7 x 7,8 | Dunkelblau |
| 5 — | 6,7 x 7,8 | Rötlich Purpur |
| 10 — | 6,7 x 11,2 | Dunkelblau |
| 20 — | 6,7 x 15,6 | Rot |
| 50 — | 6,7 x 15,6 | Dunkelblau |
| 100 — | 6,7 x 15,6 | Rötlich Purpur |
| 1000 — | 6,7 x 15,6 | Grün |

Druck auf der Vorderseite der Markscheine:

- a) 1. Der Betrag in Worten wie: „Fünfund Pfennig“, „Eine Mark“ usw.
2. Der Betrag in Zahlen wie: „10“ (mit dem 50-Pfennig-Schein), „1“ (mit dem 1-Mark-Schein) usw.
3. Die Worte: „Alliierte Militärbehörde“ haben
- c) Die Worte: „In Umlauf gesetzte in Deutschland“, „Serie 1244“ und die Seriennummer des Markscheines.

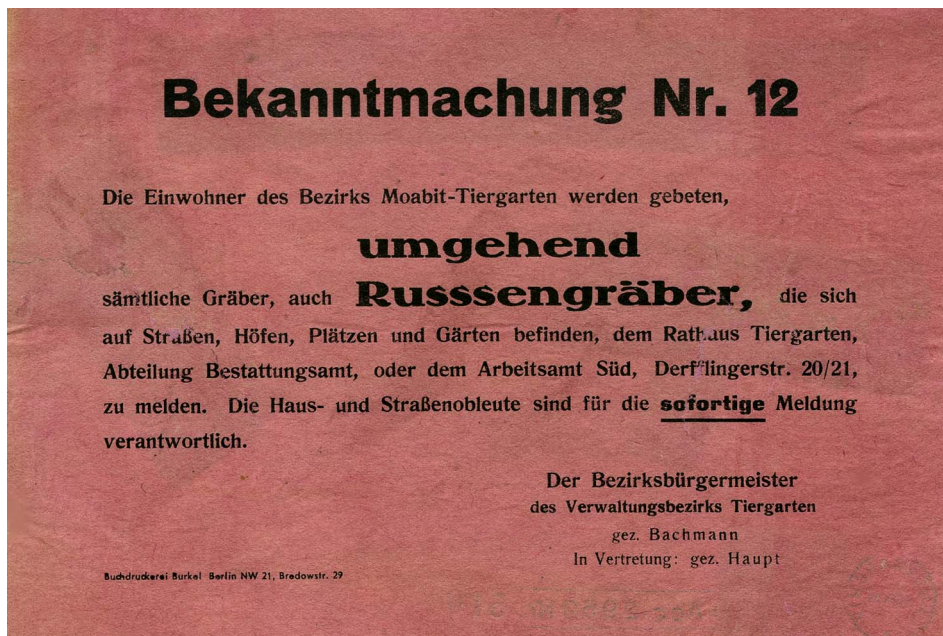
Auf den Markscheinen ab Werten von 20, 50, 100 und 1000 Mark verordnen diese Angaben zweimal.

Die Grundfarbe der Vorderseite sämtlicher Markscheine ist hellblau.
Die Grundfarbe der Rückseite ist rötlich braun.

I/15 Befehl der Alliierten Kommandantur Nr. BK/O (45) 2 über die Einführung von neuem Papiergeld, 9. August 1945



I/16 Plan von Berlin mit der Darstellung der Sektoren der vier Besatzungsmächte, Stand 1945



I/19 Bekanntmachung Nr. 12 des Bezirksamtes Tiergarten über die Meldepflicht aller im Bezirk befindlichen Grabstellen, 1945

Bekanntmachung

An alle Vertrauensleute der Häuser
des Verwaltungsbezirks Tiergarten.

Auf Befehl des Herrn Russischen Bezirkskommandanten sind
sodort für jedes Haus und jeden Betrieb 2 Gruppen von
Fahnen anzufertigen und zwar:

U d S S R
Englische
Amerikanische
Französische

Die Mieter eines jeden Hauses werden aufgefordert, die
Fahnen in der Größe **180 x 85 cm** anzufertigen.

Die Vertrauensleute haben für die sofortige Herstellung der
Fahnen in ihrem Hause mit allem Nachdruck Sorge zu tragen
und sich zu diesem Zweck mit den einzelnen Mietern in's
Benehmen zu setzen.

Für die Durchführung des Befehls sind die Vertrauensleute
verantwortlich.

Berlin NW 21, den 1. Juni 1945

Bezirksbürgermeister
des Verwaltungsbezirks Tiergarten
gez. Bachmann

Die Fahnen haben bis zum 2.6.45 bis 20 Uhr, und zwar
für 1 Gruppe fertig zu sein.

- I/18 Bekanntmachung des Befehls des Sowjetischen Bezirkskommandanten über die Anfertigung von Fahnen der vier Alliierten durch jede Hausgemeinschaft im Bezirk Tiergarten, 1./2. Juni 1945

II Politik und Verwaltung

II/1

Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner (1877-1967)
30. Juli 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 6 PK, Nr. 260566

II/2

1. stellvertretender Oberbürgermeister Karl Maron
(1903-1975)
10. Juli 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 6 PK, Nr. 260580

II/3

Sitzung des Magistrats im Neuen Stadthaus, von links soweit nicht verdeckt: Schellenberg, Geschke (stehend), Grüber, Buchholz, Klimpel, Siebert, Noortwyck, Maron, Oberbürgermeister Werner, Schwenk, Orlopp, Pieck, Gohrbandt, Redeker, Sauerbruch, Kehler, am linken Bildrand der Protokollführer Koppert
August / September 1945
Aufnahme: Hans H. Hartmann / Ingeborg Peter
LAB, E Rep. 300-09, Nr. 112/5

II/4

Oberbürgermeister Dr. Werner im Gespräch mit Kriegsheimkehrern
1946
LAB, E Rep. 300-09, Nr. 129/13

II/5

Ausstellung des Magistrats „Berlin im Aufbau“ im ehemaligen Geschäftshaus Unter den Linden 28/30
August 1946
LAB, E Rep. 300-09, Nr. 129/16

II/6

Sitzung des Wahlausschusses zur Vorbereitung der Berliner Kommunalwahlen im Oktober 1946, von links: stellvertretender Oberbürgermeister Maron, Oberbürgermeister Dr. Werner und der Leiter des Wahlausschusses, Dr. Landwehr
16. September 1946
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 1925/46

II/7

Sitzung des Wahlausschusses zur Vorbereitung der Berliner Kommunalwahlen im Oktober 1946, im Vordergrund: Vertreter der vier Besatzungsmächte
16. September 1946
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 Wa, Nr. 95775

II/8

Wahlpropaganda der SED am Brandenburger Tor für die Kommunalwahlen am 20. Oktober 1946
Oktober 1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not 1 Wa, Nr. 74491

II/9

Wahlpropaganda der SED und LDP vor dem Bezirksamt Prenzlauer Berg in der Schönhauser Allee
Oktober 1946
Aufnahme: Ewald Gnilka
LAB, F Rep. 290, Not. 21 Wa, Nr. 172547

II/10

Wahlpropaganda der SPD und SED in der Kolonnade des „Hauses der Schweiz“ Friedrichstraße Ecke Unter den Linden
September / Oktober 1946
Aufnahme: Ewald Gnilka
LAB, F Rep. 290, Not. 21 Wa, Nr. 172543

II/11

Wahlen für die Stadtverordneten- und die Bezirksverordnetenversammlungen am 20. Oktober 1946, Auszählen der Stimmzettel
20. Oktober 1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 Wa, Nr. 95788

II/12

Das instand gesetzte Neue Stadthaus in der Parochialstraße, Sitz des Magistrats, früher Gebäude der Städtischen Feuersozietät
Oktober 1946
Aufnahme: David, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 263952 (Nr. 2031/46)

II/13

Konstituierende Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 26. November 1946 im Neuen Stadthaus, am Rednerpult Oberbürgermeister Dr. Werner, dahinter erste Reihe von links: der jüngste männliche Stadtverordnete und Leiter des Hauptjugendausschusses des Magistrats Heinz Keßler, Alterspräsident Adolf Wuschick und die jüngste weibliche Stadtverordnete Friedel Hoffmann, obere Reihe: Vertreter der vier Besatzungsmächte
26. November 1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 2 Abgh Sitzungen, Nr. 95791

II/14

Bekanntmachung des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin über die Bildung eines neuen Magistrats vom 17. Mai 1945, in: Tägliche Rundschau. Tageszeitung für die Bevölkerung Deutschlands, Nr. 4 vom 18.

Mai 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 217, Nr. 6

II/15

Ernennungsurkunde des Magistrats der Stadt Berlin für Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner
Die Urkunde entstand nicht bei der Ernennung, sondern wurde nachträglich ausgestellt
Mai 1945
LAB, E Rep. 300-09, Nr. 21

II/16/1

Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Werner an die Bezirksbürgermeister zum Tode des sowjetischen Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin (Schreiben versehen mit altem Amtsstempel)
16. Juni 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 2134

II/16/2

Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. Werner an den Stabschef der Alliierten Kommandantur betreffend die Übersendung des Magistratsbeschlusses Nr. 430/46 über die Meldepflicht von Lebens-, Genuss- und Futtermittel (Schreiben versehen mit neuem Amtsstempel)
12. Oktober 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 5465

II/17

„Das erste Jahr. Berlin im Neuaufbau“
Ein Rechenschaftsbericht des Magistrats der Stadt Berlin
Berlin 1946
LAB, Bibl., Sign. 158

II/18

Bekanntmachung zur Wahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin und der Bezirksverordneten in den Berliner Verwaltungsbezirken am 20. Oktober 1946
Magistrat der Stadt Berlin, 20. September 1946
Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 791, Nr. 5

II/19

Werbeplakate und Flugblätter der vier zu den Kommunalwahlen am 20. Oktober 1946 zugelassenen Parteien
1946
„SPD will eine saubere Verwaltung“
„Gleiche Leistung – gleicher Lohn. Volle Gleichberechtigung der Frau – Wählt SED“
„Wählt eine freie, eine deutsche, eine christliche Zukunft. Wählt Christlich Demokratische Union Deutschlands“
„Liberal-Demokratische Partei für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit“
LAB, F Rep. 240, Acc. 579, Nr. 6a; Acc. 1587, Nr. 145, 211 und 227

II/20

Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration über die Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien
10. Juni 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 1239

II/21

Aufruf und Stimmzettel für die Urabstimmung über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien durch die Mitglieder der SPD in den zwölf westlichen Stadtbezirken
Im sowjetischen Sektor war sie wegen der fehlenden Genehmigung der sowjetischen Bezirkskommandanten verboten
31. März 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 1229 und 1226

II/22

Befehl der Alliierten Kommandantur BK/O (46) 248 über die Anerkennung des SPD-Stadtausschusses und der SEPD
Die Alliierte Kommandantur gestattet sowohl der SPD als auch der Sozialistischen Einheits-Partei Deutschlands (SEPD) die Ausübung ihrer Tätigkeit in allen vier Besatzungssektoren
31. Mai 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 4865

II/23

Befehl der Alliierten Kommandantur BK/O (46) 326 über die Übermittlung der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin mit Anschreiben an den Berliner Oberbürgermeister und erste Seite der nach den Kommunalwahlen vom 20. Oktober 1946 in Kraft getretenen Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin
13. August 1946
LAB, C Rep. 101, Nr. 70, und Bibl., Sign. Soz 878a

II/24

Stimmzettel zur Wahl der Bezirksverordneten im Verwaltungsbezirk Reinickendorf am 20. Oktober 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 1228

II/25

Bekanntmachung des vorläufigen Ergebnisses der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 20. Oktober 1946
Der Tagesspiegel, 2. Jg., Nr. 247, 21. Oktober 1946
LAB, F Rep. 240, Acc. 863, Nr. 37



II/9 Wahlpropaganda der SED und LDP vor dem Bezirksamt Prenzlauer Berg in der Schönhauser Allee, Oktober 1946



II/4 Oberbürgermeister Dr. Werner im Gespräch mit Kriegsheimkehrern, 1946



II/10 Wahlpropaganda der SPD und SED in der Kolonnade des „Hauses der Schweiz“ Friedrichstraße Ecke Unter den Linden, September / Oktober 1946



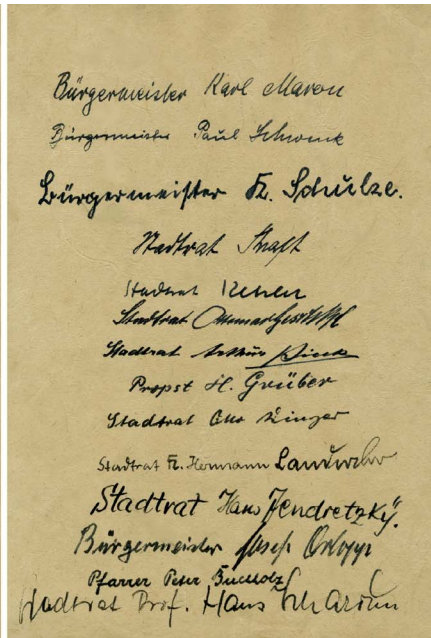
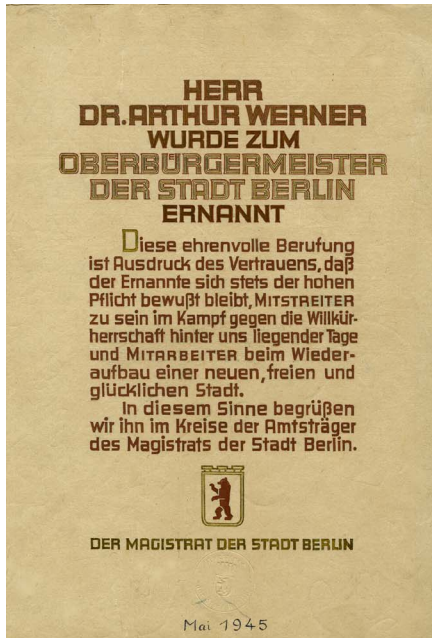
II/5 Ausstellung des Magistrats „Berlin im Aufbau“ im ehemaligen Geschäftshaus Unter den Linden 28/30, August 1946



II/6 Sitzung des Wahlausschusses zur Vorbereitung der Berliner Kommunalwahlen im Oktober 1946, von links: stellvertr. OB Maron, OB Dr. Werner und der Leiter des Wahlausschusses, Dr. Landwehr, 16. September 1946



II/7 Die Vertreter der vier Besatzungsmächte während der Sitzung des Wahlausschusses, 16. September 1946



II/15 Ernennungsurkunde des Magistrats der Stadt Berlin für Oberbürgermeister Dr. Arthur Werner, Mai 1945



II/24 Stimmzettel zur Wahl der Bezirksverordneten im Verwaltungsbezirk Reinickendorf am 20. Oktober 1946



11/19 Werbeplakate und Flugblätter der vier zu den Kommunalwahlen am 20. Oktober 1946 zugelassenen Parteien

III Die Kriegsheimkehrer

III/1

Heimkehrer aus britischer Kriegsgefangenschaft bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof Grunewald
13. Oktober 1946
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Heimkehrer, Nr. 74487

III/2

Heimkehrer aus britischer Kriegsgefangenschaft auf dem Weg in ihren Heimatbezirk Wedding
13. Oktober 1946
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Heimkehrer, Nr. 74486

III/3-6

Heimkehr von entlassenen Kriegsgefangenen auf dem Wriezener Bahnhof
1946
Aufnahmen: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19/2, Nr. 296 D, 30751, 30636 und 30641

III/7

Aufenthaltsraum im Kriegsheimkehrer- und Flüchtlingslager Ruschestraße 32-34 in Lichtenberg
Januar 1947
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 412372 (Nr. 116/47, Filmnr. 4, Mappe 4)

III/8

„An die Bewohner des Bezirks Kreuzberg“
Aufruf des Bezirksamtes Kreuzberg an die Bevölkerung zur freiwilligen Spende von Alt-Textilien für die Opfer des Faschismus, Kriegsheimkehrer und sonstige Notleidende
Oktober 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 489

III/9

„Zirkular – Großaktion zur Unterbringung der Kriegsgefangenen“
Aufruf an die Einwohner von Moabit zu Sachspenden aller Art für die Einrichtung eines Durchgangslagers für entlassene Kriegsgefangene in der Rathenower Straße
24. August 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 525

III/10

„Heimkehrer! Helft mit am Wiederaufbau der Heimat!“
Flugblatt des Arbeitsamtes Schöneberg-Friedenau für die Umschulung von Kriegsheimkehrern zu Fachkräften im Baugewerbe
15. August 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 5737

III/11

Befehl der Alliierten Kommandantur BK/O (45) 132 betreffend die Verhinderung des Zuzuges von entlas-

senen Kriegsgefangenen durch die Sowjetische Kommandantur

Die Behandlung heimkehrender Kriegsgefangener wurde anfangs durch die vier Besatzungsmächte sehr unterschiedlich gehandhabt. Nach sowjetischer Auffassung konnten sie in Berlin bleiben, soweit sie in der Stadt beheimatet waren, die anderen Militärregierungen vertraten einen gegenteiligen Standpunkt
26. September 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 12287

III/12

Amtliche Bekanntmachung Nr. 50 des Bezirksamts Tiergarten über das Verbot des Tragens von Wehrmachtsuniformen
21. Dezember 1945
F Rep. 280, Nr. 5756

III/13

Rückkehrer-Statistik über entlassene Kriegsgefangene, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene sowie politische Häftlinge im Bezirk Reinickendorf für den Monat April 1946
15. Mai 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 1733

III/14

„Aufruf an die Berliner Bevölkerung! Helft den heimkehrenden Kriegsgefangenen!“
Aufruf der vier antifaschistischen Parteien Berlins und des Heimkehrer-Ausschusses Groß-Berlin
15. September 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 1394



III/3+4 Heimkehr von entlassenen Kriegsgefangenen auf dem Wriezener Bahnhof, 1946





III/6 Heimkehr von entlassenen Kriegsgefangenen auf dem Wriezener Bahnhof, 1946



III/7 Aufenthaltsraum im Kriegsheimkehrer- und Flüchtlingslager Ruschestraße 32-34 in Lichtenberg, Januar 1947



III/1 Heimkehrer aus britischer Kriegsgefangenschaft bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof Grunewald, 13. Oktober 1946



III/2 Heimkehrer aus britischer Kriegsgefangenschaft auf dem Weg in ihren Heimatbezirk Wedding, 13. Oktober 1946

An die Bewohner des Bezirks Kreuzberg

Der Bezirk Kreuzberg ruft auf zur **freiwilligen Spende von All-Textilien**,

die allen Bedürftigen, insbesondere den **Opfern des Faschismus, heimkehrenden Wehrmachtangehörigen und sonstigen Notleidenden**

eine wirkliche Hilfe sein soll. Zeitig, daß wir in Bezug auf Geboteneidigkeit an erster Stelle stehen, beweist, daß wir heute mehr denn je bereit sind, Opfer zu bringen, wenn es darum geht, eine große Not zu lindern, sorgt immer unsern besten Willen, diesen zu helfen, die ohne ihr Zutun in unsagbares Elend geraten sind.

Gebt, was ihr entbehren könnt, wie Kleidungsstücke aller Art, alte Uniformen, Tischreste usw., entweder an die mit Ausweisen versehenen Sammler oder an die nachstehend verzeichneten Sammelstellen ab:

- | | |
|-----------------------------|---------------------------------|
| Gneisenstraße 27 | Baruther Straße 20 |
| Förster Straße 6 | Tempelhofer Ufer 15 |
| Kottbusser Straße 10 | Reichenberger Straße 131 |
| Wilhelmstraße 117 | Waldemarstraße 77 |
| Möckenstraße 69 | Britzer Straße 17-18 |
| Manteuffelstraße 7 | Skalitzer Straße 55-56 |

Stadt Berlin
Bezirksamt Kreuzberg
K11111

Annahmezeiten von 9-12 und 14-17 Uhr

III/8 Spendenaufzur für die Opfer des Faschismus und die Kriegsheimkehrer, Oktober 1945

HEIMKEHRER!

Helft mit am Wiederaufbau der Heimat!

Ihr schafft dadurch Euch und Euren Familien eine glücklichere Zukunft. — Bietet Euer Beruf augenblicklich keine Arbeitsmöglichkeit, so nehmt die Gelegenheit wahr und

lernt um!

Durch eine gründliche, fachliche Ausbildung in verhältnismäßig kurzer Zeit, zu günstigen Bedingungen, könnt Ihr

Fachkräfte im Baugewerbe

werden. Dadurch verschafft Ihr Euch für die Zukunft Arbeit, guten Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten.

Entschließt Euch schnell!

Laßt nicht wertvolle Zeit, die Ihr für den Aufbau Eurer Zukunft verwenden könnt, nutzlos abwartend verstreichen.

Das Arbeitsamt
Schöneberg-Friedenau, Am Park 9-10
Abteilung: Berufsberatung und Umschulung
steht jedem mit Rat und Tat zur Seite.

Druck: Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Straße 40/41

III/10 Aufruf zur Umschulung von Kriegsheimkehrern, 15. August 1945

Amtl. Bekanntmachung Nr. 50

STADT BERLIN BEZIRKSAMT TIERGARTEN

Lt. Anordnung der Alliierten Stadtkommandantur ist es verboten, deutsche Wehrmacht-Uniformen zu tragen.

Jeder entlassene Kriegsgefangene wird darum ersucht, sich schnellstens umzukleiden; vielleicht kann er dabei die Hilfe seiner Anverwandten in Anspruch nehmen. Zum mindesten müssen die Uniformen umgefärbt werden.

Der stellvertretende Bürgermeister
des Bezirksamtes Tiergarten
gez. Haupt

Berlin, den 21. Dezember 1945
Tiergarten 35

III/12 Bekanntmachung über das Verbot des Tragens von Wehrmachtuniformen, 21. Dezember 1945

Aufruf an die Berliner Bevölkerung!

Helft den heimkehrenden Kriegsgefangenen!

Tausende Soldaten sind bisher aus der Kriegergefangenschaft in ihre Heimatstadt zurückgekehrt, tausende werden folgen!

Winkt der Heimkehrer Sines anches von ihrer Heide, wieder. Deshalb ruft der Heimkehrer-Ausschuß Groß-Berlin, der sich aus den Vertretern der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, des FDGB, des Frauent- und Jugendratschusses und des Berliner Magistrats zusammensetzt, zu einer großen Sammlaktion der Berliner Bevölkerung für unsere bedürftigen Heimkehrer von 6. bis 13. Oktober 1946 auf.

Helft den mittelosen Heimkehrern!
Gebt von Euren Wenigen!
Gebt, was Ihr an Kleidung entbehren könnt!
Gebt Lumpen und Altpapier!
Spendet nach besten Kräften Geld!

Wenn jeder Berliner Haushalt nur 1 Pfund Lumpen spendet, können wir tausenden Berliner Heimkehrern einen neuen Anfang geben.
Beweist durch die Tat, daß wir in der Not fast zusammensinken!
Die antifaschistischen Parteien stehen mit dem Magistrat und den Bezirksheimkehrer-Sammelstellen zur Annahme Eurer Spenden etc.
Für die gerechte und preiswerte Verteilung der Spenden garantieren die in allen Bezirken geschaffenen Heimkehrer-Ausschüsse sowie der Berliner Magistrat.
Unsere Hilfe soll den Heimkehrern seinen Mut und seine Tapferkeit zu das Leben geben.
Berlinerinnen, Berliner, geht! Und Berlin wird ein lebendiges Beispiel echter Solidarität in der Not unseres Volkes sein.

Berlin, am 6. September 1946

Die Vorstände
der vier antifaschistischen Parteien
Berlin

Der Heimkehrer-Ausschuß
Groß-Berlin

Oberrbürgermeister Dr. Werner, Propst Gebhard, Dr. Herberg, Deutsche Staatsoper, Schöneburg, Afrika-Inspektor Bürgermeister Schwab, Bürgermeister Olaf, Dankschreiber Bockholt, Kästel I. Kästel, Anzeigenredakteur Dr. Hesse, Prof. Stross, Rektor der Universität Berlin, Prof. Jenderek, Hochschule für Musik, Präsidenten Oberer Magistrat, Landesrat Langhoff, Deutsches Theater, Stadtamt Dr. Hase, Stadtkämmerei, Landesrat Kahlene, Martin, Heide-Theater, Bürgermeister Manno, Statler Winzer, Charak, Schläpfer, Landesrat FDGB Groß-Berlin, Eil Schmitt, Käse Käse, Frauentatschschuß der SED, Dr. Maria Galla, Volk von Waisenhaus, Ein-Haus-Heimkehrer-Ausschuß, Johann B. Richter, Klaus Ost, Charakteristiker des Archäologischen Museums, Prof. Dr. Zentrarow, I. Arbeit, Sozialwissenschaftler Dr. Paul Kossler, Pilsch, Dr. Zentrarow, I. Gesundheitswesen, Dr. Alfred Beyer, Vizepräsident d. Zentralrat d. Gesundheitswesen, Dr. W. Lindemann, Gesundheitswesen, Statler Hans Jenderek, Otto Spitz, Maria Andreeva, Stigmund Wallinger, Botsch. der Wätsche Angelpfeiler, Statler Oskar Oeschke, Hans Wollmann, Leiter des Hochschullandes, Prof. Dr. Hermann, Max Kerpstein, Statler des Sachver. Reichsanst. Statler Prof. Sierow, Dr. Hermann Lindner, Botschaffungen von Geldbesitzeren an die Berliner Stadtkämmer unter Konto-Nr. 1992 erbeten.

III/14 Spendenaufzur für die Kriegsheimkehrer, 15. September 1946

IV Displaced Persons, Flüchtlinge, Vertriebene und Evakuierte

IV/1

Flüchtlinge am Brandenburger Tor
20. Juli 1945
Aufnahme: Rose-Marie Kriegel, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Flüchtlinge, Nr. 30054

IV/2

Flüchtlinge in der Königstraße (Rathausstraße)
28. Juli 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 274/45 (Filmmr. 38, Mappe 1)

IV/3–7

Flüchtlinge in Berlin
Juli 1945
Aufnahmen: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Flüchtlinge, Nr. 30062,
30065, 30073, 30060 und 30061

IV/8

„Aufruf an die Ausgewiesenen!“
Der Magistrat der Stadt Berlin fordert die Flüchtlinge
und Vertriebenen auf, wegen der Versorgungs- und
Unterbringungsschwierigkeiten Berlin sofort wieder
zu verlassen und in das Umland weiterzuziehen
15. Juli 1945
Plakat
LAB, F Rep. 280, Nr. 3019

IV/9

Anweisung des Obersten Chefs der Sowjetischen
Militärverwaltung, Marschall Shukow, vom 19. Juli
1945 über die örtliche Zuweisung der Flüchtlinge
und Vertriebenen aus den einzelnen Regionen der
Ostgebiete
Kreuzberg, 24. August 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 2412

IV/10

Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin, Abteilung
Ernährung, an die Ernährungsämter der Verwaltungs-
bezirke über das Verbot der Ausgabe von Lebens-
mittelkarten an französische, belgische, holländische
und luxemburgische Staatsangehörige für den Monat
November 1945, da deren Rückführung in die Hei-
matländer vorgesehen ist
Berlin, 13. Oktober 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 3555

IV/11

„Anordnung! Seuchen entstehen durch Ungeziefer!
Läuse übertragen Fleckfieber!“
Information an alle Flüchtlinge, Heimkehrer und
Durchziehende über kostenlose Entlausungen und
die Ausstellung von Gesundheitspässen
Tempelhof, 1. November 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 5746

IV/12

„Zugangssperre für den Bezirk Zehlendorf“
Information über das Zugangsverbot laut Befehl der
Alliierten Kommandantur
Zehlendorf, 14. November 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 1357

IV/13

Vorlage für die Sitzung des Magistrats über die
Unterbringung und Verpflegung jüdischer Flücht-
linge aus Polen
Berlin, Hauptamt für Sozialwesen, 22. Dezember 1945
LAB, C Rep. 118, Nr. 52

IV/14

Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin, Abt. für
Ernährung, an die Alliierte Kommandantur über die
Verpflegungsrationen im Umsiedlerlager im Bezirk
Köpenick
Berlin, 17. November 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 5442

IV/15

Aufstellung über die im Bezirk Reinickendorf
während der Jahre 1939 bis 1945 befindlichen
Zwangsarbeiterlager, Kriegsgefangenenlager,
Kommandos und Ausländerstationen
Reinickendorf, 22. Januar 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 1730



IV/1 Flüchtlinge am Brandenburger Tor, 20. Juli 1945



IV/2 Flüchtlinge in der Königstraße (Rathausstraße), 28. Juli 1945



IV/4+3 Flüchtlinge in Berlin, Juli 1945

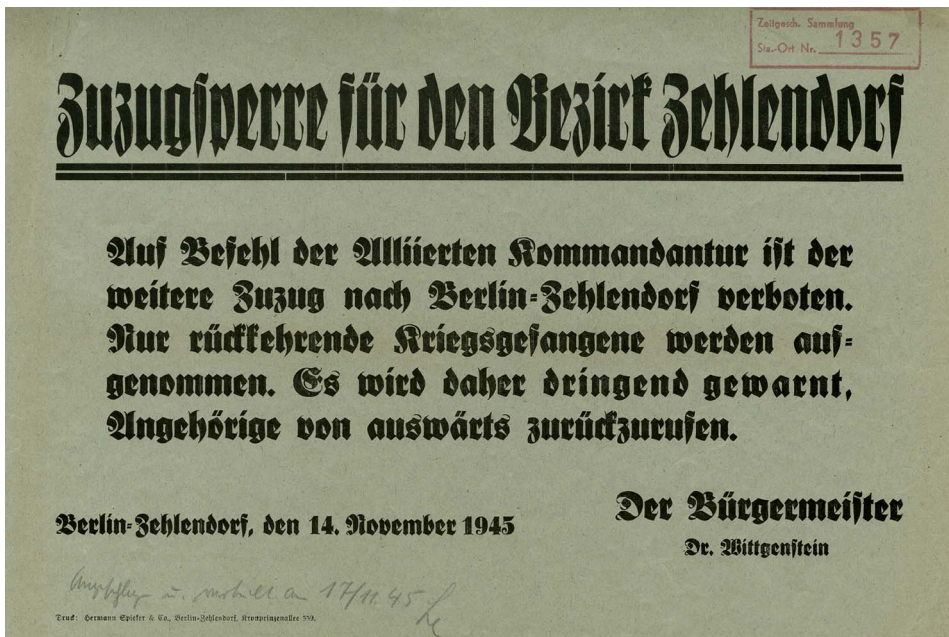
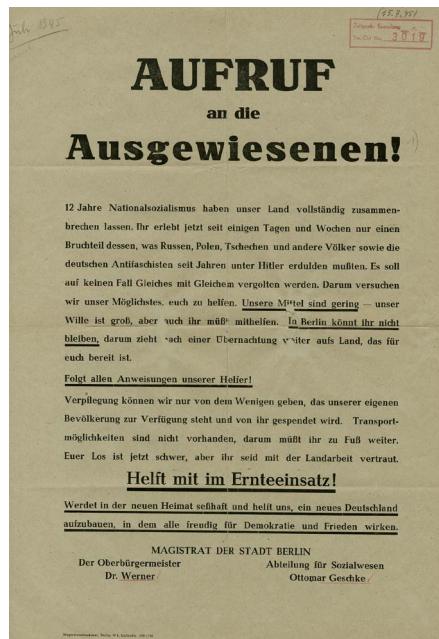




IV/6+5 Flüchtlinge in Berlin, Juli 1945



- IV/8 „Aufruf an die Ausgewiesenen!“ Der Magistrat der Stadt Berlin fordert die Flüchtlinge und Vertriebenen auf, wegen der Versorgungs- und Unterbringungsschwierigkeiten Berlin sofort wieder zu verlassen und in das Umland weiterzuziehen, 15. Juli 1945



- IV/12 „Zuzugssperre für den Bezirk Zehlendorf“, Information über das Zuzugsverbot laut Befehl der Alliierten Kommandantur, 14. November 1945

Hauptamt für Sozialwesen

Berlin, den 22. Dezember 1945

Magistratsvorlage für die Sitzung
am Sonntag, dem 23. Dezember 1945

Der Magistrat wolle beschliessen:

Betr.: Unterbringung und Verpflegung jüdischer Flüchtlinge
aus Polen.

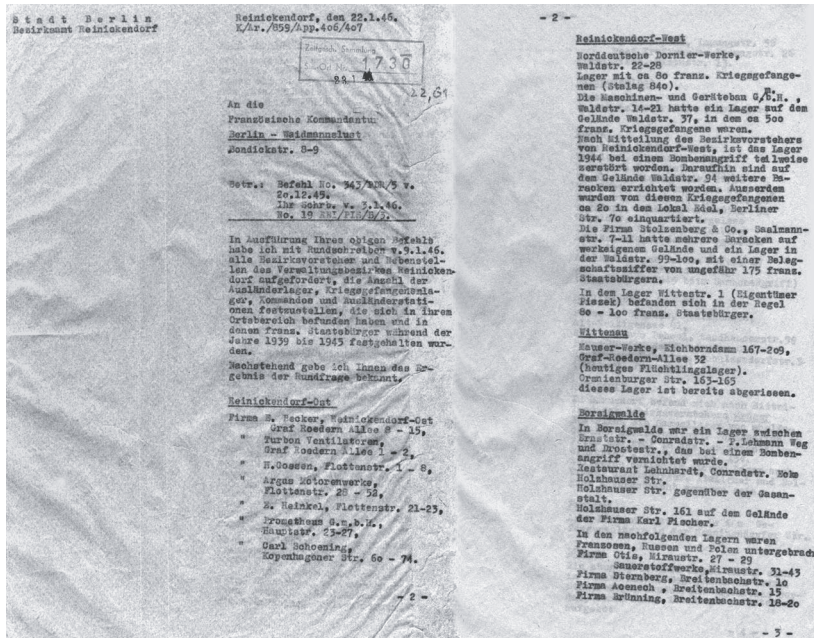
Die bisher von der jüdischen Gemeinde zu Berlin in den Lagern
Eichhornstr., Oranienburgerstr., Ryckestr. und Iranische Str.
betreuten jüdischen Flüchtlinge werden mit sofortiger Wirkung dem
Hauptamt für Sozialwesen, Abt. für Umsiedler, unterstellt.

Die Abteilung für Umsiedler hat die obengenannten Lager sofort auf
ihren Zustand zu kontrollieren und dafür Sorge zu tragen, dass
dieselben winter- und wetterfest hergerichtet werden.

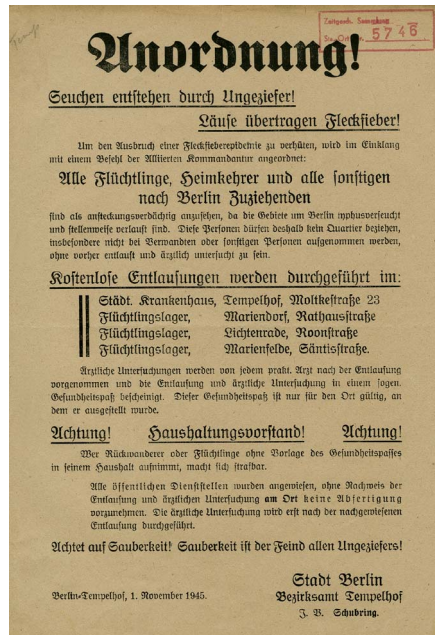
Die gesundheitliche Betreuung bleibt in den Händen der jüdischen
Gemeinde.

Die Abteilung für Umsiedler hat dafür zu sorgen, dass der Abtrans-
port der jüdischen Flüchtlinge schnellstens durchgeführt wird. Zu
diesem Zweck ist das gesamte Problem mit der Zentralverwaltung für
deutsche Umsiedler in der russischen Okkupationszone zu besprechen.

Hauptamt für Sozialwesen
Geschke



IV/15 Aufstellung über die im Bezirk Reinickendorf während der Jahre 1939 bis 1945 befindlichen Zwangsarbeiterlager, Kriegsgefangenenlager, Kommandos und Ausländerstationen, 22. Januar 1946



IV/11 Information an alle Flüchtlinge, Heimkehrer und Durchziehende über kostenlose Entlassungen und die Ausstellung von Gesundheitspässen, 1. November 1945

V Die Versorgung

V/1

Stubbenroden und Holzsammeln im Großen Tiergarten, im Hintergrund die Händelstraße mit der Ruine der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche im alten Hansa-Viertel (siehe Titelbild)
1947

Aufnahme: Siegfried Blohm
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Versorgung, Nr. 371057

V/2

Beratung der Bevölkerung im Rahmen der Aktion „Wildgemüse“ im Bezirk Neukölln
1946

Aufnahme: Durnick
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Versorgung, Nr. 184684

V/3

Ernährungshilfe Nr. 4/5, Informationen für die Verwendung von Wildgemüse
Die Aktion „Wildgemüse“ diente der Aufklärung der Bevölkerung über die Verwendbarkeit und Nahrunghaftigkeit wild wachsender Gemüse und Kräuter
Flugblatt, 1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 24233

V/4

Aktion „Brachland“, landwirtschaftliche Nutzung des abgeholzten Tiergartens, im Hintergrund die Reste der Siegesallee und die Siegesssäule
1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 22, Nr. 25323

V/5

Aktion „Brachland“, landwirtschaftliche Nutzung des abgeholzten Tiergartens
Im Rahmen der Aktion „Brachland“ wurden der abgeholzte Tiergarten und andere freie Flächen in der Stadt an die Berliner Bevölkerung zum Gemüse- und Kartoffelanbau vergeben
1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 22, Nr. 25624

V/6

Kartoffelzuteilung
28. Juni 1945

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Versorgung, Nr. 9835

V/7

Ausgabe von heißer Suppe für ältere Menschen im strengen Winter 1946/47

Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 34346

V/8

In offenen Güterwagen fahren die Berlinerinnen und Berliner zum „Hamstern“ in das Berliner Umland, um bei den Bauern für einen Großteil ihrer Habe lebensnotwendige Nahrungsmittel einzutauschen
1946

Aufnahme: Gunnar Kosnick
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Hamsterer, Nr. 252888

V/9

Razzia auf dem Schwarzen Markt am Reichstag, im Hintergrund das sowjetische Ehrenmal im Tiergarten
März 1946

Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Versorgung, Nr. 89991

V/10

Razzia auf dem Schwarzen Markt in der Ebertstraße hinter dem Reichstagsgebäude, im Hintergrund das Haus des Vereins Deutscher Ingenieure Ebertstraße 26
März 1946

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Versorgung, Nr. 89994

V/11

Schwarzer Markt in der Ebertstraße am Brandenburger Tor, im Hintergrund rechts die Rückfront des stark zerstörten Liebermann-Hauses
1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 23454

V/12

„Warning – Warnung“
Die britische Militärregierung warnt unter Androhung schwerer Strafen vor dem Diebstahl von Lebensmitteln und anderen Waren aus den Lagern der Alliierten
Tiergarten, 1. Juli 1945

Plakat
LAB, F Rep. 280, Nr. 1321

V/13

Bekanntmachung der Militärregierung Kreuzberg über das Verbot der Beschlagnahme oder des Kaufs von Lebensmitteln durch Angehörige der vier Besatzungstruppen
Kreuzberg, 3. November 1945

Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 447

V/14

Amtliche Bekanntmachung des Bezirkes Tiergarten über die Versorgung mit Seife, Spinnstoff- und Schuhwaren sowie Nähgarn und Kurzwaren
Tiergarten, 26. Mai 1945

LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 503

V/15

Brot- und Lebensmittelkarte für die Berliner Bevölkerung für den Monat Mai nach der Festsetzung der Lebensmittelrationen vom 5. Mai 1945 durch den sowjetischen Stadtkommandanten
Mai 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2164, Nr. 56

V/16

„An die Bevölkerung der Stadt Berlin“
Bekanntmachung der Stadtverwaltung über die Neufestsetzung der Lebensmittelrationen ab dem 15. Mai durch den sowjetischen Stadtkommandanten
Berlin, 13. Mai 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 217, Nr. 2

V/17/1-5

Brot- und Lebensmittelkarten für die fünf unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung für die zweite Hälfte des Monats Mai
Mai 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 1918, Nr. 8-12

V/18

„Achtung.“
Anschlag eines Vertrauensmannes, dass das Dorf Groß-Wulkow bei Genthin antifaschistische Erntekräfte sucht
Berlin, 12. Juli 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 555

V/19

Amtliche Bekanntmachung Nr. 138 des Bezirkes Spandau über Termine von geführten Pilz- und Wildgemüse-Wanderungen durch Berlins Wälder
Spandau, 14. November 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 1651, Nr. 25

V/20

„Die US.-Militärregierung hat folgenden Befehl erlassen: Die Entnahme von bewirtschafteten Waren aller Art durch Soldaten der Besatzungsmächte ist verboten. Soldaten, die dieser Anordnung zuwiderhandeln, werden vor das Kriegsgericht gestellt.“
US.-Military-Government Berlin-Neukölln,
15. Dezember 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 5712

V/21

Anklageschrift und Schilderung des Tatherganges über Schwarzhandel mit amerikanischen Zigarettenspackungen, die nur mit Papier gefüllt waren
Amtsgericht Berlin-Mitte
Februar / März 1946
LAB, C Rep. 341, Nr. 2405

V/22

Protokoll der kriminalpolizeilichen Vernehmung und Strafbefehl über die Schwarzschlachtung eines Hammels in einem Berliner Haushalt durch einen

Oberleutnant der Roten Armee
Amtsgericht Berlin-Prenzlauer Berg
Juli 1945
LAB, C Rep. 341, Nr. 6355

V/23

Monatsbericht des Polizeipräsidenten in Berlin an das Britische Hauptquartier in Berlin-Charlottenburg über die Überwachung der Preise und des Schwarzen Marktes. Beigefügt ist eine Aufstellung der im Monat April 1946 gängigen Preise auf dem Schwarzen Markt
Mai 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 4516

V/24

„Wer ehrlich arbeitet, darf nicht betrogen werden. Meldet jeden Preiswucherer – Kampf dem Schieber und Schwarzhändler“
Bekanntmachung der Bezirkspreisstelle
Charlottenburg
15. Mai 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 5721



V/2 Beratung der Bevölkerung im Rahmen der Aktion „Wildgemüse“ im Bezirk Neukölln, 1946

Ernährungshilfe
NR. 4/5

Wildgemüse als Zusatznahrung


Die Natur liefert uns während des ganzen Jahres eine zusätzliche Nahrung: die Wildgemüse, die vor allem durch ihren Gehalt an den lebenswichtigen Schutz- und Wirkstoffen, sowie an Mineralsalzen das Bedürfnis nach frischem Gemüse und nach frischen Kräutern besonders gegen Ende des Winters und bei Beginn des Frühjahrs befriedigen. Die Wildgemüse sind äußerst reich an Würzstoffen und verdienen auch deshalb immer mehr Eingang in den Speisesaal der Hausfrau, weil sie kein Garten- oder Ackerland zum Anbau und keine Pflege beanspruchen, sondern nur gemäht zu werden brauchen.

Allgemeine Regeln für die Verwendung von Wildgemüse.

Für die Verwendung in der Küche kommen vor allem folgende Wildgemüse in Betracht:

| | | |
|-------------------------|-------------|-------------|
| Breitwegerich | Hederich | Sauerampfer |
| Brennessel | Hufflattich | Schafgarbe |
| Gänseblume | Löwenzahn | Taubnessel |
| Gänsefuß (Fuchsschwanz) | Melde | Vogelmiere |
| Geißfuß (Giersch) | | |

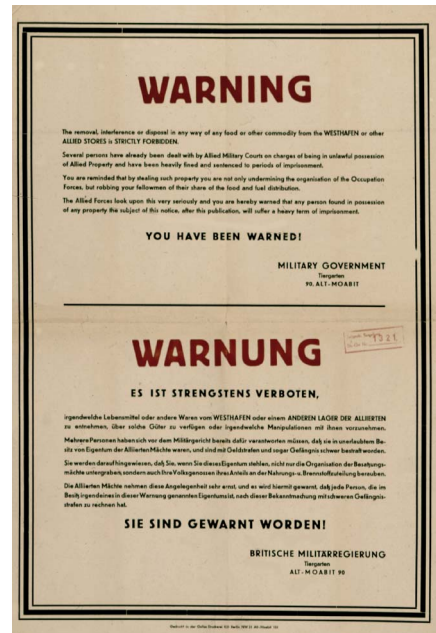
Wildgemüse sind am saft- und gehaltreichsten und am wohlgeschmecktesten vor dem Blühen, aber auch während und nach der Blüte lassen sich schmackhafte Gerichte daraus herstellen.

Verlag *Naturkundliche Korrespondenz, Berlin-Kleinmachnow* 

V/3 Informationen für die Verwendung von Wildgemüse, 1946



V/5 Im Rahmen der Aktion „Brachland“ wurden der abgeholzte Tiergarten und andere freie Flächen in der Stadt an die Berliner Bevölkerung zum Gemüse- und Kartoffelanbau vergeben, 1946



V/12 „Warning – Warnung“, die britische Militärregierung warnt unter Androhung schwerer Strafen vor dem Diebstahl von Lebensmitteln und anderen Waren aus den Lagern der Alliierten, 1. Juli 1945



V/4 Aktion „Brachland“, landwirtschaftliche Nutzung des abgeholzten Tiergartens, im Hintergrund die Reste der Siegessäule und die Siegessäule, 1946

A. V. II

Amtliche Bekanntmachungen

des Verwaltungsbezirks Berlin-Spandau

Nummer 23 • Mittwoch, den 14. November 1945

Bekanntmachung Nr. 138

Pilz- und Wildgemüse-Wanderungen!

Die nächsten für den Bezirk Spandau in Frage kommenden Pilz- und Wildgemüse-Wanderungen unter Führung von Herrn Dr. N. Wiederich aus Berlin-Wannsee finden an folgenden Tagen und Orten statt:

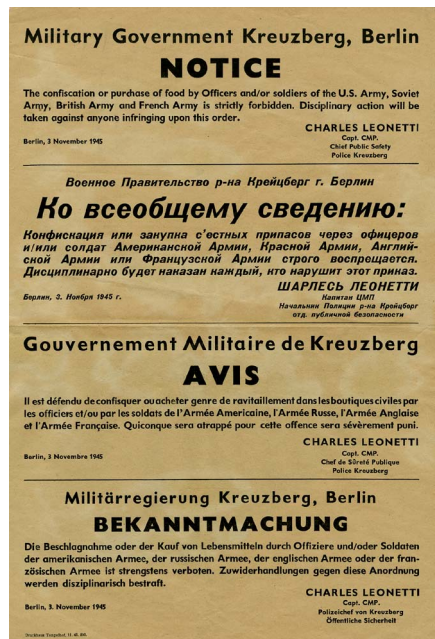
| | | | |
|----------|--------------|-----------|---|
| Sonntag | 18. November | 9.00 Uhr | Kladow vor der Kirche (Dampfer Seefestgebäude ab 8.30 Uhr) |
| Sonntag | 18. November | 14.30 Uhr | Katzenhau Wannsee |
| Montag | 19. November | 14.00 Uhr | Bahnhof Grunewald |
| Montag | 26. November | 14.00 Uhr | Bahnhof Schlachtensee |
| Mittwoch | 28. November | 14.00 Uhr | Bahnhof Gartenfeld |
| Sonabend | 8. Dezember | 14.00 Uhr | Bahnhof Grunewald |
| Sonntag | 9. Dezember | 10.00 Uhr | Bahnhof Nicolasee |

Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich zusätzlich Nahrung- und Genussmittel zu verschaffen, werden auf diesen Wanderungen die in Frage kommenden Pilzarten, sowie Wildgemüse, Wildfrüchte, Gewürzkräuter, Hasenohr und alle Kakasterien in Frage kommenden Pflanzen gezeigt und ihre Verarbeitung erläutert. Röhren, einige leere Sitten, ein Messer oder eine Schere und ein Paar alte Handschuhe empfiehlt es sich, mitzubringen.

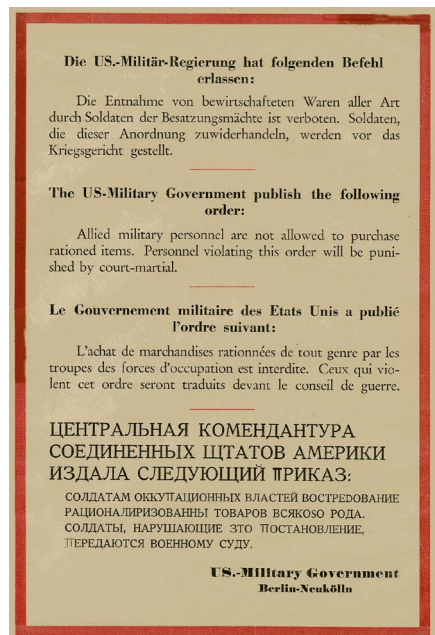
Berlin-Spandau, den 14. November 1945

Bezirksamt Spandau

V/19 Amtliche Bekanntmachung Nr. 138 des Bezirkes Spandau über Termine von geführten Pilz- und Wildgemüse-Wanderungen durch Berlins Wälder, 14. November 1945



V/13 Bekanntmachung der Militärregierung Kreuzberg über das Verbot der Beschlagnahme oder des Kaufs von Lebensmitteln durch Angehörige der vier Besatzungstruppen, 3. November 1945



V/20 „Die US.-Militärregierung hat folgenden Befehl erlassen: Die Entnahme von bewirtschafteten Waren aller Art durch Soldaten der Besatzungsmächte ist verboten. Soldaten, die dieser Anordnung zuwiderhandeln, werden vor das Kriegsgericht gestellt“, 15. Dezember 1945



V/6 Kartoffelzuteilung, 28. Juni 1945



V/7 Ausgabe von heißer Suppe für ältere Menschen im strengen Winter 1946/47

AN DIE BEVÖLKERUNG DER STADT BERLIN

Um die regelmäßige Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen, hat das Sowjetische Militärkommando durch den Kommandanten der Stadt Berlin der Stadtverwaltung ausreichende Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt.

Gemäß Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst BERSARIN, sind ab 15. Mai 1945 folgende feste Lebensmittelrationen **pro Person und Tag** festgesetzt worden:

Brot

- | | |
|--|---------|
| 1.) Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben | 600 gr. |
| 2.) Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind | 500 gr. |
| 3.) Angestellte | 400 gr. |
| 4.) Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung | 300 gr. |

Nährmittel

- | | |
|--|--------|
| 1.) Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben | 80 gr. |
| 2.) Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind | 60 gr. |
| 3.) Angestellte | 40 gr. |
| 4.) Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung | 30 gr. |

Fleisch

- | | |
|--|---------|
| 1.) Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben | 100 gr. |
| 2.) Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind | 65 gr. |
| 3.) Angestellte | 40 gr. |
| 4.) Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung | 20 gr. |

Fett

- | | |
|--|--------|
| 1.) Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben | 30 gr. |
| 2.) Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind | 15 gr. |
| 3.) Angestellte | 10 gr. |
| 4.) Kinder | 20 gr. |
| 5.) Nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung | 7 gr. |

Zucker

- | | |
|---|--------|
| 1.) Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben und Kinder | 25 gr. |
| 2.) Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind, sowie Angestellte | 20 gr. |
| 3.) Nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung | 15 gr. |

Kartoffeln

Für jeden Einwohner 400 gr.

13. Mai 1945.

Bohnenkaffee, Kaffee-Ersatz und echter Tee

- 1.) Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben: 100 gr. Bohnenkaffee, 100 gr. Kaffee-Ersatz und 20 gr. echten Tee im Monat.
- 2.) Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind, sowie Angestellte: 60 gr. Bohnenkaffee, 100 gr. Kaffee-Ersatz und 20 gr. echten Tee im Monat.
- 3.) Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung: 25 gr. Bohnenkaffee, 100 gr. Kaffee-Ersatz und 20 gr. echten Tee im Monat.

Salz

Für jeden Einwohner monatlich 400 gr.

*

Mengen und Form der Versorgung mit Milch, weißem Käse und anderen Milcherzeugnissen werden nachträglich bekanntgegeben.

*

Verdiente Gelehrte, Ingenieure, Ärzte, Kultur- und Kunstschaffende, sowie die leitenden Personen der Stadt- und Bezirksverwaltungen, der großen Industrie und Transportunternehmen erhalten die gleichen Lebensmittelrationen, die für Schwerarbeiter festgesetzt sind. Die Liste dieser Personen muß vom zuständigen Bürgermeister bestätigt werden.

Sonstige technische Angestellte in Betrieben und Unternehmen, Lehrer und Geistliche, erhalten die gleichen Lebensmittelrationen, die für Arbeiter festgesetzt sind.

*

Kranke in Krankenhäusern erhalten Verpflegung entsprechend den Sätzen, die für Arbeiter festgesetzt sind. Kranke, die besonderer Ernährung bedürfen, erhalten eine Sonderverpflegung entsprechend den Sätzen, die von der städtischen Abteilung für Gesundheitswesen festgesetzt sind.

*

Die Brotausgabe erfolgt täglich, wobei der Verbraucher das Recht hat, Brot für zwei Tage — und zwar für den Kalendertag und den nächsten Tag — zu erhalten.

Fleisch, Fett, Zucker, Nährmittel und Kartoffeln für den Monat Mai werden entsprechend den festgelegten Tagessätzen in zwei Zuteilungen ausgegeben:

erstmalig für die Zeit vom 15. Mai bis 21. Mai, d. h. für sieben Tage, und das zweite Mal für die Zeit vom 22. Mai bis 31. Mai, d. h. für zehn Tage.

Salz für die Zeit vom 20. bis 31. Mai wird in der Menge des festgelegten Monatsatzes ausgegeben.

Bohnenkaffee und echter Tee wird vom 25. bis 31. Mai ausgegeben, Kaffee-Ersatz vom 21. bis 31. Mai in der Menge des festgelegten Monatsatzes.

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten mit den neu festgelegten Sätzen an die gesamte Berliner Bevölkerung erfolgt spätestens am 14. Mai d. Js.

Bis zum 15. Mai erfolgt die Zuteilung der Lebensmittel, entsprechend den zeitweiligen Sätzen der früher an die Bevölkerung ausgegebenen Lebensmittelkarten, welche bis zum 14. Mai in Kraft bleiben.

STADTVERWALTUNG VON BERLIN

V/16 „An die Bevölkerung der Stadt Berlin“, Bekanntmachung der Stadtverwaltung über die Neufestsetzung der Lebensmittelrationen ab dem 15. Mai durch den sowjetischen Stadtkommandanten, 13. Mai 1945

| Продуктовая карточка для немцев | | | | | | | Для Взрослых Für Erwachsene | | | | | | | | | |
|---|--------------|--------------|-------------------|--------------|--------------|--------------|---|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| Lebensmittelkarte für Deutsche | | | | | | | Норма на чел. в день Tagesnorme pro Person | | | | | | | | | |
| На | | | месяц 1945 | | | | Хлеб — 200 гр | | Сахар — 40 гр | | | | | | | |
| für | | | Monat | | | | Брот — 200 гр | | Zucker — 10 гр | | | | | | | |
| Фамилия и о. Name und Vorname | | | | | | | Мясо — 25 гр | | Кофе — 2 гр | | | | | | | |
| При утере не возобновляется Verlorengegangene Karte wird nicht erstattet | | | | | | | Fleisch — 25 гр | | Kaffe — 2 гр | | | | | | | |
| | | | | | | | Картофель — 400 гр | | Соль — 40 гр | | | | | | | |
| | | | | | | | Kartoffeln — 400 gr | | Salz — 10 gr | | | | | | | |
| Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Мясо Fleisch | | |
| 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 250 | | |
| Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Соль Salz | Соль Salz | Соль Salz |
| 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 100 | 100 | 100 |
| Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Сахар Zucker | Сахар Zucker | Сахар Zucker |
| 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 100 | 100 | 100 |
| Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кофе Kaffe | N 1 | N 2 |
| 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 60 | | |
| Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Хлеб Brot | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | Кар- тофель Kartoffeln | N 3 | N 4 | N 5 |
| 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 200 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | 400 | | | |

V/15 Brot- und Lebensmittelkarte für die Berliner Bevölkerung für die erste Hälfte des Monats Mai nach der Festsetzung der Lebensmittelrationen vom 5. Mai 1945 durch den sowjetischen Stadtkommandanten, Mai 1945

| Stadtverwaltung von Berlin, Abteilung für Ernährung. | | | | | | | | | | |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|--|---------|---|---|--|--|
| Sonstige Bevölkerung | | | | | Sonstige Bevölkerung | | | | | |
| Броткарте vom 15. bis 31. Mai 1945 Tagesration: 300 gr | | | | | Lebensmittelkarte vom 15. bis 31. Mai 1945 Tagesration pro Person | | | | | |
| Name: | | | | | Fleisch 20 gr / Fett 7 gr / Nahrungsmittel 30 gr Kartoffeln 400 gr / Zucker 15 gr | | | | | |
| Vorname: | | | | | Monatsration | | | | | |
| Wohnort: | | | | | Salz 400 gr / Bohnen-Kaffee 25 gr / Kaffee-Ersatz 100 gr echter Tee 20 gr | | | | | |
| 31. Mai 1945 | | | | | Name: | | | | | |
| Straße: | | | | | Vorname: | | | | | |
| Nr. | | | | | Wohnort: | | | | | |
| Bei Verlust der Karte erfolgt kein Ersatz. | | | | | Straße: | | | | | |
| | | | | | Nr. | | | | | |
| | | | | | Bei Verlust der Karte erfolgt kein Ersatz. | | | | | |
| 31. Mai 1945 | 27. Mai 1945 | 28. Mai 1945 | 29. Mai 1945 | 30. Mai 1945 | Kartoffeln | Salz | echter Tee | Sonstige Bevölkerung Voranmeldeschein Lebensmittel vom 15. bis 31. Mai 1945 | | |
| 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | 4000 gr | 400 gr | 20 gr | | | |
| 23. Mai 1945 | 24. Mai 1945 | 25. Mai 1945 | 26. Mai 1945 | Nahrungsmittel | Fett | Zucker | Sonstige Bevölkerung Voranmeldeschein Брот vom 15. bis 31. Mai 1945 | | | |
| 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | 300 gr | 70 gr | 155 gr | | | | |
| 19. Mai 1945 | 20. Mai 1945 | 21. Mai 1945 | 22. Mai 1945 | Zucker | Kartoffeln | Fleisch | | | | |
| 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | 100 gr | 2800 gr | 200 gr | | | | |
| 15. Mai 1945 | 16. Mai 1945 | 17. Mai 1945 | 18. Mai 1945 | Fleisch | Nahrungsmittel | Fett | | | | |
| 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | Брот 300 gr | 140 gr | 210 gr | 50 gr | | | | |

V/17/5 Brot- und Lebensmittelkarte für die sonstige Bevölkerung für die zweite Hälfte des Monats Mai 1945



V/8 In offenen Güterwagen fahren die Berlinerinnen und Berliner zum „Hamstern“ in das Berliner Umland, 1946



V/9 Razzia auf dem Schwarzen Markt am Reichstag, im Hintergrund das sowjetische Ehrenmal im Tiergarten, März 1946



V/10 Razzia auf dem Schwarzen Markt in der Ebertstraße, im Hintergrund das Haus des Vereins Deutscher Ingenieure, März 1946



V/11 Schwarzer Markt in der Ebertstraße am Brandenburger Tor, im Hintergrund rechts die Rückfront des stark zerstörten Liebermann-Hauses, 1946

gef. 2.5.46
107. ✓

Preise des "Schwarz-Marktes"
Preise für jede Einheit in Reichsmark

Gültig für April

| Bezeichnung | Gewichtseinheit | Preis RM |
|---|-----------------|--------------|
| <u>Lebensmittel</u> | | |
| <u>Brot</u> | | |
| Weissbrot | kg | 70.- |
| Schwarzbrot | kg | 70.- |
| <u>Milchprodukte:</u> | | |
| Milch | 1 Bichse | 100.- |
| Quark | kg | 40.- |
| <u>Fette:</u> | | |
| Butter | kg | 800.- |
| Margarine | kg | 400.- |
| Sonnenblumenöl | Ltr | 300.- |
| Leinöl | Ltr | 400.- |
| Speck | Kg | 1000.- |
| <u>Fische:</u> | | |
| Heringe | kg | 40.- |
| <u>Kolonialwaren:</u> | | |
| Weisses Mehl | kg | 60.- |
| Roggenmehl | kg | 40.- |
| Stückzucker | kg | 160.- |
| Feiner Zucker | kg | 160.- |
| <u>Fleisch:</u> | | |
| Rindfleisch | kg | 160.- |
| Schweinefleisch | kg | 300.- |
| Pfeidefleisch 1 | kg | 150.- |
| <u>Gemüse:</u> | | |
| Kartoffeln | kg | 14.- |
| <u>Tabakerzeugnisse:</u> | | |
| Zigarren | Stck. | 30.-bis 50.- |
| Zigaretten | Stck. | 7.-bis 13.- |
| Tabak | kg | 1000.- |
| Streichhölzer | Päckch. | 6.- |
| <u>Wein und Schnaps:</u> | | |
| Tischweine | Ltr. | 300.- |
| Likör | Ltr. | 500.- |
| Schnaps | Ltr. | 475.- |
| <u>Industrie-Erzeugnisse:</u> | | |
| <u>Kupon für Damenkleid oder Herrenanzug:</u> | | |
| Baumwolle | St. | 1000.- |
| Wolle, grob | St. | 2000.- |
| Wolle | St. | 3000.- |
| Halbwolle | St. | 2000.- |
| <u>Kupon für Kleider:</u> | | |
| Baumwolle | St. | 1000.- |
| Wolle, grob | St. | 2000.- |
| Wolle | St. | 3000.- |
| Seide | St. | 2500.- |
| Samt | St. | 3000.- |

V/23 Aufstellung der im Monat April 1946 gängigen Preise auf dem Schwarzen Markt, Mai 1946

VI Das Gesundheitswesen

VI/1

Behelfs Krankenhaus des Robert-Koch-Krankenhauses im Zoo-Bunker, Flakmunition lagert neben dem Eingang

1945

Aufnahme: Erich Otto Krueger

LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 13, Nr. 612

VI/2

Zum Krankenwagen umgebautes Elektro-Auto der Firma Bolle vor dem Behelfs Krankenhaus im Zoo-Bunker

1945

Aufnahme: Erich Otto Krueger

LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 13, Nr. 626

VI/3

Operationssaal in der Behelfsabteilung des Robert-Koch-Krankenhauses im Zoo-Bunker

1946

Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Nr. 1801/46

VI/4

Diphtherie-Schutzimpfung der Kinder im Gesundheitsamt Weißensee

Dezember 1946

Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Nr. 112/47 (Filmnr. 17, Mappe 4)

VI/5

Städtische Wärmehalle für ältere Menschen im strengen zweiten Nachkriegswinter

Winter 1946/47

Aufnahme: Erich Otto Krueger

LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 34113

VI/6

In dem strengen Winter 1946/47 wurden in allen Stadtteilen städtische Wärmehallen für ältere Menschen eingerichtet, um ihnen die Möglichkeit des Aufwärmens zu geben

Winter 1946/47

Aufnahme: Erich Otto Krueger

LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 34225

VI/7

Vom Hunger- und Erfrierungstod bedrohte Berliner in im Behelfs Krankenhaus im Zoo-Bunker während des besonders kalten zweiten Nachkriegswinters

Winter 1946/47

Aufnahme: Piontkowski, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Nr. 496/47

VI/8

„Bekanntmachung. Pockenschutzimpfung für Säuglinge und Kleinkinder.“

Schöneberg-Friedenau, 4. September 1945

Plakat

LAB, F Rep. 280, Nr. 5671

VI/9

„Anordnung zum Selbstschutz der gesamten Bevölkerung vor Typhusgefahr“

Bekanntmachung des Gesundheitsamtes Prenzlauer Berg über die Gesundheitspass-Pflicht für Flüchtlinge und Vertriebene

Prenzlauer Berg, 12. September 1945

Plakat

LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 484

VI/10

„Achtung! Achtung! Seuchengefahr!“

Warnung des Gesundheitsamtes Köpenick vor der Übertragung des Fleckfiebers durch die Kleiderlaus Köpenick, Januar 1946

LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 495

VI/11

Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (45) 165 über die Absetzung von Prof. Dr. Ferdinand

(Ernst) Sauerbruch als Leiter des Hauptgesundheitsamtes „wegen seiner politischen Tätigkeit unter dem Nazi-Regime“. Eine Tätigkeit als Chirurg in der Charité wird ihm weiterhin gestattet

12. Oktober 1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 12313

VI/12

„Nothilfe“

Bekanntmachung des Bürgermeisters von Zehlendorf über die sofortige Meldepflicht von Personen, bei denen Erfrierungsgefahr besteht, sowie der Adressen von im Bezirk eingerichteten Wärmehallen

Zehlendorf, 18. Februar 1947

LAB, F Rep. 280, Nr. 1407

Anordnung

zum Selbstschutz der gesamten Bevölkerung vor Typhusgefahr

Zu den ansteckungsverdächtigen Personen im Sinne des Seuchengesetzes müssen die Ausgewiesenen und Flüchtlinge gerechnet werden. Nach den bisher ergangenen Anweisungen darf

kein Flüchtling ohne Gesundheitspaß

ein Haus betreten oder dort Unterkunft finden. Der Haushaltungsvorstand, der trotz dieser Anordnung noch Flüchtlinge ohne Gesundheitspaß beherbergt, wird bestraft. Die Haus-Gesundheitspflegerinnen und Hausobleute müssen in diesem Sinne sofort Anzeige beim zuständigen Polizeirevier erstatten.

Berlin, den 12. September 1945

Gesundheitsamt Prenzlauer Berg

gez. Dr. Schäfer
Leitender Amtsarzt

Das Arztrevier, das den Gesundheitspaß ausfertigt, befindet sich:

Nordmarkstraße 15

VI/9 „Anordnung zum Selbstschutz der gesamten Bevölkerung vor Typhusgefahr“, Bekanntmachung des Gesundheitsamtes Prenzlauer Berg über die Gesundheitspass-Pflicht für Flüchtlinge und Vertriebene, 12. September 1945



VI/1 Behelfskrankenhaus des Robert-Koch-Krankenhauses im Zoo-Bunker, Flakmunition lagert neben dem Eingang, 1945



VI/2 Zum Krankenwagen umgebautes Elektro-Auto der Firma Bolle vor dem Behelfskrankenhaus im Zoo-Bunker, 1945

Sept. 1945

Zeitungs-Sammlung
Sta.-Ort. Nr. 5671

Bekanntmachung.

Pockenschutzimpfung für Säuglinge und Kleinkinder.

Die Pockenschutzimpfung für Säuglinge und Kleinkinder in der

Säuglings-Fürsorgestelle Schöneberg-Friedenau (Neues Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz, Zimmer 23)

wird für den Bezirk Schöneberg-Friedenau am Dienstag, dem 4. September, Mittwoch, dem 5. September und Freitag, dem 7. September 1945 in der Zeit von 10 bis 13 Uhr, zu Ende geführt.

Stadt Berlin

Bezirksamt Schöneberg-Friedenau
Gesundheitsamt

Der leitende Amtsarzt: **Dr. Emanuel**

VI/8 „Bekanntmachung. Pockenschutzimpfung für Säuglinge und Kleinkinder“, Schöneberg-Friedenau, 4. September 1945

Bezirksgesundheitsamt
Köpenick



Achtung! **Achtung!**

Seuchengefahr!

In Berlin sind jetzt die ersten Fleckfiebererkrankungen aufgetreten. Fleckfieber ist der furchtbarste Begleiter des Krieges und seiner Folgen. Hunderttausende von Opfern forderte diese „Gottesgift“ in früheren Zeiten. Die Menschen fanden ihr Billos gegenüber, da sie ihre Ursache nicht kannten.

Endlich ist es der Wissenschaft gelungen, die Kleiderlaus als den Überträger des Fleckfiebers festzustellen. Dabei folgende Erkenntnis:

Ohne Laus kein Fleckfieber!

Durch die Heimkehr der Kriegsgefangenen, durch den Flüchtlingsstrom, durch die enge Verbundung der Menschen in den Verkehrsmitteln und den derzeitigen Mangel an Seife usw. ist die Verlaugung der Berliner Bevölkerung in gefahr-drohender Weise angefallen. Deshalb:

Töte die Laus, sonst tötet sie Dich!

Radikale Entlausung findet an Wochentagen von 8 bis 16 Uhr (Sonnabend von 8 bis 12 Uhr) in der

Entweijungsanstalt Berlin-Köpenick, Lindenstraße 35
statt.

Kommt und laßt Euch entlausen. Ihr schützt dadurch Euch und Eure Familie vor dieser furchtbaren Seuche.

Der leitende Amtsarzt
ges. Dr. Glinz

Dr. Dr. Glinz, 148
Köpenicker Str. 35

VI/10 „Achtung! Achtung! Seuchengefahr!“ Warnung des Gesundheitsamtes Köpenick vor der Übertragung des Fleckfiebers durch die Kleiderlaus, Januar 1946



VI/4 Diphtherie-Schutzimpfung der Kinder im Gesundheitsamt Weißensee, Dezember 1946



VI/7 Vom Hunger- und Erfrierungstod bedrohte Berliner in im Behelfskrankenhaus im Zoo-Bunker während des besonders kalten zweiten Nachkriegswinters 1946/47

*St. 5 — erhalten sind 4 davon von
sind im Rathaus (Lt Frau
Stapke) am 10. 2. 47 angeklebt.
Der Bote Peter ist beauftragt gewesen,
die Plakate anzukleben.*

NOTHILFE

18. 2. 47.

Bei Erfrierungsgefahren einzelner Personen müssen Meldungen sofort den im Sozialamt eingerichteten Notdienst — 84 32 81, App. 386 — und 80 62 93 oder bei der Bezirksstelle Zehlendorf des freiwilligen Hilfs- und Sanitätsdienstes, Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 87 (Gebäude des Materialprüfungsamtes), früher Rotes Kreuz, gemacht werden — Telefon: 76 14 54. Das Bezirksamt hat Wagen zum Abtransport zur Verfügung gestellt. Wagenanruf beim Sozialamt Zehlendorf. Da, wo ein Abtransport nicht möglich ist, wird zu den Betreffenden eine warme Mahlzeit durch die Bezirksstelle des freiwilligen Hilfs- und Sanitätsdienstes gebracht werden. Grundsätzlich sollen Personen, bei denen eine Erfrierungsgefahr besteht, am Tage in die Wärmehalle gebracht werden. Bei größerer Gefahr werden die Betroffenen nachts in den Räumen des Ratskellers untergebracht unter Betreuung des Sozialamtes und des freiwilligen Hilfs- und Sanitätsdienstes.

Zellgesch. Sammlung
Sta.-Ort Nr. 1407

Nachstehend werden noch einmal die Wärmehallen aufgeführt:

| | |
|---|---|
| Alter Krug | Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Straße (U-Bahn Dahlem-Dorf) |
| Haus der SED | Berlin-Nikolassee, Prinz-Friedrich- Leopold-Straße 4 |
| Gemeindehaus Nikolassee | Berlin-Nikolassee, Kirchweg 19 |
| Gemeindehaus Bethke | Berlin-Zehlendorf, Teichstraße Berlin-Zehlendorf, Mittelstraße 11 |
| Sporthalle | Berlin-Zehlendorf, Siebenendenweg, Turnerheim |
| Hannemann Gemeindehaus Schlachtensee | Berlin-Wannsee, Chausseestraße 45 Berlin-Schlachtensee, Dubrowplatz |
| Gemeindehaus Bezirksstelle des freiwilligen Hilfs- u. Sani- tätsdienstes Baracke in der Teichstraße | Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 4/8 Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 87 (Gebäude des Materialprüfungsamtes) |

In der letztgenannten Wärmehalle Unter den Eichen 87 wird eine warme Mahlzeit verabfolgt.

Berlin-Zehlendorf, den 18. Februar 1947.

Der Bürgermeister:
Dr. Wittgenstein.

VI/12 „Nothilfe“, Bekanntmachung des Bürgermeisters von Zehlendorf über die sofortige Meldepflicht von Personen, bei denen Erfrierungsgefahr besteht, sowie der Adressen von im Bezirk eingerichteten Wärmehallen, 18. Februar 1947



VI/5 Städtische Wärmehalle für ältere Menschen im strengen zweiten Nachkriegswinter 1946/47



VI/6 In dem strengen Winter 1946/47 wurden in allen Stadtteilen städtische Wärmehallen für ältere Menschen eingerichtet, um ihnen die Möglichkeit des Aufwärmens zu geben, Winter 1946/47

VII Die Wohnverhältnisse

VII/1

Wohnhaus mit eingestürzter Seitenwand, die nun offenen früheren Wohnräume werden zu Balkonen bzw. Kleingärten umfunktioniert
1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK, Nr. 324471

VII/2

Notbalkon in einer Hausruine
1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK, Nr. 20517

VII/3

Wohnbaracke im Kriegsheimkehrer- und Flüchtlingslager Ruschestraße 32-34 in Lichtenberg
Januar 1947
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 110/47 (Filmmr. 36, Mappe 4)

VII/4

Nissenhütten an der Wullenweberstraße im Bezirk Tiergarten
1949
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 20, Nr. 51011

VII/5

Nissenhütten im Bezirk Tiergarten
Januar 1947
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 645/47 (Filmmr. 6, Mappe 4)

VII/6

„Der Wedding baut auf – ½ Jahr antifaschistischer Wiederaufbau!“
Ausstellung vom 17. bis 25. November 1945 im Osrarnhaus, Oudenarder Straße
November 1945
Plakat
LAB F Rep. 280, Nr. 1360

VII/7

„Achtung!“
Aufruf des Arbeitsausschusses des antifaschistischen demokratischen Blocks an die Bevölkerung von Moabit die aus den Ostgebieten eintreffenden rund 10 000 Flüchtlinge und Vertriebene vorübergehend in ihren Wohnungen aufzunehmen
Tiergarten, Juli 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 591

VII/8

Anweisung des Stadtrates Prof. Scharoun, Leiter der Abt. Bau- und Wohnungswesen des Magistrats, über die Winterfestmachung der Wohnungen, Kranken-

häuser und Schulen sowie das Verbot des weiteren Ausbaus von Läden, Restaurants und Vergnügungsstätten
Berlin, 6. September 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 3451

VII/9

Beschlagnahme von unterbelegtem möbliertem Wohnraum und Einweisung von ausgebombten Familien
Kreuzberg, 11. September 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 2465



VII/1 Wohnhaus mit eingestürzter Seitenwand, 1946



VII/2 Notbalkon in einer Hausruine, 1946



VII/3 Wohnbaracke im Kriegsheimkehrer- und Flüchtlingslager Ruschestraße 32-34 in Lichtenberg, Januar 1947



VII/5 Nissenhütten im Bezirk Tiergarten, Januar 1947



VII/4 Nissenhütten an der Wullenweberstraße im Bezirk Tiergarten, 1949

Stadl Berlin
Bezirksamt Kreuzberg
Wohnungsamt

Geschäftszeichen: 1047
(Bei allen Schreiben ist die Angabe des Geschäftszeichens notwendig)
unter Verbleib

Berlin SW 61, den 11.9. 1945
Großbeerenstraße 17
Postanschrift: Vorkstraße 10-11
Fernsprecher: *Dieser Schein hat noch Gültigkeit. 12.10.45. Lawisch.*

An
Herrn - Frau - Fräulein [redacted]
(Name des Wohnungs- und Gewerbraumhalters)

Berlin P. 77
Katzenbach Straße Nr. [redacted]

Beschlagnahme und Einweisung
(für unterbelegte Wohnräume, auch im Zusammenhang mit gewerblichen Räumen).

Auf Grund der Verordnung des Magistrats der Stadt Berlin über die Bewirtschaftung der Wohn- und gewerblichen Räume vom 18. 6. 1945 wird die ~~uns-als-nicht-belegte-gemeldete-Wohnung~~ *unterbelegte* ~~Wohnung~~ *im Zusammenhang mit den gewerblichen Räumen* ~~des Inhabers~~ *in* Katzenbach Straße Nr. [redacted] im Hause Berlin S 77 (genaue Lage) hiermit beschlagnahmt.

Zugleich wird in die beschlagnahmten Räume hiermit Herr - Frau [redacted] (Vor- und Zuname) [redacted] z. Z. in Berlin P. 77 Belle Alliance Straße Nr. [redacted] bei [redacted] wohnend, mit 2 Personen eingewiesen. Küchenbenutzung ist zu gestatten. Die Einweisung gilt bis zur anderweitigen Unterbringung des - der Eingewiesenen. Das Recht zum Abschluß eines Mietvertrages ist hierdurch nicht gegeben.

Die Einweisung berechtigt den Eingewiesenen, die bezeichneten Räume in Besitz zu nehmen und verpflichtet ihn, ab Bereitstellung der Räume, zur Mietzahlung.

Wird dem Eingewiesenen die Inbesitznahme der ihm zugewiesenen Räume verweigert, so erfolgt seine Einweisung im Wege des polizeilichen Zwangsverfahrens unter Auferlegung der dadurch entstehenden Kosten gegen denjenigen, der die Inbesitznahme der Räume verhindert.

*) Nichtzutreffendes streichen. Bitte wenden!

VII/9 Beschlagnahme von unterbelegtem möbliertem Wohnraum und Einweisung von ausgebombten Familien, 11. September 1945



VII/6 „Der Wedding baut auf – ½ Jahr antifaschistischer Wiederaufbau!“ Ausstellung vom 17. bis 25. November 1945 im Osramhaus, Oudenarder Straße, November 1945

VIII Entrümmerung und beginnender Wiederaufbau

VIII/1

Am Berliner Rathaus
1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Entrümmerung,
Nr. 11795

VIII/2

Am Berliner Dom
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 8, Nr. 27061

VIII/3

Oberbürgermeister Dr. Werner im Gespräch mit
Trümmerfrauen
1946
LAB, E Rep. 300-09, Nr. 129/11

VIII/4

Schönhauser Allee 116
19. Juli 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Entrümmerung,
Nr. 12215

VIII/5

Am Lützwopplatz
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 8, Nr. 25133

VIII/6

Am ehemaligen Lessing-Theater Friedrich-Karl-Ufer
(Kapelle-Ufer)
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 8, Nr. 23533

VIII/7

Am Bahnhof Friedrichstraße
1949
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 8, Nr. 52443

VIII/8

Trümmerschuttverladung an der Weidendammer
Brücke
1949
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 8, Nr. 53324

VIII/9

Trümmerfrauen beim Steineklöpfen
1946
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Entrümm., Nr. 20371

VIII/10

Trümmerbeseitigung in Charlottenburg
1946
Aufnahme: Goldbach, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 1594/46 (Filmnr. 27, Mappe 1)

VIII/11

Trümmerbeseitigung in der Schönhauser Allee
Juli 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 41/45 (Filmnr. 32, Mappe 1)

VIII/12–15

Trümmerfrauen bei der Arbeit
1946/47
Aufnahmen: Goldbach, Magistratsbildstelle
(Nr. 12); Erich Otto Krueger (Nr. 13-15)
LAB, F Rep. 290, Nr. 759/46 (Filmnr. 6, Mappe 1);
F Rep. 290-02-01, SG. 8, Nr. 25132, 38434 und
38433

VIII/16

„Heimkehrer aus Berlin. Eure Heimatstadt weist
euch den Weg zu einer neuen Lebensgrundlage.
Umschulung – Berufsberatung – Arbeitsvermittlung.
Arbeitet mit am Wiederaufbau eurer Hei-matstadt“
Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Arbeit,
1948
Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 579, Nr. 144

VIII/17

Bekanntmachung des Bürgermeisters von Tiergarten
über die vom sowjetischen Stadtkommandanten
befohlene Beseitigung sämtlicher Barrikaden
(Panzersperren)
Tiergarten, 29. Mai 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 523

VIII/18

Bekanntmachung Nr. 6 über die Abgabepflicht von
einem Spaten und einer Schippe aus dem Bestand
der Luftschutzgeräte durch jede Hausgemeinschaft
Polizeiinspektion Tiergarten, 9. Juni 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 459

VIII/19

„Aufruf!“
Bekanntmachung über die ab 1. August 1945
gültige tägliche Meldepflicht der arbeitssuchen-
den männlichen Bevölkerung
Arbeitsamt Spandau, 31. Juli 1945
Plakat
LAB, F Rep. 280, Nr. 5675

VIII/20

„Auf Befehl der Militärregierung gebe ich bekannt:“
Bekanntmachung des Bürgermeisters von Zehlen-
dorf über die sofortige Meldepflicht aller ehema-
ligen Mitglieder der NSDAP, SS und SA im Alter von
18 bis 60 Jahren beim Arbeitsamt
Zehendorf, 30. Oktober 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 1350

VIII/21

Bekanntmachung über die Meldepflicht aller in
keinem festen Arbeitsverhältnis stehenden Männer
im Alter von 15 – 65 Jahren und Frauen im Alter
von 15 – 60 Jahren sowie die Ausgabe von Ausweis-
karten, die zum Bezug der Lebensmittelkarten
berechtigen
Bezirksarbeitsamt Prenzlauer Berg, 30. August 1945
Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 483

Bekanntmachung

für den Verwaltungsbezirk Tiergarten.

1. Der Stadtkommandant von Groß-Berlin verlangt, daß **sämtliche Barrikaden (Panzersperren) bis zum 1. Juni 1945 restlos beseitigt sind.**

Die Räumungsarbeiten sind daher von den Bewohnern der in Frage kommenden Straßen beschleunigt durchzuführen.

Soweit die Bewohner einer Straße zur Erledigung der Arbeiten nicht ausreichen, haben sich die Bewohner der benachbarten Straßen an den Arbeiten zu beteiligen.

Die Vertrauensleute der Häuser sind dafür verantwortlich, daß jedes Haus sämtliche arbeitsfähige Kräfte zur Verfügung stellt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Arbeiten in dem südlich des Tiergarten liegenden Teil des Bezirks besonders gefördert werden müssen, da dort der Abbau der Sperren noch stark im Rückstand ist.

2. Sämtliche Bewohner der Häuser haben sich in Gemeinschaft mit den Hauswarten an der täglichen Reinigung der Straßen zunächst vor ihren Häusern (Fahrdamm und Bürgersteig) zu beteiligen.

Die leichten Reinigungsarbeiten müssen auch besonders von den sonst nicht voll arbeitsfähigen Kräften ausgeführt werden.

Für die Sauberhaltung des ganzen Straßenzuges, auch vor den Ruinen, treffen die Vertrauensleute entsprechende Vereinbarungen.

3. Die Hauswarte tragen auf Verlangen des Militär-Kommandanten ab sofort im Hause und bei den Reinigungsarbeiten eine weiße Binde mit der Aufschrift „HAUSWART“

Berlin, den 29. Mai 1945.

Der Bezirksbürgermeister
des Verwaltungsbezirks Tiergarten.
i. V. gez.: **Haupt**



VIII/1 Am Berliner Rathaus, 1946



VIII/2 Am Berliner Dom, 1946



VIII/4 Schönhauser Allee 116, 19. Juli 1945



VIII/3 Oberbürgermeister Dr. Werner im Gespräch mit Trümmerfrauen, 1946



VIII/5 Am Lützowplatz, 1946



VIII/6 Am ehemaligen Lessing-Theater Friedrich-Karl-Ufer (Kapelle-Ufer), 1946

Auf Befehl der Militärregierung gebe ich bekannt:

Alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, SS und SA im Alter von 18 bis 60 Jahren haben sich sofort wegen anderweitigen Arbeitseinsatzes beim Arbeitsamt zu melden. Die Nichtbefolgung dieses Befehls wird entsprechend bestraft.

Berlin-Jehlendorf, Den 30. Oktober 1945

Der Bürgermeister
Dr. Wittgenstein

VIII/20 „Auf Befehl der Militärregierung gebe ich bekannt.“ Bekanntmachung des Bürgermeisters von Jehlendorf über die sofortige Meldepflicht aller ehemaligen Mitglieder der NSDAP, SS und SA im Alter von 18 bis 60 Jahren beim Arbeitsamt, 30. Oktober 1945

Bekanntmachung

Die Zerstörung des privaten und wirtschaftlichen Lebens der Stadt Berlin ist bereits groß, fast jeder Berliner, ob männlich oder weiblich, an dem Mangelerscheinungen leiden muß.
Aus diesem Anlaß wird auf Grund der Entscheidung über die Meldepflicht der in Berlin ständig anwesenden Bevölkerung

Männer im Alter von 15 – 65 Jahren
Frauen im Alter von 15 – 50 Jahren

für alle nicht in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden Personen eine

Meldekontrolle

angeordnet.

Dieser Meldekontrolle befreit sind Personen, welche

1. in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. Diese müssen im Besitz eines Arbeitsbuches oder einer Arbeitsbuch-Erweiterkarte sein mit dem Angaben des Arbeitgebers über Art der Beschäftigung und Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie dem Stellenmerk des Arbeitgebers.
2. in einem Dienstverhältnis von längerer Dauer stehen. Diese sind den unter Ziffer 1 genannten Arbeitsverhältnissen gleichgestellt.
3. in einem nicht festgelegten Arbeitsverhältnis stehen für die Tage, an denen sie in Arbeit sind. Diese Personen müssen jedoch neben dem Arbeitsbuch oder der Arbeitsbuch-Erweiterkarte im Besitz der Hausweiskarte und der Meldekarte für den Arbeitsbereich sein.

Die obere Befreiung von der Meldepflicht erfolgt aus Besondereinstimmung.

Sie die Durchführung der Meldekontrolle werden vom Bezirksarbeitsamt

Ausweiskarten

ausgegeben.

Jede nicht unter Ziffer 1–3 genannte Person muß im Besitz der Hausweiskarte sein und an der Kontrolle teilnehmen. Die Teilnahme an der Kontrolle erfolgt durch Filzstempeln und gilt als Hinweis gegenüber dem Hausbesitzer für den Bezug der Lebensmittelkarten, ferner zur Sicherung der Arbeitsbeschäftigung des Inhabers und sonstigen Kontrollen.

Die Abgabe des Kontrolltempels erfolgt in den Räumen des Bezirksarbeitsamtes

Greifswalder Straße 212/213 3 Treppen

ab Montag, dem 3. September 1945

nach Besondereinstimmung zu den festgelegten Zeiten und muß jeder Meldepflichtige mindestens einmal wöchentlich an der Kontrolle teilnehmen:

| Zeit | Montag | Dienstag | Mittwoch | Donnerstag | Freitag | Sonntags |
|---------------|--------|----------|----------|------------|---------|------------|
| 7.30 – 9.30 | A | So-Si | J | Ma | Re-Rh | Sp-Si |
| 9.30 – 11.00 | Be-Be | St-Sy | Ro-Ri | Me-Mi | Ri-Ry | T |
| 11.00 – 12.00 | Bl-Bi | Gu-Gi | St-M | Me-Mi | Si-Si | U u. U |
| 12.30 – 13.00 | Do-De | Et-Ey | He | He | Si-Sy | Wa, Wo, We |
| 13.00 – 14.00 | Bu-Bj | Ha | He | O | St-Si | Wa |
| 14.00 – 15.00 | C-Di | He | Ro-Lo | Da-De | St-Si | Wa |
| 15.00 – 16.00 | Do-Eb | Hi-Ho | Le-Li | Di-Do | St-Si | Wa |
| 16.00 – 17.00 | Et-Ey | Hi-Hj | Lo-Ly | Di-Do | St-Si | Wa |

Stadt Berlin
Bezirksamt Prenzlauer Berg
Bezirksarbeitsamt

Berlin, den 30. August 1945

VIII/21 Bekanntmachung über die Meldepflicht aller in keinem festen Arbeitsverhältnis stehenden Männer im Alter von 15 – 65 Jahren und Frauen im Alter von 15 – 60 Jahren sowie die Ausgabe von Ausweiskarten, die zum Bezug der Lebensmittelkarten berechtigen, 30. August 1945



VIII/10 Trümmerbeseitigung in Charlottenburg, 1946



VIII/11 Trümmerfrauen bei der Arbeit, 1946/47



VIII/13+14 Trümmerfrauen bei der Arbeit, 1946/47

**HEIMKEHRER
AUS BERLIN**

**EURE HEIMATSTADT
WEIST EUCH DEN
WEG
ZU EINER NEUEN
LEBENSGRUNDLAGE**

**UMSCHULUNG
BERUFSBERATUNG
ARBEITSVERMITTLUNG**
Auskunft erteilt Euer Bezirksarbeitsamt

Arbeitet mit
AM WIEDERAUFBAU EURER HEIMATSTADT
MAGISTRAT VON GROß-BERLIN, ABT. FÜR ARBEIT

Schwerdtner

VIII/16 „Heimkehrer aus Berlin. Eure Heimatstadt weist euch den Weg zu einer neuen Lebensgrundlage. Umschulung – Berufsberatung – Arbeitsvermittlung. Arbeitet mit am Wiederaufbau eurer Heimatstadt“, 1948

IX Der Verkehr

IX/1

Eröffnung der direkten Zugverbindung Moskau – Berlin
Begrüßung der Gäste durch den stellvertretenden Oberbürgermeister Maron, Oberbürgermeister Dr. Werner und den stellvertretenden sowjetischen Stadtkommandanten Generalmajor Barinow (von links) auf dem Schlesischen Bahnhof (Ostbahnhof)
28. Juni 1945
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 412379 (Nr. 8/45, Filmnr. 20, Mappe 1)

IX/2

Einsatz von Fährbooten an Stelle des gesprengten Borsigsteges, im Hintergrund Ruinen am Holsteiner Ufer im zerstörten Hansa-Viertel
1945
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 122

IX/3

Regelverkehr am U-Bahn-Eingang zu den wieder in Betrieb genommenen Linien am Alexanderplatz, der auch bekannter Treffpunkt für den Schwarzhandel war, im Hintergrund die Ruine des Warenhauses Hermann Tietz
26. Juli 1945
Aufnahme: Rose-Marie Kriegel, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 201/45 (Filmnr. 38, Mappe 1)

IX/4

Straßenbahn mit verpappten Fenstern der Linie 21 auf dem Potsdamer Platz
Die Linie 21 verkehrte zu dieser Zeit von Moabit, Wiebestraße, bis Hallesches Tor, im Hintergrund links die Bellevuestraße und rechts das teilzerstörte Columbushaus mit dem Provisorium des am Leipziger Platz zerstörten Warenhauses A. Wertheim
1947
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 24 Mit, Nr. 20382

IX/5

Doppeldeck-Omnibus mit teilweise verpappten Fenstern an der berühmten Kreuzung Unter den Linden Ecke Friedrichstraße, im Hintergrund die Ruine des Café Victoria
1947
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 24 RBau, Nr. 277321

IX/6

Auf „Hamsterfahrt“ befindliche Berlinerinnen und Berliner besteigen provisorisch instandgesetzte Wagen der Straßenbahnlinie 28, die von Bahnhof Gesundbrunnen bis Tegelort fuhr

1948

Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Versorgung/Hamsterer, Nr. 6917

IX/7

Kontrolle eines mit Holzfeuerung betriebenen Pkw durch die Polizei
Die Kfz-Kennzeichnung mit BG (russ. Berlin Gorod = Stadt Berlin) war ab 15. August 1945 Pflicht
September 1946
Aufnahme: Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 2 Pol Allgemeines, Nr. 90004

IX/8

Verkehrsplan der BVG und Stand der Brückenübergänge in Berlin
25. August 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 3017

IX/9

Verkehrsverbindungen der BVG
12. Juli 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 1327/1

IX/10

Befehl der Alliierten Kommandantur BK/O (45) 136 über die technische Aufsicht der Abteilung für städtischen Verkehr des Magistrats über Straßenbahnen und U-Bahnen
28. September 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 12291

IX/11

Berliner Brücken-Plan. Verkehrszustand aller Spree-, Landwehrkanal- und Teltowkanal-Brücken
21. Januar 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 5651

IX/12

Kfz-Führerschein-Muster und Fahrberechtigungs- ausweis für Sonn- und Feiertage
April 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 5383 und 5384

IX/13

„Der Zehlendorfer Plan. Ein Vorschlag für die Neuordnung des Verkehrs beim Wiederaufbau Berlins“
Am 16. April 1946 legte die Außenstelle Zehlendorf des Hauptamts für Planung die Entwürfe dem Bauwirtschaftsausschuss der Stadt Berlin vor. Im Juni wurden die Pläne in Zehlendorf öffentlich ausgestellt und im September 1946 wurde der Gesamtverkehrsplan in der Ausstellung „Berlin plant“ im Berliner Schloss gezeigt
Druckhaus Tempelhof, 1947
LAB, F Rep. 280, Nr. 5198



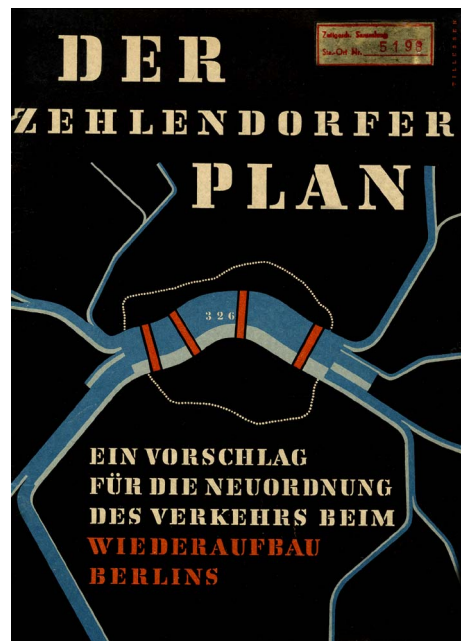
IX/1 Eröffnung der direkten Zugverbindung Moskau – Berlin, Begrüßung der Gäste durch den stellv. OB Maron, OB Dr. Werner und den stellv. sowjetischen Stadtkommandanten Generalmajor Barinow (von links) auf dem Schlesischen Bahnhof (Ostbahnhof), 28. Juni 1945



IX/5 Doppeldeck-Omnibus mit teilweise verpappten Fenstern an der berühmten Kreuzung Unter den Linden Ecke Friedrichstraße, im Hintergrund die Ruine des Café Victoria, 1947



IX/8 Verkehrsplan der BVG und Stand der Brückenübergänge in Berlin, 25. August 1945



IX/13 „Der Zehlendorfer Plan. Ein Vorschlag für die Neuordnung des Verkehrs beim Wiederaufbau Berlins“, 1947



Verkehrsverbindungen der BVG

Stand am 12. Juli 1945

Zeitgesch. Sammlung
Sta.-Ort Nr. 1327

I. Straßenbahn

- Linie 4:** (als Omnibus) **Schlesisches Tor** über Bernauer Str. und Gartenstr. bis **Stettiner Bahnhof**
Linie 5: (als Omnibus) **Treptow**, Elsenstr. bis **Neukölln**, Hermannplatz
Linie 6: **Neukölln**, Rudower Str. (Teltowkanal) bis **Britz**, Gradestr. (Straßenbahnhof)
Linie 8: (als Omnibus) **Moabit**, Waldstr. über Beusselstr. bis **Müllerstr.** Ecke Seestr.
Linie 21: **Moabit**, Wiebestr. bis **Werftstr.**
Linie 23: **Rosenthal**, Nordgraben bis **Badstr.** Ecke Pankstr.
Linie 25: **Tegel**, Alt-Tegel bis **Togostr.**
Linie 27: **Buckow** bis **Britz**, Teltowkanal
Linie 28: **Tegelort** bis **Badstr.** Ecke Pankstr.
Linie 128: **Heiligensee** bis **Badstr.** Ecke Pankstr.
Linie 47: **Rudow** bis **Neukölln**, Rudower Str. (Teltowkanal)
Linie 147: **Rudow** bis **Schönefeld**
Linie 54: **Spandau**, Hauptbahnhof bis **Charlottenburg**, **Königin-Elisabeth-Str.** Ecke Kaiserdamm
Linie 58: (als Omnibus) **Pichelsberg**, Stößenseebrücke bis **U-Bhf. Neuwendend**
Linie 60: **Weißensee**, Rennbahnstr. bis **Jüdenstr.**
Linie 64: (als Omnibus) **Hohenschönhausen**, Degenerstr. bis **Alexanderplatz**
Linie 69: **Lichtenberg**, Straßenbf. bis **Oberschöneweide**, Königsplatz
Linie 73: **Bhf. Prenzlauer Allee** bis **Jüdenstr.**
Linie 74: **Steglitz**, Hindenburgdamm bis **Schöneberg**, Koberger Str. und weiter als Omnibus bis **Potsdamer Platz**
Linie 76: (als Omnibus) **Bhf. Zoologischer Garten** bis **Potsdamer Platz**
Linie 77: (als Omnibus) **Bhf. Zoologischer Garten** bis **Kaiserplatz**
Linie 83: **Wendenschloß**, Marienhain bis **Rathaus Köpenick**
Linie 87: **Köpenick**, Lindenstr. bis Schöneweide, Nalepastr. und Bahnhof Schöneweide bis Köpenicker Str. Ecke Neanderstr. und weiter als Omnibus bis **Potsdamer Platz**
Linie 95: **Köpenick**, Krankenhaus bis **Rathaus Köpenick** und **Bhf. Baumschulenweg** bis **Bhf. Köllnische Heide**
Linie 99: **Tempelhof**, Antilaplatz bis **Kreuzbergstr.**
Linie 199: **Nordend** bis **Badstr.** Ecke Pankstr.

II. Omnibus

- Linie 1:** **Flughafen** bis **Alt-Friedrichsfelde**, Rosenfelder Str.
Linie 2: **Bahnhof Schöneweide** bis **Bahnhof Grünau**
Linie 5: **Zehlendorf**, Rathaus, bis **Steglitz**, Rathaus
Linie 9: **Knie** bis **Alexanderplatz**
Linie 17: **Zehlendorf**, Rathaus, bis **Stölpchensee**

III. U-Bahn

- Linie A:** Schönhauser Allee bis Alexanderplatz (10 Min.), Bhf. Zoologischer Garten bis Ruhleben und Deutsches Opernhaus bis Richard-Wagner-Platz (12 Min.), Hohenzollernplatz bis Krumme Lanke (20 Min.)
Linie B: Schlesisches Tor bis Prinzenstr. (20 Min.), Kurfürstenstr. bis Wittenbergplatz und bis Bayerischer Platz (15 Min.)
Linie C: Seestr. bis Kochstr. (15 Min.), Belle-Alliance-Str. bis Bergstr. (10 Min.) und Hallesches Tor bis Tempelhof (10 Min.)
Linie D: Betrieb auf der ganzen Linie Gesundbrunnen bis Leinestr. (10 Min.)
Linie E: Betrieb auf der ganzen Linie Alexanderplatz bis Friedrichsfelde (20 Min.)

IV. BVG-Personenschiffahrt

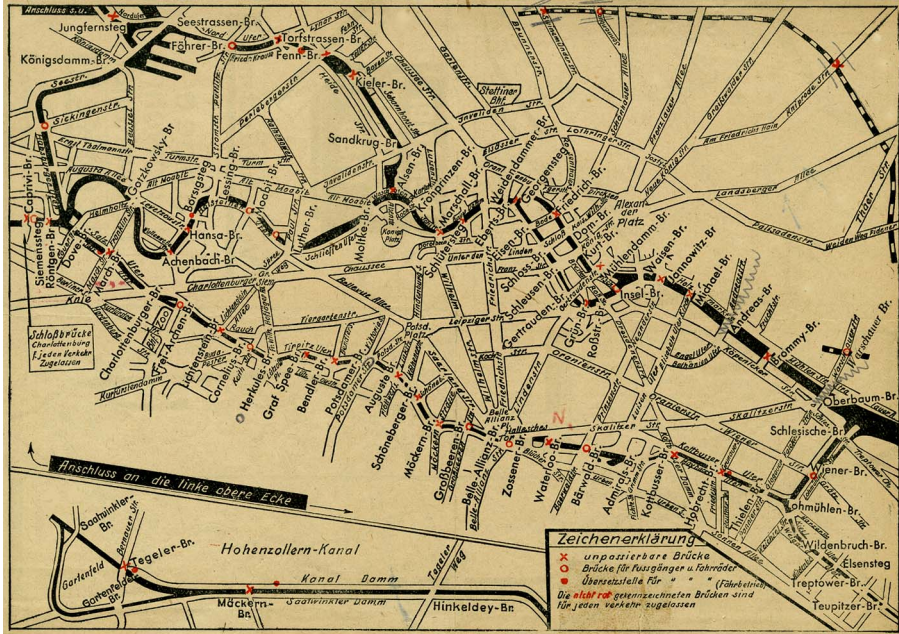
Pichelsberg über Kladow bis **Wannsee** (alle 2 Stunden: ab Pichelsberg 6.00, 8.00 usw. bis 18.00 Uhr, 20.00 nur bis Kladow; ab Kladow 7.00, ab Wannsee 8.00, 10.00 usw. bis 20.00 Uhr).



IX/4 Straßenbahn mit verpappten Fenstern der Linie 21 auf dem Potsdamer Platz, im Hintergrund links die Bellevuestraße und rechts das teilzerstörte Columbushaus mit dem Provisorium des am Leipziger Platz zerstörten Warenhauses A. Wertheim, 1947



IX/6 Auf „Hamsterfahrt“ befindliche Berlinerinnen und Berliner besteigen provisorisch instandgesetzte Wagen der Straßenbahnlinie 28, die von Bahnhof Gesundbrunnen bis Tegelort fuhr, 1948



IX/11 Berliner Brücken-Plan. Verkehrszustand aller Spree-, Landwehrkanal- und Teltowkanal-Brücken, 21. Januar 1946



IX/2 Einsatz von Fährbooten an Stelle des gesprengten Borsigsteges, im Hintergrund Ruinen am Holsteiner Ufer im zerstörten Hansa-Viertel, 1945



IX/7 Kontrolle eines mit Holzfeuerung betriebenen Pkw durch die Polizei, die KFZ-Kennzeichnung mit BG (russ. Berlin Gorod = Stadt Berlin) war ab 15. August 1945 Pflicht, September 1946

| | | | |
|---|---|---|--------------------------------------|
| Летковой автомашиной | The passenger car | La voiture à voyageurs | Der Personenkraftwagen |
| Г | БГ | БГ | БГ |
| разрешается пользоваться для срочных служебных поездок вообщественном движении по воскресным и праздничным дням | may be used in public traffic on | Ceci vous sert de permission pour la circulation publique | kann für dringende Dienstfahrten an |
| по воскресным и праздничным дням | Sundays and holidays | les dimanches et les jours de fête | Sonn- und Feiertagen |
| for urgent service-drivings | seulement pour des cas urgents au service | im öffentlichen Verkehr benutzt werden. | |
| Берлин 194 г. | Berlin, the 194 | Berlin, le 194 | Berlin, den 194 |
| Президент Центр. Полиц. Управл. г. Берлина | The Police-President of Greater-Berlin | Le Préfet de Police à Berlin | Der Polizeipräsident in Berlin i. A. |

Zeitgesch. Sammlung — 5383
Sta.-Ort Nr. 5383

ungültig

IX/12 Kfz-Fahrtberechtigungsausweis für Sonn- und Feiertage, April 1946

X Die Kinder

X/1

Kinder spielen mit weggeworfener Handgranate in den Ruinen

1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger

LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19/4, Nr. 34934

X/2

Kinder auf einem zerstörten Panzer in der Sebastianstraße im Bezirk Mitte

1945

Aufnahme: Siegfried Blohm

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK Ruinenstraßen, Nr. 371462

X/3

Kleinkind im Laufgitter zwischen den Trümmersteinen

Sommer 1946

Aufnahme: Alois Bankhardt

LAB, F Rep. 290, Not. 1 NK, Nr. 87391

X/4

In Sonderzügen der S-Bahn werden die Kinder während der Ferienspiele zu den Ausflugsorten gefahren. Alliierte und Schweizer Spenden ermöglichten die zusätzliche Verpflegung während der Ferientage

August 1946

Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Nr. 1168/46 (Filmnr. 29, Mappe 2)

X/5

Kasperle-Theater-Vorführung für die Kinder im Rahmen der Ferienspiele

August 1946

Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Nr. 412381 (Nr. 1313/46, Filmnr. 6, Mappe 2)

X/6

Auf einer Trümmerbahn spielende Kinder vor der Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Charlottenburg

1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger

LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19/4, Nr. 26936

X/7

Sommervergnügen der Kinder auf dem von den Alliierten beschlagnahmten Gelände des Tennisclubs Blau-Weiß am Roseneck in Schmargendorf

3. August 1945

Aufnahme: Rose-Marie Kriegel, Magistratsbildstelle

LAB, F Rep. 290, Nr. 412380 (Nr. 349/45, Filmnr. 31, Mappe 1)

X/8

„Wir, die Figuren aus der Bastelkiste der Jugend von Schöneberg-Friedenau laden ein zu einer Ausstellung im kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz“

29. September bis 13. Oktober 1945

Plakat

LAB, F Rep. 280, Nr. 5672

X/9

Aufruf des Bezirksbürgermeisters von Zehlendorf zu Spenden von Kleidung, Schuhwerk und Decken für die Kinderheime und Flüchtlingslager

8. Oktober 1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 1358

X/10

Anordnung der Alliierten Kommandantur BK/O (45) 173 über die Einführung der Lebensmittelkarte IVA für Schulkinder von 9 bis 16 Jahren

Die Lebensmittelrationen werden damit für Jugendliche von 1388 auf 1550 Kalorien täglich heraufgesetzt

23. Oktober 1945

LAB, F Rep. 280, Nr. 12317

X/11

„Aktion Storch – Meldeschluss: 15. November 1945“

Aufruf an die Eltern des Bezirkes Tiergarten, ihre Kinder für die Verschickung in die britische Besatzungszone während der Wintermonate anzumelden. Mit der Aktion „Storch“, auf die wegen der gerade gemachten Erfahrungen der Kinderlandverschickung während des Krieges von den Eltern anfangs eher skeptisch reagiert wurde, evakuierte die britische Besatzungsmacht ab Oktober 1945 rund 50 000 Kinder in die besser versorgte britische Zone

7. November 1945

Plakat

LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 537

X/12

„Rettet die Kinder!“ – Aufruf für das Friedensweihnachtsfest 1945

Das Ehrenpräsidium für das Friedensweihnachtsfest

1945 und der Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ rufen die Berliner Bevölkerung zu einer Spendenaktion für die Kinder zum Weihnachtsfest auf

Herbst 1945

Plakat

LAB, F Rep. 280, Nr. 5013

X/13

„Sucht die Kinder aus Frankreich!“

Aufruf an die Bevölkerung zur Mithilfe und Aufklärung über die von den Deutschen verschleppten

mehr als 100 000 Kinder verschiedener Nationalitäten aus Frankreich

Magistrat der Stadt Berlin – Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“

Mai/Juni 1946

Plakat

LAB, F Rep. 280, Nr. 5652

X/14

Pressemitteilung des Magistrats der Stadt Berlin über die Rückführung evakuierter Berliner Mütter und Kinder sowie von Waisenkindern

Presseamt, 16. Oktober 1946

LAB, C Rep. 118, Nr. 52



X/2 Kinder auf einem zerstörten Panzer in der Sebastianstraße im Bezirk Mitte, 1945



X/1 Kinder spielen mit weggeworfener Handgranate in den Ruinen, 1946

- X/8 „Wir, die Figuren aus der Bastelkiste der Jugend von Schöneberg-Friedenau laden ein zu einer Ausstellung im kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz“, 29. September bis 13. Oktober 1945



- X/6 Auf einer Trümmerbahn spielende Kinder vor der Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Charlottenburg, 1946



X/3 Kleinkind im Laufgitter zwischen den Trümmersteinen, Sommer 1946

972. 1945.

Die Opfer des Faschismus rufen:

„Rettet die Kinder!“

Aufruf für das Friedensweihnachtsfest 1945

Die Kämpfer gegen das fluchbeladene Hitlerregime sind in den Zuchthäusern und KZ durch eine Hölle von Not und Elend geschritten; sie wissen am besten, was frieren, was hungern, was leiden heißt. Sie wissen es, wie niemand sonst in Deutschland. — Und deshalb wollen sie den Kindern helfen. — Wenn jemand unschuldig ist an dem verbrecherischen Krieg, dann sind es unsere Kinder, die doch am meisten unter seinen Folgen leiden. — Die Not des Winters lastet am schwersten auf ihnen und bedroht ihr junges Leben. — Das blutige Naziregime, das so schmächtig endete, streckt jetzt noch seine Knochenhand nach unseren Kindern aus. Niemand dürfen die Kinder - das Liebste, das Kostbarste, was wir besitzen - ein nachträgliches Opfer des Faschismus werden.

Vergessen wir nicht, sie sind unsere Zukunft.

Die Kinder von heute, sind das Deutschland von morgen!

Die Unterzeichneten sind freudig dem Rufe des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus“ gefolgt und dem Ehrenpräsidium für das Friedensweihnachtsfest 1945 beigetreten, weil sie es für ihre vornehmste Pflicht halten, den Kämpfern gegen den Faschismus mit ihrer ganzen Kraft, mit ihrem ganzen Herzen bei der großen Aufgabe zu helfen.

Wir wenden uns an die Eltern, die Frauen, die Mütter, an die Berliner Bevölkerung, an das schaffende deutsche Volk.

Wir wenden uns an das neue, das demokratische Deutschland.

Das Ehrenpräsidium für das Friedensweihnachtsfest 1945

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. A. Werner

| | | | |
|---|---|---|---|
| JOHANNES R. BECHER, Präsident d. Kulturbundes der demokratischen Erziehung Deutschlands | Dr. ANDREAS HERMES, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands | Dr. HERMANN LANDWEHR, Leiter der Abteilung für Wirtschaft | LISELE SEMBRAU, 3. Bezirksbürgermeister Friedrichshagen |
| OTTO BRASS, Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes | BERNHARD KELLERMANN, Schriftsteller | FELIX LEDERER, Generalmusikdirektor | GUSTAV VON WANGENHEIM, Intendant des Deutschen Theaters |
| Pfarrer PETER BUCHHOLZ, Leiter des Bistums für kirchliche Angelegenheiten beim Magistrat der Stadt Berlin | HEINZ KESSELER, Leiter des Jugendmuseums | ERNST LEGAL, Intendant der Deutschen Städtetheater | PAUL WEGENER, Präsident der Kammer der Kunstschaffenden |
| Stadtrat OTTO MAR. GESCHKE, Leiter des Hauptamtes für Sozialwesen | Student BREUNER KLIPPEL, Leiter der Abteilung für Ernährung | HANS MAHLE, Intendant des Berliner Rundfunks | Student OTTO WINZER, Leiter der Abteilung für Volkshilfen |
| OTTO GROTHWUHL, Erster Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD | MARGARITE WILKE, Mitglied der Städtetheater | Student JOSEF ORLOPP, Leiter der Abteilung für Handel und Handwerk | |
| | Dr. WILHELM KULZ, Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands | WILHELM PIECK, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands | Magistrat der Stadt Berlin |
| | ELLEN KUNZ, 3. Bezirksbürgermeister Schöneberg | ELLI SCHMIDT, Leiterin des Frauenmuseums | Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ |

Reg.-Nr. 49 - Bundesdruckerei Karl Hüb. Abt. Berlin W 12, Bismarckstr. 9

X/12 „Rettet die Kinder!“ Aufruf für das Friedensweihnachtsfest 1945, das Ehrenpräsidium für das Friedensweihnachtsfest 1945 und der Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ rufen die Berliner Bevölkerung zu einer Spendenaktion für die Kinder zum Weihnachtsfest auf, Herbst 1945

STADT BERLIN — BEZIRKSAMT TIERGARTEN

„AKTION STORCH“

Meldeschlus: 15. November 1945

Tausende unserer Kinder sind inzwischen durch die großzügige Hilfsaktion der Britischen Militärregierung im Oldenburger Land und in den angrenzenden fruchtbaren Gebieten Deutschlands eingetroffen. Seit Tagen gehen den Eltern begeisterte Briefe der kleinen Erholungsreisenden zu.

Die Berichte der Kinder über die Fahrt, über die Unterbringung und insbesondere über die Verpflegung klingen geradezu märchenhaft.

Eltern! Nun wird es aber auch für Euch, die Ihr erst diese Berichte abwarten wolltet, Zeit, Eure Kinder anzumelden.

Es ist jetzt ein Endtermin für die Entgegennahme von Meldungen gesetzt; und zwar ist der 15. November 1945 der letzte Tag, an dem noch Meldungen in den Meldestellen entgegengenommen werden können. Wer also bis zu diesem Zeitpunkt sich nicht für die Landverschickung hat registrieren lassen, kann dann nicht mehr an ihr teilnehmen. In den Aufnahmegebieten ist Schulunterricht gewährleistet; hier werden die Schulen voraussichtlich schließen müssen.

Eltern, versäumt die Frist nicht! Eure Kinder müßten es mit ihrer Gesundheit büßen. Laßt Euch von Euren Nachbarinnen die begeisterten Briefe der bisher Verschiedten zeigen.

Denkt daran! Meldeschlus:

15. November 1945

MELDESTELLEN sind:

1. Die Schulen: für alle Schulkinder von 6-14 Jahren und deren jüngere Geschwister.
2. Die Kindergärten: für die dort betreuten Kinder und deren Mütter.
3. Die Fürsorgestellen: Waldenserstraße 20-21, I. Stock, Zimmer 18-20, 24 u. 25 und Kurfürstenstraße 40 für 4-6 jährige Kinder und deren Mütter.

Berlin, den 7. November 1945.

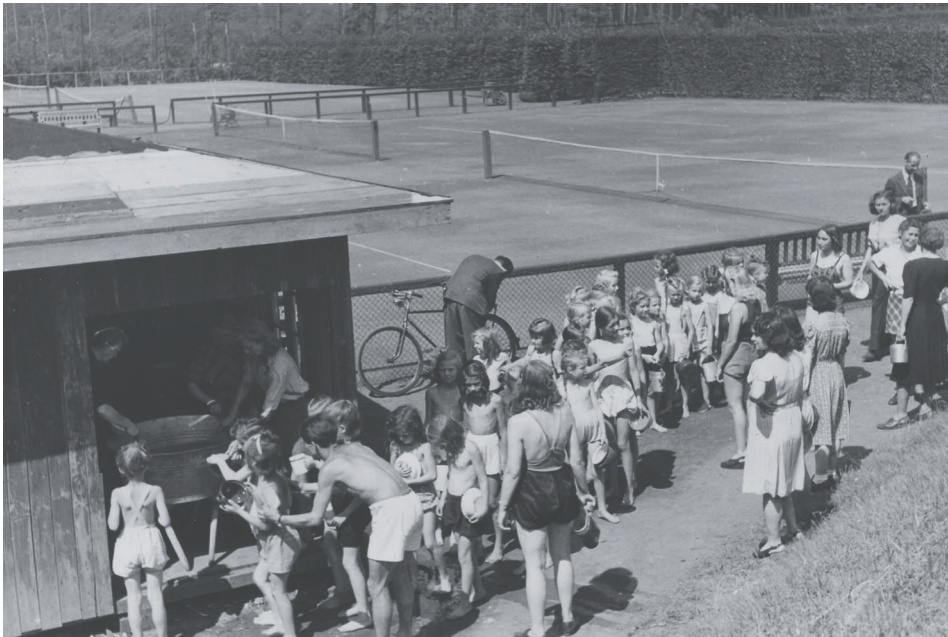
Der Bezirksbürgermeister
gez. Dr. Lohmeyer

Buchdruckerei Burkol, Berlin NW 21, Bredowstr. 27

X/11 „Aktion Storch – Meldeschluss: 15. November 1945“, Aufruf an die Eltern des Bezirkes Tiergarten, ihre Kinder für die Verschickung in die britische Besatzungszone während der Wintermonate anzumelden, 7. November 1945



X/5 Kasperle-Theater-Vorführung für die Kinder im Rahmen der Ferienspiele, August 1946



X/7 Sommervergnügen der Kinder auf dem von den Alliierten beschlagnahmten Gelände des Tennisclubs Blau-Weiß am Roseneck in Schmargendorf, 3. August 1945

- X/4 In Sonderzügen der S-Bahn werden die Kinder während der Ferienspiele zu den Ausflugsorten gefahren. Alliierte und Schweizer Spenden ermöglichten die zusätzliche Verpflegung während der Ferientage, August 1946



Zeitsch. Sammlung
Sta.-Ort. Nr. 5652

Magistrat der Stadt Berlin – Abteilung für Sozialwesen Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“

An alle Deutschen!

Die französische Gruppe des Kontrollrats setzt uns davon in Kenntnis, daß seit 1940 mehr als 100000 Kinder verschiedener Nationalität aus Frankreich von den Nazis verschleppt worden sind.

Mit der Bekanntgabe dieses Verbrechens der Faschisten tritt an das deutsche Volk erneut die Aufgabe heran, seinen Willen zur Wiedergutmachung zu beweisen. Die Bilddokumente, welche der Welt aus den deutschen Konzentrationslagern vorliegen, lassen befürchten, daß mit diesen Kindern Furchtbares geschehen ist. Wir erinnern daran, daß in Auschwitz Tausende von Kindern ermordet worden sind. Das deutsche Volk ist verpflichtet, an der Aufdeckung dieser Verbrechen mitzuhelfen. Es darf keine deutsche Behörde geben, welche nicht alles daran setzt, in der Bewältigung dieser Aufgabe mit den Behörden neben ihr zu wetteifern. Es sollte keines Befehles einer Alliierten Militärbehörde bedürfen, daß sich alle Hirne und Hände in der aktivsten Weise für diese Hilfe regen.

Vor allem wenden wir uns an alle Reichsbahndirektionen, welche in der Lage sein können, die Route der Transporte zu verfolgen, um das Ziel der Züge festzustellen, wo die Kinder ausgeladen worden sind.

Wenn es gelungen ist, diese Orte zu finden, darf es keinen Bürgermeister, keinen Polizeipräsidenten, keinen Pfarrer, keinen Stadtrat und keinen Beamten mehr geben, der nicht alle Möglichkeiten ausschöpft, um diesen Verbrechen auf die Spur zu kommen.

Alle ehemaligen KZ-Häftlinge, welche die Not und die Leiden dieser Kinder kennen und ihre Ermordungen mit ansehen mußten, sind verpflichtet, bei jeder Gelegenheit das Volk aufzurufen:

„Sucht die Kinder aus Frankreich!“

Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“

- X/13 „Sucht die Kinder aus Frankreich!“ Aufruf an die Bevölkerung zur Mithilfe und Aufklärung über die von den Deutschen verschleppten mehr als 100 000 Kinder verschiedener Nationalitäten aus Frankreich, Mai/Juni 1946

XI Das Schulwesen

XI/1

Unterricht für Schülerinnen und Schüler der 2. Klasse in der 2. Volksschule Waldstraße im Bezirk Reinickendorf
September 1948
Aufnahme: Otto Mertens
LAB, F Rep. 290, Not. 18 Sch 3 Schulbetrieb, Nr. 1450

XI/2

Essentransport der Schulspeisung von einer Großküche für die Berliner Schulen
Dezember 1945
LAB, F Rep. 290, Not. 18 Sch 3 Schulbetrieb, Nr. 123562

XI/3

Wiederaufnahme des Schulbetriebs in notdürftig instandgesetzten Schulhäusern
Juli 1945
Aufnahme: Rose-Marie Kriegel, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 109/45

XI/4

Schüler beim Essen der Schulspeisung
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 14, Nr. 22424

XI/5

Englischzirkel in einem Tiergartener Jugendclub im britischen Sektor
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 14, Nr. 23811

XI/6

„Gemeinsame Kundgebung der KPD und SPD. Thema: Demokratische Schulreform“
Auf der Kundgebung im Palast (früher Zirkus Schumann) sprachen Anton Ackermann (KPD) und Max Kreuziger (SPD). Ziel der von der SED propagierten demokratischen Schulreform war die Errichtung eines Einheitsschulsystems
4. November 1945
Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 2969, Nr. 1120

XI/7

Anordnung über die Anmeldepflicht der schulpflichtigen und einzuschulenden Kinder für die Wiederaufnahme des Schulbetriebes nach dem Kriegsende
Reinickendorf, 5. Mai 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 1427

XI/8

Bekanntmachung über die Registrierung aller im Bezirk Tempelhof wohnenden Lehrkräfte aller Schularten
Tempelhof, 25. Mai 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 2988

XI/9

Presseauschnitt über die Bemühungen des Magistrats der Stadt Berlin zur Rückführung der während des Krieges evakuierten und in KLV-Lagern befindlichen Kinder
Während der letzten Kriegsjahre waren eine große Zahl von Berliner Schulklassen im Rahmen der Kinderlandverschickung (KLV) in andere Teile des Deutschen Reiches verlegt worden
12. August 1945
LAB, C Rep. 118, Nr. 51

XI/10

Befehl der Alliierten Kommandantur BK/O (45) 52 zur Neuorganisation des Schulwesens und über die Verwendung einheitlicher Deutsch- und Rechenbücher
4. September 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 12219

XI/11

Schreiben des Hauptamtes für Sozialwesen an die Alliierte Kommandantur mit der Bitte um Hilfe bei der Rückführung von KLV-Schulkindern aus der Tschechoslowakei
Berlin, 6. März 1946
LAB, C Rep. 118, Nr. 52

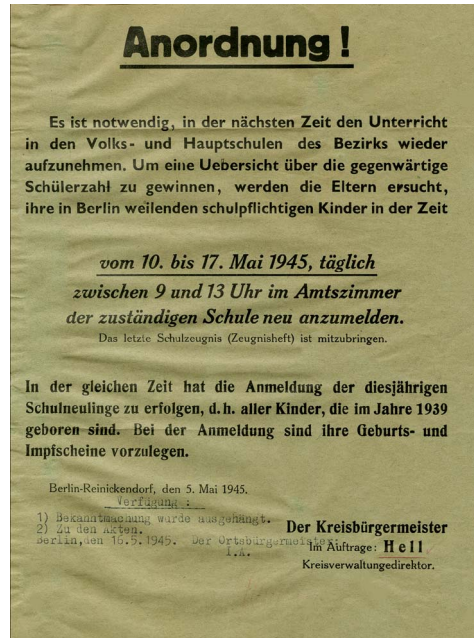
XI/12

Bekanntmachung des Tempelhofer Schulamtes über die Ausgabe von Schulspeisung gegen Abgabe von Lebensmittelmarken
Tempelhof, 26. März 1946
LAB, F Rep. 280, Nr. 5747

XI/13

Information des Presseamtes des Magistrats über das Eintreffen von 600 Zentnern Stroh zur Anfertigung von Strohschuhen für die Schulkinder
Unzählige Kinder konnten in den ersten Monaten gar nicht am Schulunterricht teilnehmen, weil sie kein Schuhwerk hatten
Berlin, 3. Dezember 1946
LAB, C Rep. 118, Nr. 392

- XI/7 Anordnung über die Anmeldepflicht der schulpflichtigen und einzuschulenden Kinder für die Wiederaufnahme des Schulbetriebes nach dem Kriegsende, 5. Mai 1945



- XI/6 „Gemeinsame Kundgebung der KPD und SPD. Thema: Demokratische Schulreform“, 4. November 1945





XI/1 Unterricht für Schülerinnen und Schüler der 2. Klasse in der 2. Volksschule Waldstraße im Bezirk Reinickendorf, September 1948

28. MAI 1945
Abgemeldet

Bekanntmachung.

Sämtliche im Verwaltungsbezirk Tempelhof wohnenden Lehrkräfte aller Schularten (auch der Hochschulen) haben sich zur Registrierung am

| | | |
|--|-------------|----------------|
| | Dienstag, | den 29., |
| | Mittwoch, | „ 30., |
| | Donnerstag, | „ 31. Mai 1945 |

in der Zeit von 10 bis 18 Uhr im Rathaus Tempelhof, Berliner Straße Nr. 136–139, Zimmer 206/207, einzufinden. Persönliches Erscheinen ist erforderlich.

Berlin-Tempelhof,
den 25. Mai 1945.

Der Bezirksbürgermeister
des Verwaltungsbezirks Tempelhof
J. W. Schubring.

XI/8 Bekanntmachung über die Registrierung aller im Bezirk Tempelhof wohnenden Lehrkräfte aller Schularten, 25. Mai 1945



XI/2 Essentransport der Schulspeisung von einer Großküche für die Berliner Schulen, Dezember 1945



XI/3 Wiederaufnahme des Schulbetriebs in notdürftig instandgesetzten Schulhäusern, Juli 1945

Stadt Berlin
Bezirksamt Tempelhof
Schulamt
Amt für Schulspeisung

Den 26. März 1946

*Herrn Bürgermeister
Kypsel zur Kenntnis
Druck ist genehmigt.*

Zeitgesch. Sammlung
Sta.-Ort Nr. 5747

Verbesserte Schulspeisung auf freiwilliger Grundlage auch im Monat April 1946

Durch die Osterferien in der Zeit vom 14. April bis einschließlich 23. April 1946 wird die Schulspeisung eine Dekade unterbrochen. Es sind also an Marken im voraus nur die Werte für zwei Dekaden in den Schulen abzugeben:

- 500 g Nahrungsmittel** (keine Brotmarken mehr!)
- 80 g Zucker**
- 60 g Fleisch**
- 60 g Fett**

Die Schulspeisung darf nur an Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren abgegeben werden.

Die angeforderten Marken sind gleich nach Erhalt der Lebensmittelkarten abzugeben. Da sich die Kartenausgabe etwas verzögern kann, ist die Teilnahme an der Schulspeisung bis zum 29. März 1946 durch Zettel mit Namensunterschrift des Erziehungsberechtigten in den Schulen anzumelden. Spätere Anforderungen für die I. Dekade sind leider aus technischen Gründen nicht möglich.

Nachmeldungen für den Rest des Monats April werden bis 8. April angenommen.

Da die namhaften zusätzlichen Lebensmittelzuwendungen bestehen bleiben, ist ein nahrhaftes, kräftiges Essen garantiert.

Amt für Schulspeisung

Druckerei Hämmerling
Treuhand W. Schneider, Tempelhof, Neue Str. 21
3. 46. 10 000

XI/12 Bekanntmachung des Tempelhofer Schulamtes über die Ausgabe von Schulspeisung gegen Abgabe von Lebensmittelmarken, 26. März 1946



XI/4 Schüler beim Essen der Schulspeisung, 1946



XI/5 Englischzirkel in einem Tiergartener Jugendclub im britischen Sektor, 1946

XII Das Hochschulwesen

XII/1

Die teilzerstörte Berliner Universität Unter den Linden
August 1946
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 36 Ho, Nr. 7464

XII/2

Weidende Kühe im Vorgarten der Berliner Universität, im Hintergrund die Ruine der Staatsoper
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 27213

XII/3

Sitzung des Senats der Berliner Universität zur Vorbereitung der zum 29. Januar 1946 geplanten Eröffnung des Studienbetriebs, von links nach rechts: Prof. Dr. Kappert, Dekan der Landwirtschaftliche Fakultät; Prorektor Prof. Dr. Meerwarth (Staatswissenschaften / Statistik); Prof. Dr. Erbe (Juristische Fakultät); Prof. Dr. Eltester, Dekan der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. Dobberstein, Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät; Rektor Prof. Dr. Stroux; Dr. H. L. Schmid, Vertreter der Dozenten; Prof. Dr. Deubner, Dekan der Philosophischen Fakultät; Prof. Dr. Noack, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät; Prof. Dr. Lehmann, Dekan der Medizinischen Fakultät
Januar 1946
Aufnahme: Jacobson / Sonnenfeld
LAB, F Rep. 290, SG. 16/1, Nr. 64/788

XII/4 und 5

Studentinnen und Studenten in der Freistunde im Vorgarten der Universität Unter den Linden
Frühjahr 1946
Aufnahme: Jacobson / Sonnenfeld (XV/5)
LAB, F Rep. 290, Acc. 600, Nr. 74; F Rep. 290, SG. 16/1, Nr. 64/789

XII/6

„Kunstschule des Nordens Berlin-Weißensee“
Lehrplan-Angebot der späteren Hochschule für angewandte Kunst Berlin-Weißensee zur Eröffnung des ersten Studienseesters am 1. April 1946
Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 579, Nr. 107



XII/1 Die teilzerstörte Berliner Universität Unter den Linden, August 1946



XII/3 Sitzung des Senats der Berliner Universität unter der Leitung des Rektors Prof. Dr. Stroux (sechster von links) zur Vorbereitung der zum 29. Januar 1946 geplanten Eröffnung des Studienbetriebs, Januar 1946



XII/2 Weidende Kühe im Vorgarten der Berliner Universität, im Hintergrund die Ruine der Staatsoper, 1946



XII/5 Studentinnen und Studenten in der Freistunde im Vorgarten der Universität Unter den Linden, Frühjahr 1946



KUNST- SCHULE DES NORDENS

BERLIN-WEISSENSEE

Semesterbeginn: 1. April 1946

AUS DEM LEHRPLAN:

| | |
|------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. Aufbau- und Vorbereitungsklasse | |
| 2. Malerei * | 6. Klasse für Innenraumgestaltung |
| a. Porträt und Figur | 7. Fachkl. für textiles Kunstgewerbe |
| b. Landschaft - Stillleben | Weberei - Stickerie - Bildteppiche |
| c. Klasse für dekorative Malerei | Stoffdruck etc. |
| 3. Fachklasse für Graphik | 8. Fachklasse für künstlerische |
| a. Freie Illustration | Metallbearbeitung |
| b. Gebrauchsgraphik | Schmieden - Treiben - figürl. Treiben |
| Werbekunst und Schriftgestaltung | Silberschmiedekunst |
| 4. Bildhauerei | 9. Fachklasse für Fotokunst |
| 5. Keramik * | 10. Fachklasse für Modestaltung |

** Der Lehrkörper setzt sich aus namhaften Professoren und Künstlern Berlins zusammen **

*Anmeldungen der Voll-, Tages- und Abendklassenschüler mündlich oder schriftlich
im Rathaus Bln.-Weissensee * Berliner Allee 107-110 Zimmer 309 Telefon: 55 13 94*

Das Bezirksamt Weissensee
der Bürgermeister
Knappe

Telefon
55 13 90 - 95
56 40 01
App. 186

Der Leiter der Kunstschule
Sticht

REICHERT

XII/6 „Kunstschule des Nordens Berlin-Weissensee“, Lehrplan-Angebot der späteren Hochschule für angewandte Kunst Berlin-Weissensee zur Eröffnung des ersten Studiensemesters am 1. April 1946

XIII Presse und Literatur

XIII/1

Zeitungsverkäufer in der Hardenbergstraße Ecke
Joachimstaler Straße
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 12, Nr. 26931

XIII/2

Zeitungskiosk
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 12, Nr. 22243

XIII/3

Bekanntmachung des Bezirksbürgermeisters von
Schöneberg / Friedenau über die Verordnung der
amerikanischen Militärregierung vom 16. August
1945 zur Kontrolle von Druckschriften, Rundfunk,
Theater und Musik
August 1945
LAB, F Rep. 280, Nr. 5015

XIII/4

Zeitungsverkauf im zweiten Nachkriegswinter
1946/47, trotz bitterer Kälte gibt es bereits Zeitun-
gen aus anderen Zonen und die importierte „Times“
25. Februar 1947
Aufnahme: Piontkowski, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 412376 (Nr. 158/47, Filmnr. 1,
Mappe 4)

XIII/5

Bücherstand in der Neuen Friedrichstraße
(Karl-Liebknecht-Straße)
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 19, Nr. 34413

XIII/6

„Tag des verbrannten Buches – Tag des freien
Buches“
Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen
Erneuerung Deutschlands zur Kundgebung am 10.
Mai 1947 im Innenhof der Berliner Unbiversität, auf
der u.a. Alfred Döblin, Erich Kästner, Alfred
Kantorowicz, Anna Seghers, Peter Suhrkamp und
Friedrich Wolf sprachen
Plakat
LAB, F Rep. 240, Acc. 947, Nr. 4

XIII/7

Auswahl von Berliner Tageszeitungen, die von den
Alliierten herausgegeben bzw. lizenziert, vom
Magistrat bzw. den zugelassenen Parteien im Laufe
des Jahres 1945 herausgegeben wurden
„Berliner Zeitung“, 1. Jg., Nr. 17, 6. Juni 1945
(ab 2. August 1945 Amtliches Organ des Magistrats
von Berlin)
„Deutsche Volkszeitung. Zentralorgan der
Kommunistischen Partei Deutschlands“, 1. Jg.,
Nr. 5, 17. Juni 1945
„Neue Zeit. Tageszeitung der Christlich-Demokra-
tischen Union Deutschlands“, 1. Jg., Nr. 8,
31. Juli 1945
„Der Berliner. Nachrichtenblatt der Britischen
Militärbehörde“, 1. Jg., Nr. 2, 4. August 1945
„Der Morgen. Tageszeitung der Liberal-
Demokratischen Partei Deutschlands“, 1. Jg., Nr. 1,
3. August 1945
„Allgemeine Zeitung“, herausgegeben von der
Amerikanischen Armee, 1. Jg., Nr. 1, 8. August 1945
„Neue Berliner Illustrierte“, Nr. 2, 2. Oktoberheft
1945
„Das Volk. Tageszeitung der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands“, 1. Jg., Nr. 27, 4. August 1945
„Der Tagesspiegel“, Lizenz der amerikanischen
Militärregierung, 1. Jg., Nr. 1, 27. September 1945
„Der Kurier“, Lizenz der französischen Militär-
regierung, 1. Jg., Nr. 1, 12. November 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 217, Nr. 13 und 14; Acc.
863, Nr. 6, 8, 9, 10, 14, 17; Bibl., Zeitungssammlung



XIII/1 Zeitungsverkäufer in der Hardenbergstraße Ecke Joachimstaler Straße, 1946



XIII/2 Zeitungskiosk, 1946

Schöneberg

Stadt Berlin

Bezirksamt Schöneberg/Friedenau

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit noch einmal auf die **Verordnung der amerikanischen Militärverwaltung vom 16. August 1945** betreffs „**Kontrolle von Druckschriften, Rundfunk, Theater und Musik**“ hingewiesen.

Personen, die folgende Tätigkeiten ausüben, müssen sich bei der amerikanischen Militärverwaltung nachstehender Adresse **registrieren** lassen:

- a) Das Vertrieben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen Veröffentlichungen.
- b) Das Drucken von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen Veröffentlichungen.
- c) Die Zurverfügungstellung von Theatern, Konzerträumen, Opernhäusern, Freilichtbühnen und anderen Stätten öffentlicher Unterhaltung.
- d) Der Vertrieb und die Vortführung genehmigter Filme, vorausgesetzt, daß ein Filmvorführungsschein jeder ausgegebenen oder vorgeführten Filmkopie beigelegt ist und daß die Filmvertriebsstelle von dem zuständigen Nachrichtenkontrollamt (Information Service Control Section) gebilligt ist.
- e) Das Verarbeiten oder Kopieren von Kinofilmen.
- f) Das Vertrieben, Verkaufen oder gewerbliche Verleihen von Schallplatten oder sonstigen Tonaufnahmen.

Alle Personen im amerikanischen Sektor, die oben angeführte Tätigkeiten ausüben, müssen sich registrieren lassen, ungeachtet dessen, ob sie schon vorher bei einer deutschen oder Alliierten Behörde registriert worden sind.

Die Registrierung findet statt

9-16 Uhr Neues Rathaus, Rudolf Wilde-Platz, Zi. 135.

Die Registrierungszeit ist bis zum 30. August einschließlich verlängert worden.

Der Bürgermeister.

XIII/3 Bekanntmachung des Bezirksbürgermeisters von Schöneberg / Friedenau über die Verordnung der amerikanischen Militärregierung vom 16. August 1945 zur Kontrolle von Druckschriften, Rundfunk, Theater und Musik, August 1945



XIII/4 Zeitungsverkauf im zweiten Nachkriegswinter 1946/47, trotz bitterer Kälte gibt es bereits Zeitungen aus anderen Zonen und die importierte „Times“, 25. Februar 1947



XIII/5 Bücherstand in der Neuen Friedrichstraße (Karl-Liebnecht-Straße), 1946

Tag des verbrannten Buches Tag des freien Buches

Präsidium:

Alexander Abusch • Johannes R. Becher • Dr. Günther Birkenfeld • Alfred Döblin • Manfred Hausmann • Peter Huchel • Erich Kästner • Dr. Alfred Kantorowicz
Bernhard Kellermann • Wolfgang Langhoff • Elisabeth Langgässer • Ilse Langner • Dr. Siegfried Nestriepke • Maud von Ossietzky • Ludwig Renn
Karl Schnog • Anna Seghers • Rektor Prof. Dr. Johannes Stroux • Peter Suhrkamp • Günther Weisenborn • Dr. Friedrich Wolf

Aufruf!

Am 10. Mai 1933 flammten auf dem Opernplatz zu Berlin und auf öffentlichen Plätzen der deutschen Haupt- und Universitätsstädte Scheiterhaufen, in die entscheidende Teile der fortschrittlichen deutschen Literatur seit Gotthold Ephraim Lessing und bedeutende Werke der Weltliteratur geschleudert wurden.

Es ist an uns, an diesem Tag vor der Welt zu bekunden, daß ein neues Deutschland den freien Gedanken wieder in Ehren hält. Am Sonnabend, dem 10. Mai 1947, 14.30 Uhr, wird an der historischen Stelle der Bücherverbrennung auf dem Platze vor der Berliner Universität, Unter den Linden, dieser Tag als

Tag des freien Buches

feierlich ausgerufen werden.

Es sprechen: Anna Seghers, Alfred Kantorowicz, Günther Weisenborn und ein Vertreter der studentischen Jugend

Berliner, wir rufen Euch auf: Beweist durch Euer Erscheinen, daß in unserer Stadt das freie Wort wieder erstanden ist!

Magistrat von Groß-Berlin • Schutzverband deutscher Autoren • Verband der Deutschen Presse • Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands • Berliner Rundfunk • Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Groß-Berlin
Hauptausschuß Opfer des Faschismus • Hauptjugendausschuß Groß-Berlin • Nordwestdeutscher Rundfunk, Abt. Berlin
Organisationskomitee der Freien Deutschen Jugend • Rundfunk im amerikanischen Sektor Berlin
Studentenrat der Universität Berlin • Vorbereitungsausschuß des Demokratischen Jugendverbandes

XIII/6 „Tag des verbrannten Buches – Tag des freien Buches“, Aufruf des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zur Kundgebung vor der Universität Unter den Linden am 10. Mai 1947

XIV Sport und Unterhaltung

XIV/1 und 2

Sportvorführungen der neuen Polizeikräfte im Berliner Lustgarten, im Hintergrund das teilzerstörte Schloss mit dem Apothekenflügel

Mai 1946

Aufnahme: Goldbach, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 263907 (Nr. 710/46, Filmmr. 11, Mappe 1) und 263908 (712/46, Filmmr. 12, Mappe 1)

XIV/3

Ringveranstaltung im „Prater“ in der Kastanienallee

12. Mai 1946

Aufnahme: Goldbach, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 412378 (Nr. 576/46, Filmmr. 5, Mappe 1)

XIV/4

Tanzveranstaltung im Zoo

1946

Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, Nr. 273 F

XIV/5

Tanzveranstaltung auf dem Freigelände unter dem Funkturm

1946

Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 412377 (Nr. 1400/46, Filmmr. 24, Mappe 1)

XIV/6

Wiedereröffnung des Schwimmbades der Fritz-Werner-Werke in Marienfelde

8. Juli 1945

Plakat

LAB, F Rep. 280, Nr. 5679

XIV/7

„Köpenicker Heimatfest“

6. – 28. Juli 1946 auf der Schlossinsel.

Volksbelustigungen aller Art

Ausstellung: Arbeit – Kulturpflege – Erholung

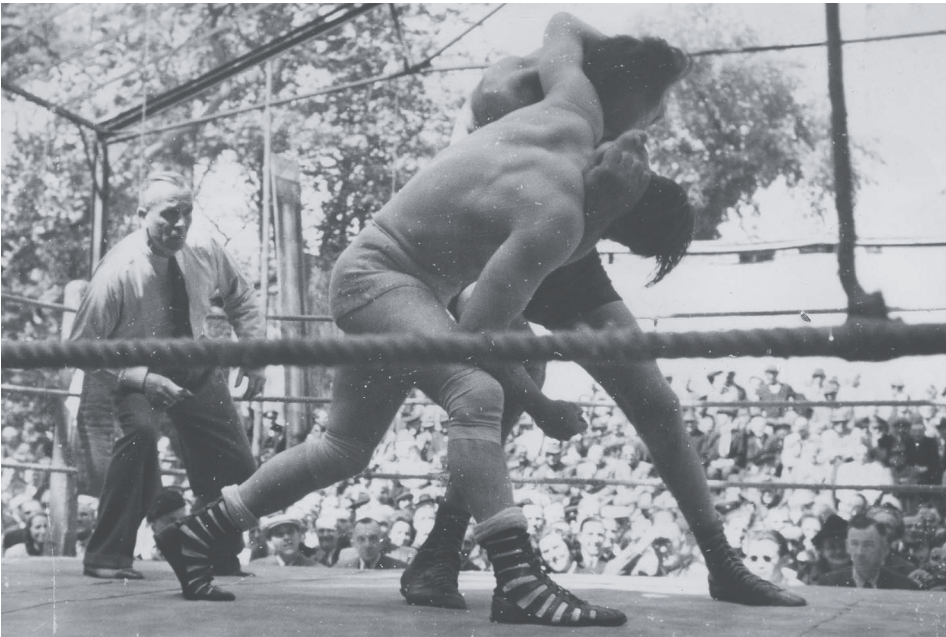
Juli 1946

Plakat

LAB, F Rep. 240, Acc. 579, Nr. 69



XIV/2 Sportvorführung der neuen Polizeikräfte im Berliner Lustgarten, im Hintergrund das teilzerstörte Schloss mit dem Apothekenflügel, Mai 1946



XIV/3 Ringveranstaltung im „Prater“ in der Kastanienallee, 12. Mai 1946

KÖPENICKER



VOM 6.-28. JULI 46 * AUF DER SCHLOSSINSEL
VOLKSBELUSTIGUNGEN ALLER ART
AUSSTELLUNG: ARBEIT • KULTURPFLEGE • ERHOLUNG

XIV/7 „Köpenicker Heimatfest“ 6. – 28. Juli 1946 auf der Schlossinsel. Volksbelustigungen aller Art, Juli 1946



XIV/5 Tanzveranstaltung auf dem Freigelände unter dem Funkturm, 1946



XIV/4 Tanzveranstaltung im Zoo, 1946

XV Das Kulturelle Leben

XV/1

„Der Parasit“ von Friedrich Schiller
Inszenierung von Wolfgang Kühne; von links Antje Weisgerber, Walter Franck und Elsa Wagner
Wiedereröffnung des Deutschen Theaters,
26. Juni 1945
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 163320

XV/2

„Pariser Leben“ von Jaques Offenbach
Inszenierung von Walter Felsenstein; Maria Vedova und Ludwig Linkmann
5. Premiere des Hebbel-Theaters, 6. Dezember 1945
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 201297

XV/3

„Hamlet“ von William Shakespeare
Inszenierung von Gustav von Wangenheim; links Horst Caspar und Harry Hindemith, rechts Gerhard Bienert
Deutsches Theater, 10. Dezember 1945
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 167551

XV/4

„Danach“ von Helmut Weiß
Inszenierung von Helmut Weiß; Winnie Markus und Hans Söhnker
3. Premiere des Schlosspark-Theaters, 1. Januar 1946
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 202367

XV/5

„Eine Frau ohne Bedeutung“ von Oscar Wilde
Inszenierung von Viktor de Kowa; Hilde Weissner und Viktor de Kowa
Tribüne, 11. Februar 1946
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 191934

XV/6

„Hoffmanns Erzählungen“ von Jaques Offenbach
Inszenierung von Ernst Legal; von links Ernst Legal, Erich Witte und Anneliese Müller
Deutsche Staatsoper (im Admiralspalast),
8. April 1946
Aufnahme: Goldbach, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 37 ThA, Nr. 556/46 (Filmnr. 19, Mappe 1)

XV/7

„Pünnchen und Anton“ von Erich Kästner
Inszenierung von Hugo Schrader; Pünnchen und Anton mit der Erzieherin als Bettlerin auf der Weidendammer Brücke
Metropol-Theater (im Colosseum Schönhauser

Allee), 21. April 1946

Aufnahme: Goldbach, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Not. 37 ThA, Nr. 261810

XV/8

„Bunbury“ von Oscar Wilde
Inszenierung von Bruno Hübner; von links Erik Ode und Hans Nielsen
Komödie, 21. Juni 1946
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 192011

XV/9

„Kapitän Brassbonds Bekehrung“ von George Bernhard Shaw
Inszenierung von Gustaf Gründgens; von links Wolfgang Lukschy, Hans Leibelt und Käthe Dorsch
Wiedereröffnung der Kammerspiele, 4. Oktober 1946
Aufnahme: Altmann
LAB, F Rep. 290, Not. 17 ThA, Nr. 263925

XV/10

„Galgenfrist“ von Paul Osborne
Inszenierung von Karl-Heinz Martin; von links O. E. Hasse, Paul Wegner und Michael Günther
Hebbel-Theater, 3. Dezember 1946
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 412375 (Nr. 2520/46, Filmnr. 2, Mappe 4)

XV/11

Antifa-Ausstellung im Schloss Köpenick
Mai 1946
Aufnahme: Wyludda, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 263899 (Nr. 969/46)

XV/12

Eröffnung der Ausstellung „Nach zwölf Jahren – Freiheit der Kunst“ mit Werken antifaschistischer Künstler in der Kamillenstraße in Steglitz
28. Juli 1945
Aufnahme: Rose-Marie Kriegel, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 290, Nr. 263893 (Nr. 315/45)

XV/13

Wiedereröffnung des Märkischen Museums,
Ansprache des Oberbürgermeisters Arthur Werner
12. Juli 1946
Aufnahme: Iglarz, Magistratsbildstelle
LAB, F Rep. 390, Nr. 261903 (Nr. 1106/45)

XV/14

Eröffnung des Kinos „Union-Theater“ im Gebäude der Landesbildstelle in der Levetzowstraße
1946
Aufnahme: Erich Otto Krueger
LAB, F Rep. 290-02-01, SG. 18, Nr. 25136

XV/15

„Beethoven-Feier anlässlich des 175. Geburtstages“
Kammerorchester Richard Kayser, Dirigent: Richard
Kayser, Klavier: Luise Gmeiner
Volksbildungsamt Prenzlauer Berg
Lichtspielhaus „Prater“, 16. Dezember 1945
LAB, F Rep. 240, Acc. 579, Nr. 59

XV/16

„Cabaret Ulenspiegel – Werner Finck“
Berlin W 50, Nürnberger Straße 50-52
September / Oktober 1946
LAB, F Rep. 240, Acc. 579, Nr. 111

XV/17

„Berlin kommt wieder“
Lied und Foxtrott von Heino Gaze
Druck und vervielfältigtes Notenblatt mit Widmung
für Brigitte Mira
Musikverlag Peter Schaeffers, Berlin, 1945
LAB, F Rep. 129-01, Nr. 2375

XV/18

„Rosen auf den Weg gestreut“. Eine kabarettistische
Bilderfolge
Kabarett der Komiker, künstlerische Leitung: Willi
Schaeffers, Juni 1945
Im Rahmen dieses Programms erlebte das Couplet
„Berlin kommt wieder“ in der Darbietung durch
Brigitte Mira am 1. Juni 1945 seine Uraufführung.
In nur wenigen Wochen erlangte das Lied einen
enormen Bekanntheitsgrad in der Trümmerstadt
Programmheft
LAB, F Rep. 129, Acc. 2253, Nr. 1017

XV/19

Porträt Brigitte Mira (1910 – 2005)
SchauspielerIn, Kabarettistin, TänzerIn
Um 1950
Aufnahme: Lotte Willott
LAB, F Rep. 290, Not. 6 PK, Nr. 230456

XV/20

„Nathan der Weise“ von Gotthold Ephraim Lessing
Inszenierung von Fritz Wisten
Max Reinhardts Deutsches Theater, 10. Oktober
1945
Die Premiere fand am 7. September 1945 statt
Programmzettel
LAB, F Rep. 129, Acc. 1884, Nr. 347

XV/21

„Fidelio“, Oper von Ludwig van Beethoven
Inszenierung von Hans Wenzel, musikalische
Leitung Robert Heger
Deutsches Opernhaus, 6. September 1945
Die Premiere fand am 2. für die britischen Truppen
und am 4. September 1945 für das Berliner Publikum
statt
Programmheft
LAB, F Rep. 280, Nr. 1140

XV/22

„Die Dreigroschenoper“ von Bert Brecht
Inszenierung und Bühnenbild von Karl Heinz Martin
Hebbel-Theater, Premiere, 15. August 1945
Mit dieser Premiere nahm das Hebbel-Theater unter
seinem Intendanten Karl Heinz Martin nach dem
Kriegsende wieder seinen Spielbetrieb auf
Programmzettel
LAB, F Rep. 129, Acc. 1510, Nr. 200/1

XV/23

„Faust – Urfaust“ von Johann Wolfgang von Goethe
Inszenierung von Jürgen Fehling
Jürgen-Fehling-Theater in Zehlendorf,
20. Oktober 1945
Die Premiere fand am 6. Oktober 1945 statt
Programmzettel
LAB, F Rep. 129, Acc. 1884, Nr. 2173

XV/24

„Paganini“, Operette von Franz Lehár
Inszenierung von Heinz Lingen
Metropol-Theater (im Colosseum Schönhauser
Allee), 28. September 1945
Nach dem Eröffnungsprogramm mit Operetten-
liedern im August folgte am 28. September 1945
die Premiere der ersten Operette
Programmheft
LAB, F Rep. 129, Acc. 2253, Nr. 281

XV/25

Entnazifizierungsakte und Karteikarte des Dirigenten
Wilhelm Furtwängler
Beschluss der Alliierten Kommandantur vom 29.
April 1947 und Auszug aus der Hauptverhandlung
vor der Entnazifizierungskommission Kunst
1947
Am 29. April 1947 genehmigte die Alliierte
Kommandantur den Entnazifizierungsantrag des
leitenden Dirigenten des Berliner Philharmonischen
Orchesters Prof. Dr. Wilhelm Furtwängler, nachdem
einige Tage zuvor auch der ehemalige
Generalintendant der Berliner Staatstheater Heinz
Tietjen entnazifiziert worden war.
Am 1. Mai 1947 dirigierte Furtwängler zum ersten
Mal nach dem Krieg wieder das Berliner
Philharmonische Orchester im Titania-Palast in
Steglitz
LAB, C Rep. 031-01-02, Nr. 576

XV/26

Konzert des Berliner Philharmonischen Orchesters
unter der Leitung von Wilhelm Furtwängler
Titania-Palast Steglitz, 26. Oktober 1947
Programmheft
LAB, F Rep. 129, Acc. 2253, Nr. 897

Meiner Interpretin Brigitte Mira in Verbundenheit gewidmet

Berlin kommt wieder. Lied u. Foxtrott
 von Heino Gaze

uraufgeführt am 1. Juni 1945 im Kabarett der Komiker - Willi Schaeffers
sehr flott

Ber- lin kommt wie - - der - - das ist das Lied, das je der
 singt, und dass jetzt wie - - der - -

XV/17 „Berlin kommt wieder“, Lied und Foxtrott von Heino Gaze, vervielfältigtes Notenblatt mit Widmung für Brigitte Mira, 1945



XV/19 Porträt Brigitte Mira (1910-2005), Schauspielerin, Kabarettistin, Tänzerin, um 1950

Personen

Die Dreigroschenoper
(The Beggar's Opera)

Ein Stück mit Musik in einem Vorspiel
und acht Bildern nach dem Englischen des John Gay

Übersetzt von Elisabeth Hauptmann

Deutsche Bearbeitung von Bert Brecht

Musik von Kurt Weill

Inszenierung und Bühnenbild: Karl Heinz Martin

Kostüm-Entwurf: Ita Maximowna

Musikalische Leitung: Hans-Otto Borgmann

Jonathan Jeremiah Peachum, Josef Sieber
 Chef einer Bettlerplatte
 Frau Peachum Kate Kühl
 Polly Peachum, ihre Tochter Reva Holsey
 Macheath, Chef einer Platte
 von Straßenbanditen Hubert von Meyerinck
 Brown, Polizeichef von London Hans Leibelt
 Lucie, seine Tochter Roma Bahn
 Münzmathias Friedrich Honna
 Hakenfingerjakob } Macheaths . . . Hugo Gau-Hamm
 Sägerobert } Leute, . . . Herbert Schneider
 Trauerweidenwalter } Straßen- . . . Eduard Wandrey
 Ede } banditen Peter-Timm Schaufuss
 Jimmy } Karl Ludwig Schreiber
 Filch, einer von Peachums Bettlern . . . Joachim Brennecke
 Spelunkenjenny Helga Zülch
 Dolly Louise Morland
 Molly Ingeburg Schelle
 Betty Friedl Buchholz
 Granny Marliese Ludwig
 Pen Karin Friedrich
 Smith, erster Konstabler Peter Elsholtz
 Ein 2. Konstabler Hans Noelle
 Ein Bettler Egon Vogel
 Pfarrer Kimball Erich Harden

Kurze Pause nach dem 3. Bild
Längere Pause nach dem 6. Bild

XV/22 „Die Dreigroschenoper“ von Bert Brecht, Inszenierung und Bühnenbild von Karl Heinz Martin, Hebbel-Theater, Premiere, 15. August 1945

Die Premiere fand statt:
 am 2.9.45 für brit. Troops
 am 4.9.45 für Publikum
 Das Originalprogramm von 4. be-
 sitzen wir nicht mehr

DEUTSCHES OPERNHAUS
 INTENDANT MICHAEL BOHNEN
 DONNERSTAG, DEN 6. SEPTEMBER 1945

FIDELIO
 GROSSE OPER IN ZWEI AKTEN (4 BILDERN)
 MUSIK VON LUDWIG VAN BEETHOVEN

TEXT NACH DEM FRANZÖSISCHEN DES J.N. BOUILLY VON JOSEPH SONNLEITHNER UND FRIEDRICH TREITSCHKE
 MUSIKALISCHE LEITUNG: ROBERT HEGER • INSZENIERUNG: HANS WENZEL
 BÜHNENBILDER UND KOSTÜME: PAUL HAFERUNG

Don Fernando, Minister Hans Wocke
 Don Pizarro, Gouverneur eines Staatsgefängnisses Hans Heinz Nissen
 Florestan, ein Gefangener Günther Treptow
 Leonore, seine Gemahlin, unter dem Namen „Fidelio“ Karina Kutz
 Rocco, Kerkermeister Wilhelm Schirp
 Marzelline, seine Tochter Irma Beilke
 Jaquino, Pförtner Erich Witte a. G.
 Erster Gefangener Ernst Franke
 Zweiter Gefangener Robert Koffmane

Offiziere, Wachen, Staatsgefängene, Volk

Ort der Handlung: Ein spanisches Staatsgefängnis, einige Meilen von Sevilla
 Pause nach der 1. Akt (2 Bild)

ANFANG 17 UHR ENDE 19.45 UHR

Anfertigungen aus Ihren Stoffen und Zutaten
 Reparaturen und Umänderungen
 von Damen- und Herren-Kleidung
 HERREN- UND DAMEN-MODEN
 H.B.G. Karlsruhestadion 48/49
(Leinwand-Bilderei in Schloßgarten)

GERD ROSEN
 BUCHHANDLUNG UND GALERIE
 Die Buchhandlung der Westend
 Die Galerie der jungen Kunst
 ANKAUF - VERKAUF

XV/21 „Fidelio“, Oper von Ludwig van Beethoven, Inszenierung von Hans Wenzel, musikalische Leitung Robert Heger, Deutsches Opernhaus, 6. September 1945



XV/20 „Nathan der Weise“ von Gotthold Ephraim Lessing, Inszenierung von Fritz Wisten, Max Reinhardt's Deutsches Theater, 10. Oktober 1945



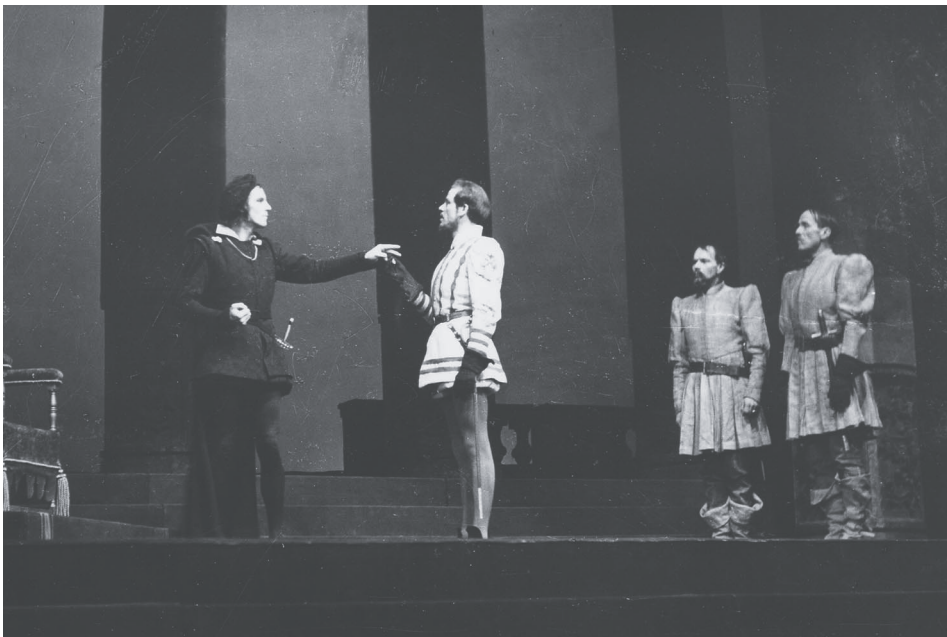
XV/23 „Faust – Urfaust“ von Johann Wolfgang von Goethe, Inszenierung von Jürgen Fehling, Jürgen-Fehling-Theater in Zehlendorf, 20. Oktober 1945



XV/2 „Pariser Leben“ von Jaques Offenbach; Maria Vedova und Ludwig Linkmann, 5. Premiere des Hebbel-Theaters, 6. Dezember 1945

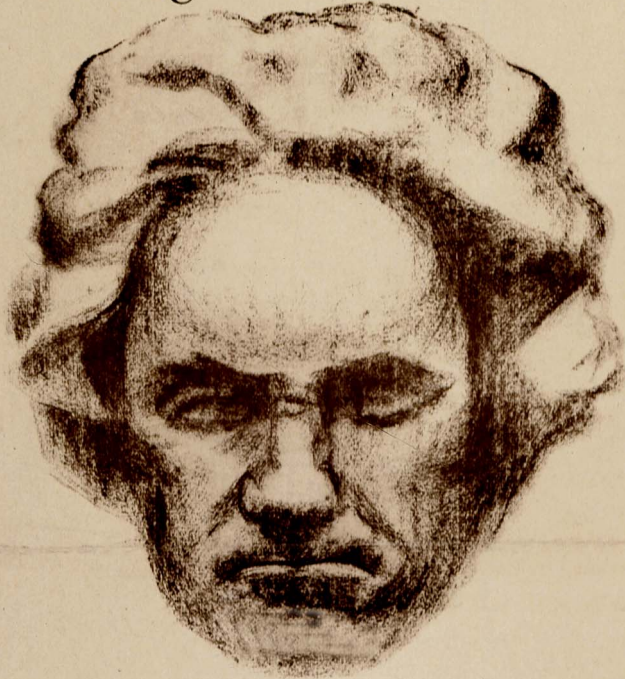


XV/4 „Danach“ von Helmut Weiß; Winnie Markus und Hans Söhnker, 3. Premiere des Schlosspark-Theaters, 1. Januar 1946



XV/3 „Hamlet“ von William Shakespeare, Inszenierung von Gustav von Wangenheim; links Horst Caspar und Harry Hindemith, rechts Gerhard Bienert, Deutsches Theater, 10. Dezember 1945

1945 AZ 579/59
Volksbildungsamt Prenzlauer Berg



BEETHOVEN-FEIER

ANLÄSSLICH DES 175. GEBURTSTAGES

*Kammerorchester Richard Kayser
Dirigent: Richard Kayser
Solistin: Luise Gmeiner, Klavier*

PROGRAMM:
EGMONT-OUVERTÜRE
KLAVIER-KONZERT G-DUR
SINFONIE NR. 1 C-DUR

Sonntag, den 16. Dezember 1945, 18 Uhr
im Lichtspielhaus „Prater“, Kastanienallee 5-7

XV/15 „Beethoven-Feier anlässlich des 175. Geburtstages“, Lichtspielhaus „Prater“, 16. Dezember 1945



XV/5 „Eine Frau ohne Bedeutung“ von Oscar Wilde, Inszenierung von Viktor de Kowa; Hilde Weissner und Viktor de Kowa, Tribüne, 11. Februar 1946



XV/6 „Hoffmanns Erzählungen“ von Jaques Offenbach, Inszenierung von Ernst Legal; von links Ernst Legal, Erich Witte und Anneliese Müller, Deutsche Staatsoper (im Admiralspalast), 8. April 1946



XV/7 „Pünktchen und Anton“ von Erich Kästner, Inszenierung von Hugo Schrader; Pünktchen und Anton mit der Erzieherin als Bettlerin auf der Weidendammer Brücke, Metropol-Theater (im Colosseum Schönhauser Allee), 21. April 1946



XV/8 „Bunbury“ von Oscar Wilde, Inszenierung von Bruno Hübner; von links Erik Ode und Hans Nielsen, Komödie, 21. Juni 1946



XV/9 „Kapitän Brassbounds Bekehrung“ von George Bernhard Shaw, Inszenierung von Gustaf Gründgens; von links Wolfgang Lukschy, Hans Leibelt und Käthe Dorsch, Wiedereröffnung der Kammerspiele, 4. Oktober 1946



XV/10 „Galgenfrist“ von Paul Osborne, Inszenierung von Karl-Heinz Martin; von links O. E. Hasse, Paul Wegner und Michael Günther, Hebbel-Theater, 3. Dezember 1946

CABARET ULENSPIEGEL



WERNER FINCK

TATJANA SAIS, GÜNTER NEUMANN,
GESCHW. HOFFENSTHAL U. KARE RATH,
LILLY TOWSKA, EWALD WENCK,
WERNER OEHLISCHLÄGER

**TÄGLICH 18³⁰ UHR
SONNTAGS AUCH 15³⁰ UHR**

KREISCHE

KARTEN AN DER THEATERKASSE TEL. 247864
UND DEN BEKANNTEN VERKAUFSSTELLEN

Druckhaus Tempelhof 4. 46. 1900

XV/16 „Cabaret Ulenspiegel – Werner Finck“, Berlin W 50, Nürnberger Straße 50-52,
September / Oktober 1946



XV/11 Antifa-Ausstellung im Schloss Köpenick, Mai 1946



XV/12 Eröffnung der Ausstellung „Nach zwölf Jahren – Freiheit der Kunst“ mit Werken antifaschistischer Künstler in der Kamillenstraße in Steglitz, 28. Juli 1945



XV/13 Wiedereröffnung des Märkischen Museums, Ansprache des Oberbürgermeisters Arthur Werner, 12. Juli 1946



XV/14 Eröffnung des Kinos „Union-Theater“ im Gebäude der Landesbildstelle in der Levetzowstraße, 1946

ALLIED KOMMANDATURA BERLIN
Personnel and Denazification Committee

Meeting No. 31

29 April

1947

Case FURTWÄNGLER Wilhelm 455
(Surname) (First name) (No)
Sub-Commission for Denazification of Cultural Workers at Magistrat
TO: Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 64
(Name of Commission at Magistrat)

The Personnel and Denazification Committee of Allied Kommandatura, Berlin, examined the above mentioned case and made the following decision:

APPEAL UPHELD - The appellant shall present himself for stamping his identity card to the Chairman of the Committee at the following address:

Berlin-Steglitz, Rothenburgstr. 12, Room 6,
between 1000 to 1130 or 1400 to 1600 hours.

APPEAL DENIED - because

Case returned to your Commission - because

DISTRIBUTION:

- ✓ 1 copy to the Commission
- 1 copy to appellant
- 1 copy BR representative
- 1 copy to FR "
- 1 copy to USSR "
- 1 copy to Mr. RADOSTA
- 1 copy to Mr. GRESS

Joseph Radosta
Chairman, Personnel and Denazification
Committee,
Allied Kommandatura Berlin

TITANIA-PALAST STEGLITZ

SONNTAG, DEN 26. OKTOBER 1947, 10.30 UHR

B E R L I N E R
P H I L H A R M O N I S C H E S
O R C H E S T E R

DIRIGENT

WILHELM

FURTWÄNGLER

JOSEPH HAYDN SINFONIE NR. 4 D-DUR »DIE UHR«

ADAGIO – PRESTO

ANDANTE

MENUETTO (ALLEGRETTO)

FINALE (VIVACE)

RICHARD STRAUSS METAMORPHOSEN

PETER ILIJTSCH TSCHAIKOWSKY

SINFONIE NUMMER 5 E-MOLL

ANDANTE

ANDANTE CANTABILE CON ALCUNA LICENZA

VALSE (ALLEGRO MODERATO)

FINALE – ANDANTE MAESTOSO – ALLEGRO VIVACE



74/21

Z 160

XV/26 Konzert des Berliner Philharmonischen Orchesters unter der Leitung von Wilhelm Furtwängler,
Titania-Palast Steglitz, 26. Oktober 1947